

Atom- kraftwerke

Pressespiegel Sept. 2010-Ende Jänner 2013

Erstellt von:
Ute Streitt, Justine Aust, Viktoria Leisch, Jessica Lichtenberger

Linz 2014

Nach Sieg über neue Temelin-Blöcke

„Heißer Herbst“

Seit den Grenzblockaden gegen das südböhmische AKW Temelin ging es im Kampf Oberösterreichs gegen grenznahe Atomkraftwerke nicht mehr so heiß her wie in diesem Herbst – der mit dem Sieg über die zusätzlichen Reaktorblöcke in Temelin begonnen hat. Nun geht es voll konzentriert gegen das bayerische AKW Isar 1.



Foto: Chris Köhler

Um Oberösterreich vor der Gefahr durch den bayerischen Uralt-Reaktor Isar 1 zu schützen, muss sich Landesrat Anschöber hier bei einer Diskussion im Haus der „OO-Krone“ in Linz – auch in die deutsche Politik einmischen.

geht's wegen Isar 1 in den Kampf gegen deutsche AKW-Laufzeitverlängerung:

für Oberösterreichs Atomgegner

Der überraschende Rückzieher des Temelin-Betreibers im laufenden UVP-Verfahren – an dem sich Land Oberösterreich und Bürgergruppen mit fast 7000 Einwendungen beteiligten – gibt Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber den Rücken frei, um verstärkt gegen grenznahe Atomgefahren aus Deutschland zu kämpfen.

Beim „heißen Herbst“, den deutsche Aktivisten gegen die von der Berliner Regierung beschlossene Laufzeitverlängerung alter Atomkraftwerke angeündigt haben, sind Anschöber und die oberösterreichischen Anti-AKW-Gruppen voll dabei – denn dabei geht es um eine direkte Bedrohung für Oberösterreich: Der Reaktor Isar 1 in Bayern

stammt aus derselben Baureihe wie das AKW Zwentendorf, das die Österreicher 1978 per Volksentscheid abgelehnt haben, und sollte

Anschöber kämpft dagegen nicht nur als Redner bei

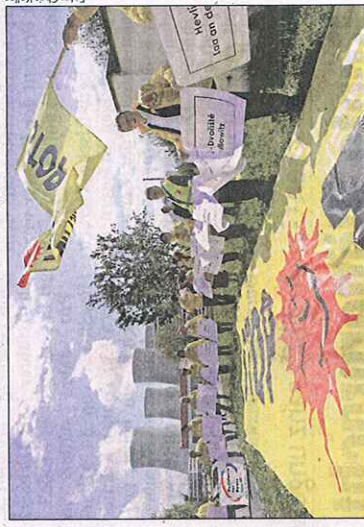


Foto: Chris Köhler

Großdemo vor dem südböhmischen Atomkraftwerk in Temelin

deutschen Demos wie etwa vor 50.000 Teilnehmern in München, sondern auch mit harten, wissenschaftlichen Fakten: Eine Studie von acht Experten für Atomsi-

cherheit bescheinigt dem Reaktor Konstruktionsmängel, die durch keinerlei Nachrüstungsmaßnahmen beherrschbar sind. Ohne grenzüberschreitende UVP, die bisher aussteht, verletzt das deutsche AKW-Programm außerdem das EU-Recht, mahnt Landes-Atomexperte Radko Pavlovec.

Oberösterreichische Proteste in Deutschland hatten schon einmal Erfolg: 1989 trugen sie wesentlich zur Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf – ebenfalls in Bayern – bei.

Krautzeitung, Oberösterreich, S. 14
Mo, 20. Sept. 2010

Deutsche AKW bedrohen Oberösterreich:

Müde Anti-Atomkraft-Politik

Deutsche Uralt-Atomkraftwerke, die durch die in Berlin beschlossene Laufzeitverlängerung weiter in Betrieb bleiben, bedrohen Oberösterreich – „und die Bundesregierung ist weiter im Anti-Atom-Tiefschlaf“, kritisiert Landesrat Rudi

Anschober besonders Umweltminister Niki Berlakovich, der „außer müden Interviews“ nichts tue. Statt auf die eigene Regierung hofft Anschober auf die deutsche Bevölkerung: Am Wochenende demonstrierten 100.000 AKW-Gegner.

Kronen Zeitung, Oberösterreich, 8.19
D, 21. Sept. 2010

Alterungsprozess erhöht Risiko durch den Isar 1-Reaktor:

Experte warnt Oberösterreich vor Atomgefahren aus Bayern

Die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke erhöht das Risiko für Oberösterreich deutlich, warnt ein Experte, der sich mit den Nuklearanlagen im Nachbarland seit langem auskennt: Wolfgang Renneberg vom deutschen Büro für Atomsicherheit hält besonders den grenznahen Uralt-Reaktor Isar 1 für gefährlich.

Das bayerische AKW, dessen Abschaltung nach ursprünglichem Plan Umwelt-Landesrat Rudi Anschober von den deutschen Behörden fordert, ist mehr als 30 Jahre alt und stellt laut Renneberg schon jetzt ein Sicherheitsrisiko dar, das durch den Alterungsprozess des Materials noch weiter zunimmt.

„Das für Oberösterreich nächstgelegene deutsche Atomkraftwerk ist zugleich das äl-

teste“, so Wolfgang Renneberg: „Es hat noch geringere Sicherheitsreserven als neue Anlagen – und selbst diese sind sicherheitstechnisch heute bereits veraltet.“

Die Laufzeitverlängerung für AKW sei aber auch generell unnötig, meint der Experte: „Die Stromverbrauchs-Szenarien, wonach Deutschland Atomkraft brauche, beruhen auf willkürlichen Annahmen.“

Anschober glaubt zwar, dass das deutsche Höchstgericht den AKW-Beschluss kippen werde, lässt aber auf jeden Fall ein weiteres Sicherheitsgutachten über Isar 1 erstellen. Außerdem tritt er bei Demos in Bayern auf.

„Die AKW-Laufzeitverlängerung ist ein Kniefall vor der offenbar allmächtigen Atomindustrie.“

Landesrat Rudi Anschober

Kronen Zeitung, Österreich, S. 8
Mo, 27. Sept. 2010

Bei Zwischenfall im Schrott-Reaktor „Isar 1“ in Bayern:

Atomwolke bedroht Österreich

Kein Ende im Wirbel rund um schrottreife Atomreaktoren bei unseren Nachbarn in Deutschland. Jetzt ent-hüllen die Umwelt-schützer von „Green-peace“: Bei einem Zwischenfall in „Isar 1“ bei München könnte die Atomwolke direkt auf Österreich zutreiben!

„Deutschland fährt mit der Laufzeit-Verlängerung bei den Atomkraftwerken einfach über Österreich drüber, und das

VON G. BRANDL & M. PERRY

werden wir uns nicht gefallen lassen“, erklärt Niklas Schinerl von „Greenpeace“. Was besonders „Isar 1“ für unser Land so gefährlich macht: Der Schrott-Reaktor befindet sich bei München und damit nur wenige Ki-

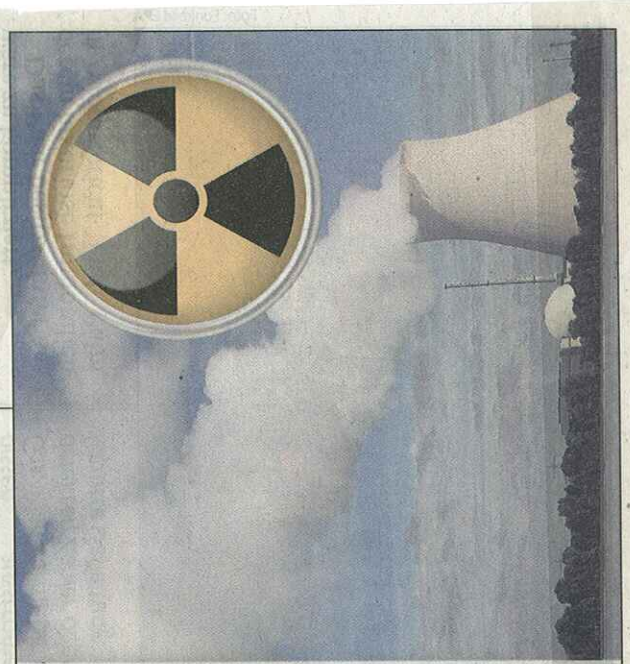
lometer von der Staats-grenze entfernt am Fluss Isar, der wiederum in die Donau mündet. Und: Der Meiler ist ein uraltes Modell, Marke Zwentendorf. Zudem gelten die Sicherheitsanlagen dort schon

lange nicht mehr als zeitgemäß. Die „Krone“-Grafik zeigt nun das mögliche Ausmaß bei einem Super-GAU wie in Tschernobyl: Bei einem Zwischenfall könnte die Wolke direkt über unser Land ziehen!



Krone GRAFIK

So könnte die radioaktive Wolke über Österreich und Europa ziehen.



Bei nuklearer Katastrophe im bayrischen Atomkraftwerk

Deutsche Schrott-AKW

„Käme es bei Isar1 nahe München zu einer Katastrophe, wäre Oberösterreich gemeinsam mit Niederbayern am ärgsten betroffen“, warnt Umweltsenator Rudi Anschöber vor deutschen Schrott-AKW. Denn im Falle eines Supergaus würde deren gefährliche radioaktive Wolke ganz Oberösterreich erfassen – siehe Grafik.

„Wir hätten schon vor Monaten eine Reaktion des Bundes gegen Isar 1 gebraucht. Jetzt werden wir sehen, ob die plötzliche Regierung schon vor

Niki Berlakovich gegen die deutschen Schrottreaktoren nicht nur reine Alibi-Politik ist. Denn in Zukunft braucht es nicht nur in Oberösterreich, sondern auch auf Bundesebene eine ehrliche, engagierte Antiatom-Strategie, fordert der Grüne gegen die nukleare Gefahr einen Gipfel für Bund und Länder.

Dass man sich von der Regierung nicht mehr ausbremsen lassen will, darin ist sich Oberösterreichs Atomgegnerschaft einig, aber auch sie zieht offenbar nicht immer an einem Strang. Atomstopp-Sprecher Roland Egger: „Ich frage mich, was Anschöbers Antiatom-Gipfel sein soll. Und auch sein im Mai 2008 gefordertes Volksbegehren für einen Euratom-Ausstieg hat er bis jetzt nicht umgesetzt ...“



Umweltsenator Anschöber



Atomstopp-Sprecher Egger

Isar1 würde gefährliche radioaktive Wolke ganz Oberösterreich überschatten:

als tickende Zeitbombe fürs Land



Nach Berlakovich-Vorstoß gegen die

„Wo bleibt der

„Das ist eine Alibiaktion“, ortet Oberösterreichs Atomgegnerschaft hinter dem plötzlichen Vorstoß von Minister Niki Berlakovich gegen die deutschen Schrott-AKW höchstens eine Beruhigungsspielle für die Bevölkerung. Zudem fordert sie den LH auf, seine antiatompolitische „Beiförmung“ gegenüber Bayern abzulegen.

„Wir haben mit den Bayern eine exzellente Zusammenarbeit, auch wenn wir bei der Atompolitik andere Ansichten haben.“
Landeshauptmann Josef Pühringer

„Wo bleibt der Antiatom-Kämpfer Josef Pühringer? Jetzt, wo sich Minister Berlakovich so sehr hinauslehnt, soll unser Landeshauptmann endlich sagen, was er vom Kurs der Bayern hält“, nimmt Roland Egger von „Atomstopp Oberösterreich“ die Landesspitze in die Pflicht, endlich den Kampf gegen den deutschen Reaktor Isar 1 sowie gegen Temelin und Mochovce beim Bund voranzutreiben.

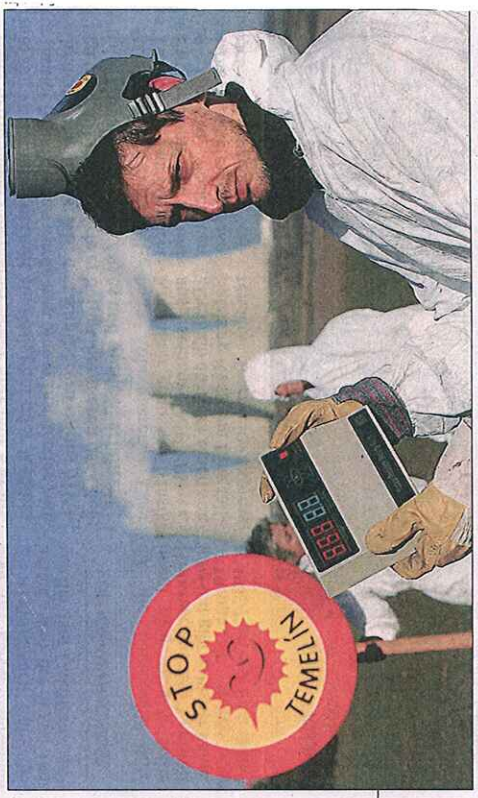
Dort hat Umweltminister Niki Berlakovich nämlich für morgen, Dienstag, im Ministerrat angekündigt, für eine breite Regierungsfrente gegen den Atomkurs der deutschen Kanzlerin zu sorgen. Wobei zeitgleich Merkel's Regierung aber die Laufzeitverlängerung ihrer 17 Atommeiler um bis zu 14 Jahre beschließen soll. „Der Vorstoß von Berlakovich ist ungläubwürdig und reichlich spät. Am gleichen

ooe@kronenzeitung.at

Schrott-AKW fordern Oberösterreichs Nukleargegner LH zum Handeln auf:

Antiatom-Kämpfer Pühringer?

schen AKW Temelin Kämpferherz beweisen: „Ich habe mich noch nie davor geschämt, Oberösterreichs Antiatom-Politik auch gegenüber den Bayern zu zeigen.“ Umweltlandesrat Rudi Anschöber bleibt ob der Bundesinitiative skeptisch. „Entweder ist die Ankündigung des Ministerratsbeschlusses nach jahrelangem Antiatom-Tiefschlaf eine Beruhigungsspielle – oder aber die Chance auf einen Neubeginn der österreichischen Antiatompolitik“, hofft er auf eine nukleare Wende.



„Atomstopp“-Sprecher Roland Egger fordert LH Josef Pühringer auf, nicht nur bei Temelin Kämpferherz zu beweisen. ▶

27.9.2010

Do, 30. Sept. 2010



Fotos: Greenpeace/Eriss Novotny, Lukas Barth

Der Anti-Atom-Experte Niklas Schinerl verlangt mehr Aktivität gegen die Schrottreaktoren.



Greenpeace fordert Kanzler Faymann

„Deutschlands

Wien/Berlin. - Heftige Kritik am Beschluss der Berliner Regierungskoalition, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern, kommt jetzt auch von der Umweltschutzorganisation Greenpeace. „Die deutschen Schrottreaktoren sind eine Gefahr für Österreich“, sagt dazu der Anti-Atom-Experte Niklas Schinerl.

Greenpeace fordert - nach dem österreichischen Regierungsbeschluss, gegen die deutschen AKWs - aktiv zu werden - Bundeskanzler Werner Faymann auf, politisch aktiv zu werden. Als Erstes müsste der Kanzler den deutschen Botschafter zu sich zitieren, heißt es.

Die Regierung in Wien müsse über die Pläne Deutschlands informiert werden, welche Ausnahmeregelungen für die Schrottreaktoren in unserem Nachbarland gelten sollen.

AKWs eine Gefahr für Österreich“

auf, rasch politisch aktiv zu werden • Kritik an den fehlenden Sicherheitsstandards

mergelungen ausgerechnet für die gefährlichsten Reaktoren dazu. Insbesondere verweist Greenpeace auf Schrottreaktoren wie das bayrische Atomkraftwerk Isar-1 hin. Hier hat bereits der TÜV Rissbildungen bestätigt. Ein Sprecher der Umweltschutzorganisation: „Dieser Reaktor hat nur eine dünne Außenhülle. Ein Flugzeugab-

sturz oder Terrorangriff mit konventionellen Waffensystemen könnte verheerende Folgen haben.“ Ein Unfall in Isar-1 hätte laut Meinung von Fachleuten „bei realistischen Wind- und Wetterverhältnissen katastrophale Auswirkungen auf große Teile der österreichischen Bevölkerung“.

Atom-Sondertreffen am 19. Oktober

Für den 19. Oktober ist nun ein Sondertreffen auf Expertenebene im Rahmen des deutsch-österreichischen Nuklear-Informationssabkommens angesetzt.

Oberösterreichs Atomgegner machten vor Linzer Landhaus Druck auf Politiker:

Gespielte Temelín-Katastrophe

Dramatisches, von Sirenen untermaltes Hör- und Schauspiel Donnerstagvormittag vor dem Linzer Landhaus: Oberösterreichs Atomgegner machten so auf die Folgen einer Katastrophe im tschechischen AKW Temelín aufmerksam – und Druck auf die Politiker.

„Jetzt leben wir in Atomangst“, so der „Krone“-Titel am 10. Oktober 2000, dem Tag, an dem die atomare Kettenreaktion in Temelín gestartet worden war.

Zehn Jahre und 130 Störfälle später hat sich an dieser Angst wenig geändert, weil Tschechien die im Melker Abkommen vereinbarten Sicherheitsnachrüstungen nie umgesetzt hat: „Zehn Jahre Betrieb des AKW Temelín heißt daher auch zehn Jahre Glück gehabt“, sagen Roland Egger und Gabriele Schweiger von „atomstopp oberösterreich“ dazu.

Auf so ein „Glück“ wollen sie sich aber nicht länger verlassen: „Oberösterreichs Bevölkerung muss mit einer landesweiten Katastrophenschutzübung auf den atomaren Ernstfall vorbereitet werden“, fordern die Aktivisten vom neuen, dafür zuständigen Landesrat Max Hiegelsberger (VP). Untermuert wurde das vor dem

Linzer Landhaus mit Sirenengetön, der Verlesung von Temelín-Störfällen und von Verhaltensregeln bei Strahlengefahr – eine gespielte Temelín-Katastrophe also.

Am Samstag demonstrieren auch Oberöreicher in München gegen das deutsche Risiko-AKW Isar1.



Vor dem Linzer Landhaus: Wieder ein Weckruf zu Temelín!

„Die atomare Gefahr aus Temelín und bei deutschen Atommeilern darf nicht länger verleugnet werden!“
Anti-Atom-Aktivist Roland Egger

Ob der Enns

Zehn Jahre Temelín jetzt, 25 Jahre Tschernobyl kommandes Jahr im April – zwei „Jubiläen“, bei denen das zweite von katastrophalem Unglück geprägt ist.

deten und anfachten. Und sicherer ist das AKW noch immer nicht geworden, trotzdem ist mit einem tschechischen Freibrief für einen Ausbau zu rechnen.

Etwas Glück und viel Unglück

Das erste, Temelín, ist – seit dem 10. Oktober 2000 – „nur“ von Angst vor einem weiteren solchen GAU geprägt. Und von 130 Störfällen, die diese Angst immer wieder neu begrün-

Bisher haben wir in Summe aber „Glück gehabt“. Echte Sicherheit brächte nur die Stilllegung Temelíns. Doch dieses echte Glücksgefühl werden wir leider noch lange nicht erleben. pö

ooe@kronenzeitung.at

„Ich schaue mit Freude zurück und freue mich auf die neue Herausforderung. Eine gelungene Hofübergabe!“

Ex-Politiker Josef Stockinger

Letzter Arbeitstag für Josef Stockinger (li.) als Politiker – und erster offizieller für den Hoferben Max Hiegelsberger.

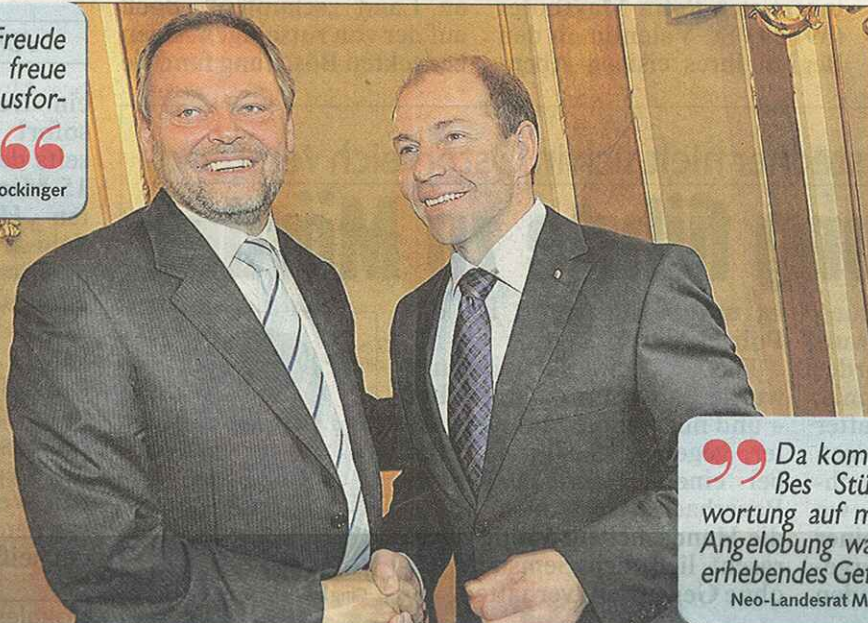


Foto: Horst Einöder

„Da kommt ein großes Stück Verantwortung auf mich zu. Die Angelobung war ein erhebendes Gefühl.“
Neo-Landesrat Max Hiegelsberger

Krauen Zeitung, Oberösterreich, S. 12
So, 10. Oktober 2010

Auch Oberöreicher bei Anti-Atom-Demo in München: **Menschenkette gegen AKW Isar 1**

10 Kilometer lang sollte am Samstag in München die Menschenkette gegen die Laufzeitverlängerung des deutschen Risikoreaktors Isar 1 werden – das Fünffache wäre sich dann ausgegangen, weil

50.000 Menschen, darunter Hunderte Oberöreicher, demonstrierten. „Das ist das größte Comeback der Anti-Atom-Bewegung“, jubelt Grünen-Chef Rudi Anschober, der als Gastredner dabei war.

So wurde die Anti-Atom-Menschenkette in München gleich mehrfach geschlossen – mit der Hoffnung, dass sich politisch doch noch akut etwas ändert und die von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerungen für deutsche Risikoreaktoren wieder abgeblasen werden.

„Unglaublich! Ein Superding!“, jubelte Oberösterreichs Umweltlandesrat Anschober über den Andrang in München. Er hat am Freitag einen Schwachstellenbericht über das grenznahe Isar 1 präsentiert, nach dem eine sofortige Schließung dieses AKW angebracht wäre.

Anti-Atom-Beauftragter Radko Pavlovec mahnt Wien: „Es muss rasch eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung zum deutschen Energiekonzept beantragt werden!“



Fotos: Michael Dalder/Reuters

Riesenandrang bei der friedlichen Anti-AKW-Demo in München

„ Die ganze Münchner Innenstadt war bummvoll mit Anti-Atom-Fahnen. Ein unglaublicher Anblick! “

Landesrat Rudi Anschober

Viertel der Häuser in Haibach, Ottenschlag und Reichenau durch Strahlen belastet:

„Radon-Risiko im Mühlviertel“

„Das Mühlviertel gilt als Radon-Risikogebiet. Trotzdem gibt es laut neuesten Messungen – wonach ein Viertel der Häuser belastet ist – keinen Grund zur Panikmache“, analysiert Landesrat Rudi Anschöber die österreichweit erste flächendeckende Untersuchung in den Gemeinden Haibach, Ottenschlag und Reichenau.

„Rund ein Viertel der knapp 700 untersuchten Gebäude weist eine erhöhte Radonbelastung auf. Wobei besonders überraschend war, dass viele neue Häuser von einer derartigen Edelgaskonzentration betroffen sind“, erklärt Umweltextpertin Sigrid Sperker. Insgesamt werden daher 42 der 189 Haushalte mit sehr hohen Strahlenwerten zur Senkung des Radongehaltes bauliche Sanierungsmaßnahmen empfohlen.

„Immerhin ist Radon die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs – gleich nach dem Rauchen“, weiß Wolfgang Ringer von der österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährung. Trotzdem warnt der mit den Mühlviertler Edelgas-Messungen betraute Experte vor voreiliger Panikmache: „Auch die höchste Konzen-

ooo@kronenzeitung.at

Die Kuranstalten haben mit unseren Radonmessungen nicht viel Freude – das Thema ist doch sehr heikel.

Gesundheitsexperte Wolfgang Ringer

Unterschied, ob ich kurzzeitig in radonhaltigem Wasser bade oder in einem belasteten Wohnraum lebe“, klärt Wolfgang Ringer auf.

Doch was heißt das für die betroffenen Mühlviertler: „Mit einfachen Maßnahmen – etwa mit verstärktem Lüften oder der Abdichtung von Öffnungen und Rissen in Kellerräumen – kann man die Strahlenbelastung bereits senken“, erklärt Rudi Anschöber. Zudem würden 20 Prozent der Radonsanierung vom Land gefördert.

Greenpeace drängt Regierung zu Taten Streit um deutsche Schrott-Reaktoren

Wien (c. h./c. m.). – Der Streit um die deutschen Schrottreaktoren, deren Laufzeit um bis zu 14 Jahre verlängert wurde, geht weiter. Nach einem ersten Gespräch von Umweltminister Berlakovich mit den Deutschen, drängt Greenpeace die Regierung zu Taten: „Sonst stehen sie als atompolitische Schaumschläger da.“

Tatsächlich ist bei den Gesprächen in Bonn kaum etwas herausgekommen, auch wenn Berlakovich das naturgemäß anders sieht und sich dabei auf zusätzliche Sicherheitszusagen der Deutschen, speziell den Münchner Schrottreaktor „Isar 1“ betreffend, beruft. Zusage, die – wie auch Grünen-Chefin Glawischinig sagt – „jeder Grundlage entbehren“.

„Einzelne Nachrüstungen sind nicht ausreichend. Nur das Abschalten des Altreaktors „Isar 1“ kann Sicherheit garantieren“, sagt Greenpeace-Experte Schinerl. Berlakovich müsse durch Taten beweisen, dass er tatsächlich ein Atomgegner ist.

Glawischinig spricht schon von einem „Totalumfaller“ Berlakovichs.



Schaumschläger oder tatsächlicher Atomgegner – Umweltminister Berlakovich (kl. Bild) steht nach Gesprächen mit den Deutschen über deren Laufzeitverlängerung für ihre Schrottreaktoren in der Kritik.

Fotos: Greenpeace, Gabriele Moser



Fotos: AP

Randalierende Jugendbanden nutzen das Chaos aus, stecken Autos und Gebäude in Brand – es gab bereits mehr als 1400 Festnahmen.



FOTO: REUTERS

Greenpeace-Protestplakat auf dem CDU-Hauptquartier: Merkel und Energieboss prosten einander zu

„Es ist unerträglich, die Sicherheit von Millionen zu gefährden“:

Schreiduelle im Bundestag um Risiko-Atomkraftwerk in Bayern

Berlin. – Schreiduelle im deutschen Bundestag vor der Abstimmung über eine Verlängerung der Laufzeit für 17 Atomkraftwerke bei unseren Nachbarn: Speziell das bayrische Atomkraftwerk Isar 1 gilt als extrem unsicher – die deutsche Opposition bezeichnet es als „unerträglich, die Sicherheit von Millionen zu gefährden“.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Nachdem Rot-Grün ein „Aus“ für die Atomkraft in Deutschland beschlossen hatte, wurde jetzt von Merkel & Co. eine Verlängerung der Lebensdauer für deutsche Atomkraftwerke um 8 bis 14 Jahre abgesegnet. Dafür zahlen die vier deutschen Energieriesen als „Entgelt“ jeweils zwei Milliarden Euro in die Budgetkassa.

Die Grünen, die in schwarzem Trauergewand mit gelbem Kreuz zur Atomdebatte erschienen waren, kritisierten diese Abmachung als „unerträglichen Kuhhandel auf dem Rücken von Millionen Menschen, um deren Sicherheit sich die Regierung Merkel keinen

Deut schert“. Gewinner sei die Atomindustrie, vor der die Politik in die Knie gegangen ist.

Regierungssprecher verteidigten die Abmachung und warfen der Opposition vor, „nur zu kritisieren, aber selbst energiepolitisch als Blindgänger dazustehen“.

Apropos Atomruinen: „profil“ zitiert Experten, die das Atomkraftwerk Isar 1 als sicherheitstechnisch nicht nachrüstbar bezeichnen ...

PETER GNAM

Ausland, S. 8

Freitag, 26. November 2010

Neues
Volksblatt

Temelin macht auch den Bayern Sorgen

Dialog vereinbart — Ausbau überflüssig?

Österreichs Proteste gegen das von Experten als hochriskant eingestufte bayerische Atomkraftwerk Isar I ignoriert er zwar, beim tschechischen AKW Temelin ist Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) aber ein Verbündeter. Gestern besuchte er seinen tschechischen Amtskollegen Pavel Drobil, um mit diesem über die bayerischen Sorgen wegen der Temelin-Ausbaupläne zu sprechen. Die beiden vereinbarten eine bilaterale Gesprächsebene zu dem Thema. Söder sagte, er habe auf tschechischer Seite ein hohes Maß an Sensibilität gegenüber Sicherheitsbedenken aus Bayern gespürt. Drobil habe ihm versichert, dass die geplanten neuen Reaktorblöcke auf „höchster Sicherheitsstufe“ und nach inter-

nationalen Standards entstünden. In der Vergangenheit habe man größere Schwierigkeiten gehabt, Bedenken anzubringen. Das offenere Ohr der Tschechen rührt aber vielleicht auch daher, dass die Realisierung des Projektes nicht mehr so dringlich zu sein scheint. Der Energiekonzern (CEZ) wollte die neuen Blöcke ursprünglich um das Jahr 2020 in Betrieb nehmen. Mitte Oktober hatte Premier Petr Necas jedoch bekanntgegeben, dass sich der Ausbau verzögern werde. In Regierungskreisen hatte es zur Begründung geheißen, es sei nicht sicher, ob die Stromnachfrage nach 2020 so stark sein werde, dass man die Energie aus den beiden geplanten zusätzlichen Reaktoren ohne Probleme verkaufen könnte.

Neues Volksblatt, Ausland, S 6
SA, 27. Nov. 2010

Atommülllager macht krebbskrank!

Leukämie-Fälle rund um deutsches Lager Asse verdoppelt

Jetzt ist es amtlich: Atom-
mülllager sind selbst dann
lebensgefährlich, wenn gar
keine messbare Radioakti-

vität austritt. Das Krebsregis-
ter im deutschen Bundesland
Niedersachsen weist für die
Region um das Atommüllla-

ger Asse bei Wolfenbüttel
eine Verdopplung der Leu-
kämieerkrankungsrate bei
Männern auf. Bei Frauen
hat sich die Erkrankungsra-
te für Schilddrüsenkrebs
verdreifacht! Es sei zu kei-
nem Zeitpunkt messbare
Radioaktivität aus dem
ehemaligen Salzbergwerk
ausgetreten, bekräftigte das
niedersächsische Umwelt-
ministerium am Freitag. In
Asse waren zwischen 1967
und 1978 rund 126.000
Fässer mit schwach- und
mittelaktivem Atommüll
eingelagert worden. Wegen
Wassereintrüben und Ein-
sturzgefahr soll das Lager
geräumt werden.



Foto: epa/Libcke

Atommülllager in Asse: Galt einmal als sicher, jetzt sind
nur die erhöhten Krebsraten in der Umgebung sicher ...

Kronenburg

Solarthermie und Biomasse als „Best Practice“-Modelle bei UN-Klimakonferenz

OÖ-Energiewende für die Welt


Mit zwei Oberösterreich-Beispielen im Koffer reist Energie-Landesrat Rudi Anschöber am Sonntag zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen nach Mexico: Solarthermie und Biomasse als „Best Practice“-Modelle der oberösterreichischen „Energiewende“ sollen 60 weiteren Regionen aus aller Welt auf die Sprünge helfen.


Oberösterreich arbeitet von Anfang an in der 2005 gegründeten „Climate Group“ aus mittlerweile 60 Regionalregierungen mit, die sich eine klimafreundliche CO₂-Wirtschaft zum Ziel gesetzt haben. Bei der UN-Weltklimakonferenz im

der Wärmeversorgung mit Sonnenenergie und Biomasse vor. „Dabei geht es nicht zuletzt darum, zu zeigen, dass Klimaschutz auch wirtschaftlich Gewinn bringt“, hofft er, „nebenbei“ auch die nationalen Regierungen bei der Hauptkonferenz zu überzeugen. Oberösterreichs Biomasse-Pioniere haben immerhin schon 30 Prozent des europäischen Marktes für ihre Branche erobert.

Mit dabei hat der Politiker ein Gemälde von Kindern

der Volksschule Neuhofen im Innkreis, das Oberösterreichs 222. Klimabündnisge-meinde ist: „Sie haben gemalt, was sie von Cancun erhoffen. Ich habe ihnen versprochen, es dort zu zeigen.“

 50 bis 70 Prozent der Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen von den Regionen kommen.

 Landesrat Rudi Anschöber

Krause Zeitung, Politik, S. 4
SA, 4. Dez. 2010

Skurriler Vorschlag auf Umweltgipfel in Mexiko:

Ausgerechnet Atomenergie soll das Weltklima retten

Cancún. – Der Öko-Gipfel in Mexiko wird durch immer skurrilere Vorschläge abgewertet! Einige Staaten wollen unter dem Vorwand des Klimaschutzes die gefährliche Technologie der CO₂-Speicherung einführen, andere preisen die Atomenergie zur Rettung an.

Heiße Luft und absurde Diskussion dominieren den UNO-Klimagipfel in Cancún. „Zu Zugeständnissen ist kein Land bereit“, so GLOBAL-2000-Experte Johannes Wahlmüller. Einige Staaten gehen sogar so weit, dass die „saubere“ Atomenergie als offizielle Klimaschutz-Maßnahme anerkannt werden soll. Hef-

tige Kritik gibt es an Saudi-Arabien: Die Scheichs wollen statt den Schadstoffausstoß zu reduzieren, CO₂ in Mega-Lagern speichern. Durchdacht der Vorschlag von WWF und Bundesforsten: Die Weltmoore schützen! Denn diese speichern Zehntausende Tonnen Kohlendioxid natürlich.

Mark Perry

„Atomzeitalter zu Ende“

Bayerns Regierung schwört sich auf den Ausstieg ein
Seehofer warnt Parteifreunde vor Rückkehr zu alten Positionen

Bayerns Regierung schwört sich auf den Ausstieg ein und kämpft gegen den Verdacht, dies sei nur Taktik. Umweltminister Markus Söder (CSU) ist für die endgültige Abschaltung der sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke über das dreimonatige Moratorium hinaus. Die Katastrophe von Fukushima ändere „die geistige Grundarchitektur. Das Atomzeitalter geht zu Ende. Auch in Bayern. Aber noch nicht jetzt“, so Söder. Zuvor müsse der Ausbau von Speicherkapazitäten und Strom-

netzen forciert werden: „Es muss jetzt einen nationalen Kraftakt geben.“ Ministerpräsident Horst Seehofer warnt vor einer Abkehr vom neuen Kurs. Nach dem Ende des Moratoriums dürfe die Politik nicht wieder so handeln wie vor dem Atomunglück in Japan, forderte der CSU-Chef. Er könne nicht ausschließen, dass manche auch in den eigenen Reihen mit einem zeitlichem Abstand versuchen könnten, wieder zu alten Positionen zurückzukehren. Dies sei mit ihm aber nicht zu machen:

„Davon wird mich niemand mehr runterbringen!“ In den Umfragen zahlt sich das Umdenken der Union noch nicht aus: CDU/CSU sind bei der wöchentlichen Umfrage des Forsa-Institutes um drei Punkte auf 33 Prozent gefallen, während die Grünen von 18 auf 20 Prozent stiegen. Die SPD verlor einen Punkt auf 25 Prozent. Die Linke verharrt bei neun, die FDP bei fünf Prozent. Das Problem der Union: Viele nehmen ihr die Atomwende noch nicht ab, Atombefürworter sind sauer.

Österreich bis 2015 Atomstrom-frei

Neues Ökostromgesetz soll Nuklearstromimporte unterbinden

Mit dem neuen Ökostromgesetz will Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner Österreich bis 2015 zur Atomstrom-freien Zone erklären. Rund sechs Prozent der Stromimporte — 3,35 der insgesamt verbrauchten 55 Terawattstunden — würden derzeit auf Atomstrom entfallen. Es gelte angesichts der Katastrophe in Fukushima, das offene Fenster für erneuerbare Energien zu nutzen, so der Minister. Österreich soll durch die Novelle wieder zu einem Nettostromexporteur werden. Allein heuer

wird das Fördervolumen für Ökostromanlagen um rund 100 Mio. Euro aufgestockt. Mitterlehner erwartet sich somit einen regelrechten Boom beim Ausbau der Erneuerbaren. Der jährliche Förderdeckel steigt von derzeit 21 auf 30 Mio. Euro. Die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen werden bis zu 15 Jahre durch garantierte Einspeistarife unterstützt. 35 Euro je Haushalt zahlen die Konsumenten derzeit pro Jahr. Künftig sollen pro Haushalt zehn Euro mehr anfallen. Wartelisten werden abgebaut und Tarife unter den Einspeistarifen an-

geboten. Auch werden den einzelnen erneuerbaren Technologien fixe Förderhöpfen zugewiesen.

Leitl: „Gelungener Kompromiss“

WK-Präsident Christoph Leitl bezeichnete den Entwurf als gelungenen Kompromiss zwischen weiterem Ausbau, verbesserten Rahmenbedingungen für Investitionen und einer Kostenbegrenzung für Unternehmen. Die Novelle soll noch vor dem Sommer beschlossen und mit Jahresbeginn 2012 in Kraft treten.

Erste Jod-Partikel aus Japan in Österreich gemessen

AGES: Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen, Werte befinden sich weit unterhalb des Bereiches der natürlichen Strahlungsschwankung

Die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) hat erstmals radioaktive Partikel in der Atmosphäre gemessen, die aufgrund ihrer Zusammensetzung auf den Reaktorunfall in Fukushima in Japan zurückzuführen sind. An der Strahlmessstation der AGES in Wien wurden extrem geringe Konzentrationen an Jod-131 in der Atmosphäre nachgewiesen. „Eine gesundheitliche Gefährdung für Menschen und Umwelt in Österreich ist ausgeschlossen, wonach Luftmassen aus Japan nach Europa gelangen, wurde das Messprogramm ab 22. März in Österreich intensiviert. Die Luftfilter der Messstellen wurden ab Mittwoch täglich gewechselt und analysiert. Im Überwachungszeitraum von Mittwoch auf Donnerstag konnten dann erstmals geringe Spuren von Iod-131 und in noch geringerem Ausmaß Cäsium-137 und Cäsium-134 in der bodennahen Luft an der Messstelle AGES-Wien festgestellt werden. Die Resultate der Analysen der Proben lagen dann gestern vor.“

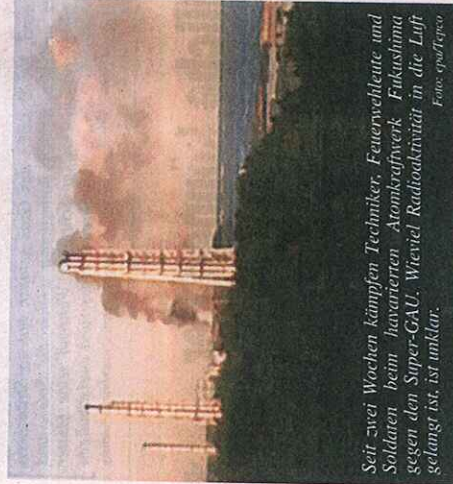


Foto: epa/epo

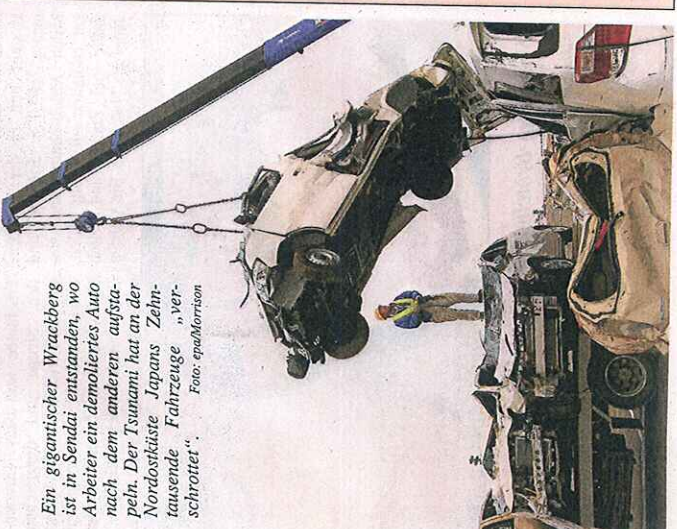
Österreich verfügt über ein flächendeckendes Frühwarnsystem, das rund um die Uhr Messdaten liefert. Das laborgestützte Überwachungsnetz der AGES bildet den zweiten tragenden Bestandteil im Überwachungsnetz für Radioaktivität.

Seit zwei Wochen kämpfen Techniker, Feuerwehrlente und Soldaten beim havarierten Atomkraftwerk Fukushima gegen den Super-GAU. Wieweit Radioaktivität in die Luft gelangt ist, ist unklar.



Fieberhaft wird nach wie vor nach Überlebenden der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe gesucht. Mittlerweile 27.000 Menschen gelten bislang als tot oder vermisst.

Foto: epa/Meyama



Ein gigantischer Wrackberg ist in Sendai entstanden, wo Arbeiter ein demoliertes Auto nach dem anderen aufstapeln. Der Tsunami hat an der Nordostküste Japans Zehntausende Fahrzeuge „verschrottet“.

Foto: epa/Morrison

Burma-Beben: Tote

Mindestens 74 Menschen starben am Donnerstagabend bei den Erdstößen mit einer Stärke von 6,8

RANGUN — In einer schwer zugänglichen Region Burmas (Myanmar) sind bei einem schweren Erdbeben wenigstens 74 Menschen ums Leben gekommen. Mindestens 111 Menschen wurden verletzt — vor allem in den Städten Tarli und Tachileik an der Grenze zu Thailand. Die Erde bebte am Donnerstagabend nach Einbruch der Dunkelheit mindestens drei Minuten bei einer Stärke von 6,8. Das Epizentrum lag rund 50 Kilometer nördlich von Tachileik an der Grenze zu Thailand, wo ein Todesopfer zu beklagen ist: Eine Frau wurde von einer einstürzenden Betonwand erdrückt. Das Bebengebiet liegt knapp 800 km nördlich von Bangkok. Erschütterung war auch in Laos, Vietnam und China zu spüren. „Es besteht kein Zusammenhang, sagte Geophysiker Birger Lühr vom Geoforschungszentrum in Potsdam.“

AKTUELL

LANGE GEISELNAHME

SLIWEN — Ein Bankräuber hat sich in der bulgarischen Stadt Sliven nach einem 40-stündigen Geiseldrama der Polizei ergeben. Der Krimellek kam gestern in der Früh aus der Filiale und wurde festgenommen. Bei dem Überfall wurde ein Wachmann angeschossen. Der Täter war am Mittwoch in die Bank gestürzt und hatte mehrere Geiseln genommen. Am Donnerstag ließ er fünf Angestellte und den Wachmann frei. Dann verschanzte er sich im Tresor. Psychologen brachten den Bewaffneten dazu, sich zu ergeben.

MORDE: KEINE SPUR

KRALLING — Einen Tag nach dem grausamen Mord an zwei kleinen Mädchen in Krallling bei München fehlt vom Täter weiter jede Spur. Auch beim Motiv tappt die Polizei völlig im Dunkeln. Fest steht inzwischen nur: Chiara (8) und Sharon (11) wurden erstochen und erschlagen. Die Mütter und ihr Freund waren am frühen Donnerstagmorgen nach Hause gekommen und hatten die leblosen Kinder gefunden. „Die bisherigen Ermittlungen haben keinerlei Tatverdacht ergeben“, sagte der Leiter der Münchner Mordkommission, Markus Kraus. Es gebe keine Anhaltspunkte für ein Sexualdelikt. Die Hausitur des Hauses war in der Tarnnacht unverschlössen, jeder konnte sie von außen öffnen.

SENIOREN ÜBERFALLEN

LONDON — 17 Jahre lang brach er nachts in Häuser ein, überfiel und vergewaltigte wehrlose Senioren. Nun wurde ein Brit zu viermal lebenslang verurteilt. Mehr als 600 Männer und Frauen sollen dem Vater (53) von zehn Kindern zum Opfer gefallen sein — verurteilt wurde er aber nur für 29 Fälle. Die Verbrechen seien so gravierend, dass es für das Urteil keine Richtlinie gebe, sagte der Richter. „Ihre Taten sind eine Klasse für sich.“ Die Polizei hatte ihn bereits „einen der schlimmsten Sex-Täter Großbritanniens“ genannt.

Keine Kühlung: Lage in Fukushima spitzt sich zu

Verstrahltes Wasser schürt Angst

TOKIO — Trotz des verweifelten Kampfs gegen den Super-GAU spitzt sich die Lage in Fukushima zu. Zwei Reaktoren des Atom-Wracks waren gestern ohne Kühlung. An mehreren Stellen stand Wasser, das 10.000-fach stärker strahlte als gewöhnlich. „Die Regierung tut das Äußerste, berichtete Tepco. NISA fügte um die Situation unter Kontrolle zu bringen“, versicherte Japans Ministerpräsident Naoto Kan zwei Wochen nach dem Groß-Beben. Die Lage sei weiter „sehr ernst“.

Experten befürchten: Super-Gau schon da

Die Umweltorganisation Greenpeace forderte, die AKW-Havare auf die höchste Stufe der internationalen Atomunfallskala einzurufen. Die Zahl der Opfer nach Beben und Tsunami stieg inzwischen auf mehr als 10.000. Der Fernsehsender NHK berichtete von 10.035 Opfern. Rund 17.500 Menschen gelten als vermisst, mehr als 240.000 leben weiter in Notlagern. Es fehlt nach wie vor an Wasser, Heizmaterial, Treibstoff und Medikamenten.

EU verschärft Kontrollen

Unterdessen hat die EU die Kontrollen für den Import von Lebensmitteln aus Japan verschärft. Für alle Nahrungsmittel und Futtermittel aus den am stärksten vom Reaktorunfall betroffenen Gegenden ist ein Nachweis der Behörden in Japan notwendig, dass die Produkte nicht verstrahlt sind, wie die Europäische Kommission mitteilte. Für Österreich ändere sich dadurch wenig, „weil wir ohnehin zu 100 Prozent kontrollieren“, so Fabian Fußeis, Sprecher von Gesundheitsminister Alois Stöger. Japan spielt als Lebensmittel-Lieferant für Österreich keine große Rolle. Direktimporte Kubikzentimeter. Auch dieser Wert sei etwa 10.000 Mal so hoch wie in solchen AKW-üb-

*Neues Volksblatt, Aus aller Welt, S 11
Freitag. 17.6.2011*

Arbeiten an AKW-Schutzmantel in den kommenden Wochen

**Hülle wird vorkonstruiert und per Kran auf die zerstörten
Reaktorgebäude gehoben — Weitere Schutzmäntel geplant**

TOKIO — Im schwer zerstörten AKW Fukushima erstellt die Betreiberfirma bereits Maßnahmen für die weitere Zukunft der havarierten Meiler. Seit 13. Mai wird daran gearbeitet, den ersten Reaktor mit einer Schutzhülle abzudecken. Vorgesehen ist dies für das Reaktorgebäude der Einheit 1.

Die hohe Strahlung macht es notwendig, dass die Hülle bereits andernorts vorgefertigt wird, um anschließend mit Kränen auf das Gebäude gehoben zu werden, wie aus

den Unterlagen von Tepco hervorgeht. An der ersten Konstruktion wird im Hafen von Onaha gearbeitet, von wo aus die Schutzhülle nach Fukushima verschifft wird. Dort wird die Konstruktion mittels vorbereiteter Raupen-

kräne auf das zerstörte Reaktorgebäude gehoben. Rundherum wird daran gearbeitet, Schutt und zerstörte Gebäudeteile zu beseitigen. Später sollen die Einheiten drei und vier ebenfalls eine Schutzhülle erhalten.

Weltweite Stresstests

Eine österreichische Idee setzt sich durch: IAEA-Chef fordert bei Wiener Sicherheitskonferenz Stresstests für alle Atomkraftwerke

Anfangs noch belächelt, dann von der EU übernommen — und jetzt weltweit im Gespräch: Die nach der Atomkatastrophe in Fukushima von Österreich erhobene Forderung nach AKW-Stresstests setzt sich immer mehr durch. Jetzt hat sie auch die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) aufgegriffen. Deren Chef Yukiya Amano forderte gestern zum Auftakt einer fünftägigen Konferenz zum Thema atomare Sicherheit in Wien weltweite Stresstests, in denen alle Nuklearanlagen unter anderem auf ihre Erdbeben- und Tsunamisicherheit kontrolliert werden sollen. Auch die von der IAEA formulierten Sicherheitsstan-

dards sollten überarbeitet werden: „Wir müssen die IAEA-Sicherheitsstandards stärken und sicherstellen, dass alle sie anwenden.“ Bisher gibt es international keine verpflichtenden Sicherheitsstandards oder -kontrollen, Atomsicherheit ist Sache des einzelnen Staates.

Ausgerechnet Japan will sich allerdings nicht für weltweit

bindende Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke einsetzen. Zu dieser Frage gebe es in der Internationalen Gemeinschaft viele verschiedene Ansichten und diese sollten respektiert werden, sagte der japanische Wirtschaftsminister Banri Kaeida bei der Wiener Fukushima-Sonderkonferenz vor Journalisten.

0. Ö. Nachrichten, Weltspiegel, 57, Mittwoch. 22.6.2011

Wasser-Zwischenlager Fukushima (epa)

Dekontaminierung läuft wieder

TOKIO/FUKUSHIMA. In der Atomruine Fukushima 1 haben die Reparaturtrupps eine ausgefallene Anlage zur Dekontaminierung stark verseuchten Wassers wieder zum Laufen gebracht. Wie der Betreiberkonzern Tepco gestern bekanntgab, war zwischenzeitlich eine Pumpe ausgefallen. Trotz des Problems sei es gelungen, das tägliche Ziel einzuhalten, radioaktive Materialien in jeweils 1200 Tonnen verseuchten Wassers zu reduzieren.

In den vergangenen Tagen hatte es wiederholt technische Schwierigkeiten mit dem neuen System gegeben. Die neue Anlage gilt als wichtiger Schritt im Bemühen, das AKW unter Kontrolle zu bringen.

Neues Volksblatt, Politik, 53, Montag 27.6.2011

Euratom ändert die Forschungsrichtung

„Die Weichen im Euratom-Forschungsprogramm sind nun klar auf Sicherheit gestellt“, freut sich Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP), dass sich Österreich durchgesetzt hat. Morgen wird im zuständigen EU-Ministerrat darüber abgestimmt. Das Forschungsprogramm hätte bereits Ende Mai beschlossen werden sollen — Österreich bestand aber darauf, Sicherheits- und Ausstiegsforschung zentral zu verankern.

Neues Volksblatt, Oberösterreich Seite 5

Freitag 5.8.2011

Oberösterreich | 5

Europas Atomreaktoren „lächerlich“ versichert

LINZ — In Anbetracht der Atomkatastrophe von Fukushima, bei der laut aktuellen Abschätzungen Gesamtschadensansprüche von bis zu 100 Mrd. Euro bestehen, kritisiert Umwelt-LR Rudi Anschober die „lächerlich geringen“ Haftungssummen, mit denen Europas Atomreaktoren versichert sind. „Wie Geisterfahrer ohne Haftpflichtversicherung“, so Anschober. Dadurch komme es in Europa unter anderem zu einer akuten Wettbewerbsverzerrung zwischen den verschiedenen Energieträgern. Atomkraftwerke haben derzeit in Deutschland eine Haftungssumme von 2,5 Mrd. Euro, in Temelin von 330 Mio. Euro und in Frankreich insgesamt für alle 58 Reaktoren lediglich von 90 Mio. Euro für den Fall eines schweren Unfalls.

USA: Skepsis gegenüber Bebensicherheit von AKWs

Das Beben an der Ostküste der USA am Dienstag brachte eine Debatte über die Sicherheit von Atomkraftwerken der Region in Gang. Der Erdstoß und die Lage des Epizentrums überraschte Experten.

Frank Herrmann aus Washington

Plötzlich blinkten die Warnlampchen. Die beiden Reaktoren schalteten sich ab, die Notstromgeneratoren sprangen an, wie es die Krisenpläne vorsehen. Seit Dienstag ist North Anna, ein AKW im Bundesstaat Virginia, nicht mehr am Netz. Ein Erdbeben, Stärke 5,8 nach Richter, hatte den Alarmzustand ausgelöst. North Anna liegt nur etwa 20 Kilometer entfernt vom Epizentrum, dem kleinen Dorf Mineral, das sonst nur durch Countrymusik und Bluegrass-Festivals von sich reden macht. Die Gefahr einer Kernschmelze habe nie bestanden, versichert ein Sprecher des Betreibers Dominion Resources.

Dienstagnachmittag hatte um 13.51 Uhr Ortszeit im Nordosten der USA die Erde gezittert. Knapp eine halbe Minute lang vibrierten Fußböden und Wände. Menschen kamen nicht zu Schaden. An der nationalen Kathedrale, dem bekanntesten Gotteshaus der Hauptstadt, brachen die Spitzen einiger Ziertürmchen ab. Das Washington Monument, der pfeilschlanke Obelisk mit seiner Aussichtsplattform, ist auf unbestimmte Zeit für Besucher geschlossen, nachdem Statiker im oberen Teil Risse ent-

Bei dem Beben der Stärke 5,8 nach Richter kam es zu Schäden an mehreren Gebäuden, in dieser Straße in Washington stürzten Teile eines Daches auf die Fahrbahn.

Foto: EPA/Scalzo



deckten. In den meisten Schulen der Stadt fiel der Unterricht am Mittwoch aus. Etliche Ministerien blieben geschlossen. Ein Beben vergleichbarer Stärke hatte es in der Gegend zuletzt 1897 gegeben.

Das Epizentrum liegt nicht an einer Bruchlinie zwischen zwei Platten. „Die Ursachen für Beben an der Ostküste verstehen wir noch immer nicht ganz“, bekennt Marcia McNutt, Direktorin der Geologiebehörde. Wahrscheinlich würden uralte Bruchlinien aktiviert aus einer Epoche, in der

das Appalacheengebirge entstand. Infolge des unerwarteten Erdstoßes kommt auch die Atomdebatte in Fahrt. 2007, als der Dominion-Konzern eine Lizenz für den Bau eines dritten Reaktors beantragte, berief er sich auf Studien, nach denen in der Zentralregion Virginia Beben stärker als 5,5 höchstens alle 10.000 Jahre denkbar seien. Kritiker stellen dies infrage.

In Peekskill am Hudson-Fluss, wo der Meiler Indian Point keine 70 Kilometer vom New Yorker Times Square entfernt Energie

produziert, fühlt sich Paul Gallay von der Umweltorganisation Riverkeeper in seiner Skepsis bestärkt: „Wie viele Warnungen brauchen wir noch?“ Erst vor drei Jahren haben Wissenschaftler der Columbia University ihre seismografischen Prognosen fürs Hudson-Tal korrigiert. Bebt in Peekskill die Erde, können Werte bis zu 7,0 auf der Richterskala erreicht werden. Die Reaktoren am Indian Point wurden indes behördlich für sicher erklärt, weil sie Erdstöße bis zur Stärke von 6,1 aushalten.

Wochenende ^{OÖ}Nachrichten

Samstag, 27. August 2011

MAGAZIN

Heute mit 10 Seiten

Aus dem Inhalt

Alles Abenteuer

Am Rand Europas, in Montenegro, findet sich die zweitiefste Schlucht der Welt. Der Tarafluss bietet Wildwasser-Abenteuer und Naturschauspiel der Extraklasse. Seite 3

Alla siciliana

OÖN-Feinspitz Peter Hirsch bereite mit Giuseppe Verdichizzi, vom einzigen „Hauben-Italiener“ Oberösterreichs, ein Sommermenü zu. Die Rezepte aus der „Trattoria Giuseppe“ in Linz auf Seite 5

À la Haderer

Gute Nachrichten für Liebhaber von OÖN-Karikaturist Gerhard Haderer: Das zweite Jahrzehnt seiner im „stern“ veröffentlichten Illustrationen liegt nun in gebundener Form vor. Seite 9, 10



Die Proteste gegen die Atomkraft und gegen den Betreiber von Fukushima-Daiichi, Tepco, nehmen zu.

Foto: Reuters

Japans langer Weg zurück

Sechs Monate nach der Katastrophe von Fukushima versuchen Japans Atomkraftgegner aus der jungen Protestbewegung eine starke politische Kraft zu schmieden.

VON BERNHARD BARTSCH AUS FUKUSHIMA

Von ihrem alten Leben ist Chikako Matsumoto nicht mehr geblieben als das, was in den Kofferraum ihres Kleinwagens passte: Ein paar Schachteln mit Schnellheftern, Fotos und persönlichen Gegenständen, sowie einige Taschen mit Winterkleidung, die ihr

jetzt im Sommer nichts mehr nützen. „Wer hätte ahnen können, dass die Katastrophe ein solches Ausmaß annehmen würde?“, sagt die Krankenschwester.

Jahrzehntelang lebte sie in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks Fukushima-Daiichi, und wie alle ihre Nachbarn glaubte sie den Versicherungen von Regierung und Betreibern, dass Kernenergie sicher sei. Knapp ein halbes Jahr nach dem GAU, ausgelöst durch das Erdbeben vom 11. März, steht Matsumoto vor dem Wohncontainer, der bis auf Weiteres ihr Zuhause sein wird.

Zusammen mit hundert anderen Familien aus der Evakuierungszone lebt die Mittfünfzi-

gerin in der Behelfssiedlung auf einem Parkplatz in der Stadt Fukushima, 60 Kilometer vom Kraftwerk entfernt. Die karge Einrichtung ihrer beiden kleinen Zimmer stammt größtenteils aus Spenden, ebenso ihr gestreiftes T-Shirt und die helle Sommerhose. Vor ihrer Tür hat Matsumoto ein paar Pflanzkübel mit Kräutern aufgestellt, was ihre Nachbarn verrückt finden, weil auch hier noch erhöhte Radioaktivität gemessen wird. „Ich habe wahrscheinlich ohnehin schon eine Menge Strahlung abbekommen, weil ich erst drei Tage nach dem Beben geflohen bin. Wir konnten ja die Patienten in unserem Krankenhaus nicht allein lassen.“

Weiter auf Seite 2



Japans langer Lauf zu den Grünen

Fortsetzung von Seite 1

Wie es weitergehen soll, weiß Matsumoto noch nicht. Bisher lebt ihre Familie von der finanziellen Nothilfe, die der Kraftwerksbetreiber Tepco und die lokale Regierung verteilt haben, aber wie die Strahlenflüchtlinge entschädigt werden sollen, ist noch völlig unklar.

„Natürlich sind wir alle noch sehr aufgewühlt und wütend, aber ich bin sicher, dass es für uns irgendwann eine Lösung geben wird“, sagt sie. Im Moment sei erst einmal das Wichtigste, dass die Regierung aus dieser Katastrophe die richtigen Lehren ziehe. „Es darf in Japan nicht noch einmal zu einem GAU kommen“, fordert Matsumoto. „Alle Atomkraftwerke gehören abgeschaltet.“

Nicht nur die Betroffenen sind dieser Meinung. War Atomkraft in Japan vor dem 11. März weitgehend unumstritten, so geben in Umfragen heute 75 Prozent der Japaner an, dass sie sich eine Zukunft ohne Nuklearenergie wünschen.

Reformen? Große Fehlanzeige

Doch öffentliche Meinung und politische Umsetzung sind zweierlei, gerade in Japan, wo der Regierung seit Jahrzehnten keine große Reform mehr gelungen ist und gutgemeinte Erneuerungsiniziativen oft an der übermächtigen Bürokratie scheitern. Zwar hat inzwischen auch Premierminister Naoto Kan die Devise ausgegeben, Japan müsse auf einen Atomausstieg hinarbeiten. Doch nach dem desaströsen Krisenmanagement der Regierung wird Kans politische Restlaufzeit in Tokio nur noch auf wenige Tage geschätzt und unter seinen potenziellen Nachfolgern hat sich bisher keiner als Kernkraftgegner geoutet.

Japans Anti-AKW-AktivistInnen sehen sich deshalb noch keineswegs am Ziel, sondern vielmehr vor der Aufgabe, aus ihrer jungen Bewegung eine echte politische Kraft zu schmieden. „Kan hat versucht, mit dem Thema Atomausstieg seine politische Karriere zu retten, aber in seinem Umfeld arbeiten viele in eine andere Richtung“, sagt Junichiro Sato, Leiter von Greenpeace in Japan. „Ich bin mir zwar sicher, dass der Ausstieg kommen wird, aber der Weg dorthin ist noch weit.“

Umfeld gegen Atomkraft schaffen

Die erste Herausforderung sei es, das Thema im öffentlichen Bewusstsein zu halten und ein Umfeld zu schaffen, in dem es sich für Politiker lohnt, sich gegen Atomkraft auszusprechen, meint der Aktivist. „Wenn das gelingt, kann ich mir durchaus vorstellen, dass aus der japanischen Anti-Atomkraftbewegung einmal eine ähnliche Partei entsteht wie die Grünen in Österreich und Deutschland“, sagt Sato.

Dass es seit März in der Hauptstadt regelmäßig Demonstrationen gibt, wertet er als großen Erfolg, selbst wenn sich selten mehr als einige Tausend Menschen daran beteiligen. „Japan hat keine Demonstrationenkultur, weshalb hier auch schon kleine Kundgebungen große Aufmerksamkeit bekommen.“

Allein Mioko Smith, Gründerin der Organisation Green Action, die in Japan seit mehr als 20 Jahren gegen Kernenergie mobil macht, sieht die Chancen für eine japanische Atomkraftgegner-Partei.



Trostloses Zuhause auch für Tausende Kinder: Notunterkünfte fernab der verstrahlten Region um die Atomruine Fukushima.

Foto: Reuters

zwar nie umstritten, aber auf lokaler Ebene gibt es seit vielen Jahren sehr aktive Kernenergiegegner“, sagt Smith, die halb Japanerin und halb Amerikanerin ist. „Hätte es nicht vielerorts Proteste gegeben, hätten wir in Japan heute nicht 54 Reaktoren, sondern mehr als 80.“

Andere AKW-Gegner sind jedoch pessimistischer. „Nach der Katastrophe war das öffentliche Interesse an dem Thema natürlich gewaltig, aber inzwischen lässt es schon wieder nach“, meint der Journalist und Aktivist Ryuichi Hirokawa, der mit seiner Organisation rund um Fukushima unabhängige Messungen unternimmt, um die Angaben der Regierung zu überprüfen. „Die Hauptsorge der meisten Menschen ist nicht die Sicherheit der Reaktoren, sondern ob belastete Lebensmittel aus Fukushima auf den Markt kommen.“ Soweit dies nicht in großem Maßstab geschehe, werde die Unterstützung für einen Atomausstieg schnell sin-

ken, und da in Politik und Bürokratie traditionell Kernkraftbefürworter das Sagen haben und die Verbindungen zur Nuklearindustrie eng sind, könnte das Thema schon bald wieder von der Agenda verschwinden.

„Habt ihr überhaupt zugehört?“

Wie groß die Kluft zwischen Atomkraftgegnern und Regierung ist, zeigt sich bei einer Veranstaltung Mitte August, mit der die AktivistInnen auf die Gefahren für Kinder aufmerksam machen wollen. Im holzgetäfelten Sitzungssaal des Repräsentantenhauses drängt sich das Who-is-who der Anti-AKW-Szene. Es kursiert das Gerücht, Premier Kan wolle persönlich erscheinen, um noch einmal um sein politisches Erbe zu kämpfen. Doch dann kommen doch nur rangniedrige Beamte verschiedener Ministerien, zehn Herren in dunklen Anzügen, die sich höflich verbeugen und mit betretenen Gesichtern hinter einem langen Tisch Platz nehmen.

Ihnen gegenüber sitzen fünf Kinder, deren Familien aus der Umgebung des Kraftwerks Fukushima evakuiert werden mussten.

„Wir wollen im Freien spielen können, ohne Angst haben zu müssen“, sagt ein kleines Mädchen in ihr Mikrofon. „Ich habe von meinen Eltern gehört, dass man von radioaktiver Strahlung Krebs bekommen kann“, sagt ein Junge, „aber ich will nicht als Krebskranker aufwachsen.“ Ein weiteres Mädchen äußert die Sorge, einmal ein gesundes Kind bekommen zu können. Die Erwachsenen applaudieren, während die Beamten emsig mitschreiben.

Schließlich ist es an ihnen, zu antworten. „Wir danken euch für eure Worte und werden intern darüber beraten“, sagt der erste. „Wir werden weiterhin unermüdlich arbeiten.“ Der zweite sagt fast wörtlich des Gleichen, auch der dritte und vierte. „Sagt mal, habt ihr überhaupt zugehört“, ruft ein Erwachsener dazwischen, auch andere schreien jetzt



Junichiro Sato

Foto: Bartsch

und die Stimmung bleibt tumultartig, bis die zehn Beamten schließlich unter weiteren Verbeugungen den Raum verlassen. „Es sind Bürokraten wie diese, die Japan die Atomenergie eingebrockt haben“, sagt eine Aktivistin frustriert, „und leider sind wir jetzt auf sie angewiesen, um sie wieder loszuwerden.“

■ FUKUSHIMA – EINE CHRONOLOGIE

März:

Am 11. März erschüttert ein Erdbeben der Stärke 9,0 Japan. Eine gewaltige Flutwelle tötet etwa 25.000 Menschen. Zudem gerät das Atomkraftwerk Fukushima Daiichi (1) außer Kontrolle. Die Kühlung der Reaktoren fällt aus. In drei Reaktoren setzt eine Kernschmelze ein, was vom Betreiber Tepco zuerst nicht zugegeben wird.

Die Regierung ruft den atomaren Notfall aus. Die Reaktorblöcke werden notdürftig mit Meerwasser gekühlt. Lebensmittel aus der Präfektur Fukushima dürfen nicht mehr verkauft werden. Die Evakuierungszone um das Kraftwerk wird mehrmals bis auf 20 Kilometer erweitert. Rund 80.000 Menschen müssen in Notunterkünfte.

skala für nukleare Ereignisse (Ines) hoch. Die 20 Kilometer Evakuierungszone wird zum offiziellen Sperrgebiet.

Mai:

Das japanische Unterhaus beschließt einen Extra-Haushalt von umgerechnet 33,4 Milliarden Euro für den Wiederaufbau.

Die Abneigung gegen Atomkraft wächst. In Tokio gehen Tausende Menschen auf die Straße. Erstmals gibt Tepco zu, dass in den drei aktiven Reaktoren schon kurz nach dem Beben eine Kernschmelze eingesetzt hat.

Juni:

Am 4. Juni teilt Tepco mit, im Reaktorgehäuse

Laut Tepco schwappen in der Atomruine mehr als 1 Million Hektoliter verstrahltes Wasser.

Juli:

Japans Regierung plant Stresstests für alle Atommeiler im Land. Während ein Lieferstopp für Rinder aus der Region Fukushima verhängt wird, kann angeblich endlich die Kühlung der zerstörten Reaktoren stabilisiert werden.

August:

Die Regierung enthebt drei für die Nuklearpolitik und -aufsicht zuständige hochrangige Beamte ihrer Ämter.

Das Unterhaus beschließt ein Gesetz zur Einrich-

Atomoffensive heizt Widerstand an

Oberösterreich pocht auf Verhandlungen mit Tschechien wegen Ausbauplänen

Robert Schuster
Kerstin Scheller

Linz/Prag – „Tschechien wird zur Bedrohung für Oberösterreich, Österreich und ganz Europa.“ Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) kündigte nach Bekanntwerden der Ausbaupläne der Atomkraft in Tschechien massiven Widerstand an. Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne) fordert deshalb Direktverhandlungen zwischen Österreich und Tschechien. Das Energiekonzept des Nachbarlandes solle voraussichtlich im Jänner beschlossen werden.

Und das, was kürzlich aus dem tschechischen Industrie- und Handelsministerium an die Öffentlichkeit gelangte, lässt an Klarheit nichts vermissen. Bis zum Jahr 2060 sollen bis zu 80 Prozent des Stroms in Kernkraftwerken produziert werden. Die Fotovoltaik soll ab dem Jahr 2030 als Energiequelle zur Gänze wegfallen. In Zahlen würde das bedeuten, dass Tschechien im Jahr 2060 bis zu 160 Terawattstunden Strom her-

stellen könnte, obwohl der Verbrauch nur die Hälfte davon ausmachen dürfte. Wegen des zu erwartenden Stromüberschusses beschwichtigt der tschechische Industrieminister Martin Kocourek: Diesen werde es nicht geben, da mit einer größeren Binnen- nachfrage aufgrund der verstärk-

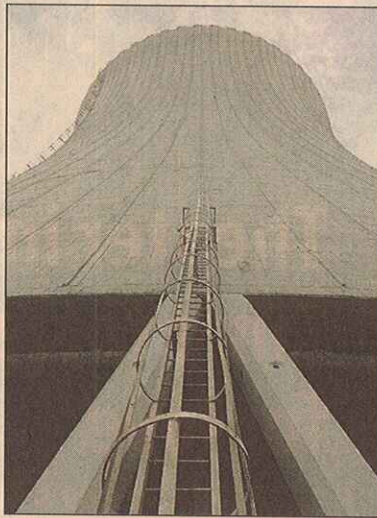
ten Verbreitung von Elektroautos zu rechnen sei.

Neben der so gut wie sicheren Erweiterung Temelíns um zwei Reaktoren ist der Bau von noch zwei Kernkraftwerken geplant. Das erste im nordmährischen Blahutovice soll 2025 fertig sein, Te- tov in Ostböhmen soll folgen.

Man werde diese Ausbaupläne mit Sicherheit nicht hinnehmen, geben sich Anschöber und Pühringer kämpferisch. „Anscheinend dürften die verantwortlichen Politiker in Tschechien nichts aus Fukushima gelernt haben. Das ist eine ignorante Politik“, ärgert sich Pühringer.

Wie ernst es dem Nachbarland mit den Ausbauplänen ist, zeigt sich auch an der aktuellen Personalentscheidung. Nach knapp acht Jahren an der Spitze des Energiekonzerns CEZ, an dem der Staat 70 Prozent der Aktien hält, musste Martin Roman gehen. Regierungsmitglieder sollen mit ihm unzufrieden gewesen sei, weil er beim Ausbau des AKWs Temelín Verzögerungen angekündigt hatte.

Kommentar Seite 40



Kühlturm in Temelín, wo neue Reaktoren geplant sind. Foto: simo

O.ö. Nachrichten,
Politik, S 4, MiMo. 21.9. 2011

Prager Atomkurs: Kein Wille zu Alternativen

Im August hat Prag den Ausbau der Atomkraft angekündigt, gestern präsentierte das Ressort von Umweltschutzlandesrat Rudi Anschober (Grüne) Details - und Pläne für den Widerstand dagegen. Wien soll mit Prag direkt verhandeln, bevor das tschechische Energiekonzept im Jänner beschlossen wird, fordert Anschober.

Das Konzept sieht drei Szenarien vor. Im aus österreichischer Sicht schlimmsten Fall soll die Atomstromproduktion bis 2060 verfünffacht werden. Der Anteil der Kernkraft an der Stromproduktion könnte bis zu

87,3 Prozent erreichen, der Anteil erneuerbarer Energien von derzeit acht auf 5,3 Prozent sinken. In allen Szenarien laufen die zwei bestehenden Kernkraftwerke länger als

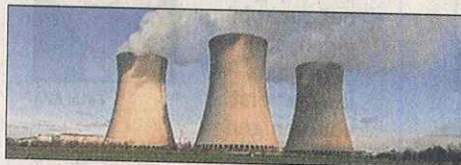
„Wir haben einen Trumpf gegen Prags Pläne in der Hand: Zum Bau neuer ‚Stromautobahnen‘ kann uns niemand zwingen.“

RUDI ANSCHOBER
Landesrat (Grüne)

geplant: Dukovany soll statt 2015 bis 2045 in Betrieb sein, Temelin statt 2030 bis 2062. Temelin soll in jedem Fall ausgebaut, dazu bis zu drei AKW neu errichtet werden. Laut Dalibor Strasky, dem Anti-Atombeauftragten des Landes Oberösterreich, will Prag Strom zum Ersatz für Braunkohle in der Wärmeversorgung machen. Alternativen wie Biomasse seien nicht vorgesehen.

„Zur tschechischen Energiepolitik gibt es Alternativen. Aber es fehlt der politische Wille dazu“, sagte Monika Machova-Wittingerova von den „Südböhmischen Müttern gegen Atomgefahr“. Tschechiens AKW-Gegner bräuchten Hilfe aus Österreich - durch politische Gespräche, nicht durch Grenzblockaden.

Landesrat Anschober bekräftigte gestern Oberösterreichs Hilfe. Nicht nur in Wien, auch in Bayern und bei der deutschen Bundesregierung suche er Unterstützung: Tschechiens Nachbarn müssten die Energiewende schaffen, um auf Atomstromimporte verzichten zu können. So könne man die Errichtung neuer Stromleitungen verhindern, die für Tschechiens Exportpläne notwendig wären. „Da haben wir einen Trumpf in der Hand, denn zum Bau dieser ‚Stromautobahnen‘ kann uns niemand zwingen“, sagt Anschober. (nie)



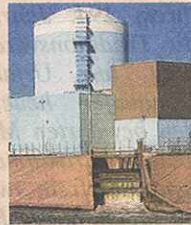
Geplant: Temelin-Ausbau

(epa)

Neues Volksblatt, Ausland, 55, Nummer 5, 19.9.2011

OÖ. Einspruch gegen AKW-Ausbau in Krsko

Oberösterreich hat offiziell Einspruch gegen den Ausbau des slowenischen Atomkraftwerkes Krsko erhoben. Am



Standort des bisher einzigen AKW Krsko, das derzeit 37 Prozent des slowenischen Stroms produziert, soll ein zweiter Atommeiler errichtet werden. Gerade aufgrund der Erdbebengefährdung der Region sei dies eine Absicht, die vom Land Oberösterreich in einer eigenen Stellungnahme im UVP-Verfahren massiv abgelehnt werde, so Umweltlandesrat Rudolf Anschober am Mittwoch. *Foto: epa/Haid*

Schweiz verbietet Bau neuer Atommeiler

Ein halbes Jahr nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima sind in der Schweiz die Weichen für die Energiewende gestellt: Im Land soll der Bau neuer Atomkraftwerke verboten werden. Nach dem Nationalrat (Abgeordnetenhaus) hat am Mittwoch auch der Ständerat (Oberhaus) dem Ausstieg aus der Atomenergie zugestimmt.

Großer Erfolg für Europas Nukleargegner:

Schweiz verbietet Bau neuer Atomkraftwerke

Bern. – Aus für die Atomenergie in der Schweiz: Sechs Monate nach der Umweltkatastrophe von Fukushima verbieten die Eidgenossen den Bau neuer Meiler. Außerdem sollen die fünf bestehenden Atomreaktoren bis 2034 – eine Bedrohung auch für Voralberg – abgeschaltet werden. Den Beschluss des Nationalrats hat nun das Oberhaus bestätigt. Ein Erfolg auch für

GLOBAL 2000 und Greenpeace, die gegen die Meiler protestiert hatten. Nicht so gut sieht es an einer anderen europäischen Öko-Front aus: Ein Jahr nach der Rot-schlammkatastrophe bei Ajka, Ungarn, ist die Schadstoffkonzentration in dem durch die Unglücksregion führenden Fluss Torna noch immer erschreckend hoch. Das ergaben Messungen von Greenpeace-Experten.

Die Schweiz will neue Atommeiler verbieten

BERN. Ein halbes Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima stellt die Schweiz die Weichen für die Energie- wende: Im Land soll der Bau neuer Atomkraftwerke verboten werden. Nach dem Nationalrat (Abgeordnetenhaus) stimmte gestern der Ständerat (Oberhaus) dem Ausstieg aus der Atomenergie zu. Dafür plädierten neben SP und den Grünen Vertreter der CVP und BDP, dagegen stemmten sich die SVP und die Mehrheit der FDP. Definitiv entschieden ist noch nichts: Die Räte beauftragen den Bundesrat vorerst nur, im Kernenergiegesetz ein Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke zu verankern. Wenn die Gesetzesrevision vorliegt, werden sie sich erneut dazu äußern.

Fortschritte in Fukushima

TOKIO. Die drei Reaktoren des havarierten Atomkraftwerkes im japanischen Fukushima könnten laut Betreiberfirma bald unter Kontrolle sein. Gestern habe das Kühlwasser im letzten der drei Atomreaktoren die kritische Temperaturgrenze von 100 Grad Celsius unterschritten, sagte ein Sprecher. Damit sei eine wichtige Voraussetzung für die so genannte Kaltabschaltung zum Jahresende geschaffen.

Neues Volksblatt, aus aller Welt, S 19, Samstag. 1. 10. 2011

AKW: WIEDER ZURÜCK

TOKIO — Die japanische Regierung hat ihre Evakuierungsempfehlung für Gebiete im Umkreis zwischen 20 und 30 Kilometern um das Kernkraftwerk Fukushima aufgehoben. Der verseuchte Boden soll dekontaminiert und den geflohenen Menschen bei der Rückkehr geholfen werden, so der zuständige Minister.

Nukleargegner kritisieren jetzt die ersten Sicherheitschecks

Mangelhafte Meiler-Prüfung: Kein Stress bei AKW-Stresstests

„Das ist nichts als eine Alibiaktion zur Beruhigung der Österreicher!“ Mit derart harten Worten kritisieren heimische Umweltschützer die ersten Stresstests für die slowakischen Atom-Schrottmeiler. Denn die Überprüfung wurde offenbar bewusst so durchgeführt, dass nur ja keine Mängel entdeckt werden konnten . . .

Mochovce und Bohunice – zwei tickende atomare Zeitbomben an Österreichs Grenzen! Das werden sie wohl auch nach den so genannten Stresstests bleiben. „Diese Tests verdienen ihren Namen nicht. Überprüft wurde dabei nämlich so gut wie gar nichts“, wettern Antiatom-Aktivisten der Um-

weltorganisationen Greenpeace und GLOBAL 2000.

Und in der Tat: Der erste Zwischenbericht, den der grüne Landesrat Rudi Anschöber analysiert hat, ist nichts als heiße Luft. Denn NICHT getestet wurden etwa die Folgen eines Flugzeugabsturzes oder von Explosionsdruckwellen.

Im Gegenteil: Es wurde vom unwahrscheinlichen Szenario ausgegangen, dass Pumpen, Becken, Behälter, Stromleitungen und Verteiler im Katastrophenfall völlig intakt bleiben. Der Oberösterreicher Anschöber: „Völlig unrealistisch.“

„Das ist nichts anderes als ein Weißwaschen der dramatischen atomaren Risiken an unseren Grenzen.“

Grün-Landesrat Rudolf Anschöber

„Kann sein, dass Neues Volksteht“

Temelín-Ausbau fraglich: Tschechischer

Widersprüchliche Signale aus Prag: Während das Industrieministerium schon Pläne für eine radikalen Ausbau der Kernenergie mit bis zu 15 neuen Reaktoren wälzt, äußert der Regierungsbeauftragte für die Erweiterung des südböhmischen Atomkraftwerks Temelín, Václav Bartuska, nun Zweifel an diesem Projekt. Gegenüber der Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ schloss er nun nicht aus, dass man auf die Errichtung von zwei zusätzlichen Reaktoren verzichten werde. Die Projekte aller drei Bewerber für den Temelín-Auftrag beinhalten nämlich „große Probleme“. 2013 werde endgültig entschieden. Bartuska: „Falls uns keiner von dem Trio überzeugt, wird man einfach nicht bauen.“ Unter den „großen Problemen“ versteht Bartuska eine „Verspätung“ und die mangelnde Fähigkeit, große Projekte zu koordinieren, weil die Lieferantenketten aller drei Bewerber zerfallen seien. „Dies ist verständlich. Viele Jahre hat man nicht (Atomreaktoren, Anm.) gebaut in Amerika 30 Jahre, in Europa 20 Jahre. Wir reden mit einer Industrie, die 20 bis 30 schwere Jahre hinter sich hat.“ Der kürzlich neu ernannte Chief



des Tschechischen Energiekonzerns CEZ, Daniel Benes, hat den Ausbau der Atomindustrie als „Priorität“ bezeichnet. Sein Vorgänger Martin Roman soll auch deswegen gegangen worden sein, weil er ähnliche Probleme wie Bartuska sah. *mzm*

Pühringer: Ziel ist Stilllegung!

Eine Stimme der Vernunft aus Prag verleiht Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer nicht zu übertriebener Euphorie: „Ich begrüße es grundsätzlich, wenn es besondere Kräfte in Tschechien gibt“, sagt Pühringer



„Europa raus aus der Atomenergie!“ Foto: AP/WideWorld

wir nicht ausbauen!“

Regierungsbeauftragter sieht „große Probleme“



Foto: epa/Vis/dpa
Für Oberösterreich bleibt die komplette Stilllegung Temelíns das erste Ziel.

Kommentar



Manfred MAURER

Man sollte sich keiner Illusion hingeben: Der Konsens der tschechischen Politik über den Ausbau der Kernkraft wird durch zweifelnde Aufstellungen des dafür zuständigen Regierungsbeauftragten kaum erschüttert. Notfalls wird halt der Beauftragte ausgetauscht, so wie vor kurzem CEZ-Chef Roman, der Zweifel am Tempo der ehri-

Vernunft

zigen Ausbaupläne hatte. Noch läuft das tschechische Atomwerk wie geschmiert: CEZ-Millionen fließen an den Landkreisen Südböhmen, wo die Politik uneingeschränkt für den Temelín-Ausbau ist. Trotzdem machen die Zweifel des Regierungsbeauftragten Bartuska Hoffnung: Sie besagen nämlich auf einer Realität, der sich die Politik auf Dauer nicht verschließen wird können. Den Ausbau der Atomkraft zu wollen ist das Eine, die Umsetzung das Andere: Wer ein AKW (aus-)bauen will, braucht nicht nur die Genehmigung für den Standort, sondern auch für die erforderlichen Stromleitungen durchs ganze Land. Dagegen legen sich oft selbst solche Bürger quer, die ansonsten keine Atomgegner sind. Ähnlich verhält es sich mit dem Atomüllproblem. Tschechien kommen zudem die Partner abhandeln. Immer mehr Staaten steigen aus, wollen dann auch keinen (tschechischen) Atomstrom mehr kaufen. Irgendwann könnte, nein: wird sich also auch in Prag die Vernunft durchsetzen.

m.maurer@volksblatt.at

Planen Tschechen ein drittes AKW?

Der neue Chef des halbstaatlichen Tschechischen Energiekonzern (CEZ), Daniel Benes, geht davon aus, dass in Tschechien nach 2030 ein drittes Atomkraftwerk gebaut wird. In einem Interview mit der tschechischen Tageszeitung „Hospodarske noviny“ betonte er aber auch, dass das dritte AKW in den jetzigen Plänen der CEZ nicht beinhaltet ist. „CEZ schaut nicht hinter das Jahr 2030, allerdings muss der Staat in einem längeren Horizont planen“, so Benes. CEZ betreibt derzeit zwei AKW — Temelin in Südböhmen und Dukovany in Südmähren.

Kronensitz

Studie zeigt Benachteiligung heimischer Öko-Energie durch AKW-Subventionen

Billiger Atomstrom kommt teuer

„Versteckte“ Milliarden-Subventionen, die Atomstrom billiger machen, wirken sich direkt zu Lasten heimischer Ökostrom-Erzeuger aus. Das weist eine neue Studie des Energieinstituts der Lin-

zer Kepler-Universität nach, mit der Landesrat Rudi Anschober die Bundesregierung zum Handeln zwingen will: Sie soll wegen der wettbewerbswidrigen Benachteiligung bei der EU Klage erheben.

Energie-Landesrat Rudi Anschober sieht darin einen klaren Fall für das strenge Wettbewerbsrecht der EU: „Ich werde diese Studie an Bundeskanzler, Außen-, Wirtschafts- und Umweltminister übermitteln. Österreich muss bei der EU gegen diese Milliardensubventionierung und diesen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht eine Klage einbringen.“

Nicht um Gefahren und technische Mängel geht es in der neuen Studie, sondern um eine neutrale volkswirtschaftliche Rechnung, für die der Linzer Uni-Professor Friedrich Schneider international als Koryphäe bekannt ist. Er hat berechnet, dass die Atomkraftwerke Europas – verglichen mit den potenziellen Schäden, die aus bereits passierten AKW-Unfällen bekannt sind – chronisch unterversichert sind. So beträgt die Haftung für alle 59 französischen Meiler nur 91 Millionen Euro.

geht in die Milliarden – und damit kann sie Atomstrom unverhältnismäßig billig anbieten. Erneuerbare, aber auch fossile Energieträger können nicht mithalten. Sie haben „einen stark subven-

tionierten Wettbewerbsnachteil, durch den eine mögliche heimische Wertschöpfung verhindert wird“, erklärt Prof. Schneider die Folgen für die österreichische Energiewirtschaft.

Was sich die Atomlobby an Versicherungsprämien spart, die sie bei einer volkswirtschaftlich korrekten Rechnung zahlen müsste,

„Österreich muss gegen diesen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht bei der EU eine Klage einbringen.“

Landesrat Rudi Anschober

Ehrliche Risikobewertung macht Atomstrom unerschwinglich

Ans Risiko angepasste Versicherungsprämie würde Nettoaufschläge von 2,36 Euro pro Kilowattstunde bedeuten, rechnet Schneider vor

Würde man das tatsächliche Risiko, das von Atomkraftwerken ausgeht, in die Versicherungsprämien einrechnen, wäre Atomstrom sofort unbezahlbar. Das rechnete der Linzer Volkswirtschaftler Friedrich Schneider gestern im Auftrag von Umweltlandesrat Rudi Anschöber vor. Würden sich alle AKW Deutschlands gemeinsam versichern, falle demnach eine jährliche Prämie von 19,5 Mrd. Euro an. Das wäre noch die billigste Variante. Eine Einzelversicherung jedes Meilers würde in Summe 175,5 Mrd. Euro verschlingen — inklusive jener AKW, deren Schließung bereits beschlossen wurde, sogar 331,5 Mrd. Euro jährlich.

Dies hätte massive Folgen für den Atomstrom-Preis, der derzeit mit rund zwei Cent pro Kilowattstunde beziffert wird. Bei der günstigsten Versicherungsvariante sei mit einem Nettoaufschlag von 14 Cent zu rechnen, beim teuersten Szenario seien es 2,36 Euro. Ein Basismarktpreis von vier Cent wäre erst bei einer Laufzeit von rund 500 Jahren zu erreichen.



Foto: Bilderbox (2); Montage: Haubner

Müsste man alle AKW-Risiken versichern, wäre Atomstrom unleistbar.

Schulterschluss in der öö. Anti-Atom-Politik

Die öö. Landtagsparteien einigten sich auf Zehn-Punkte-Programm
Stelzer: Alles nützen, konsequent sein, selbst glaubhaft bleiben

LINZ — Ein Bekenntnis zu einem zehn Punkte umfassenden Maßnahmenprogramm aller im öö. Landtag vertretenen Parteien ergab gestern ein Anti-Atom-Gipfel im Landhaus. Umweltlandesrat Rudi Anschöber (G) zeigte sich erfreut über die Einigkeit. Am 15. Februar 2012 werde der nächste Gipfel stattfinden, dann aber inklusive der NGOs mit Ausnahme der „Antiatom Szene“. Hier laufe ein Mediationsverfahren, der Verein müsse an einer Zusammenarbeit interessiert sein.

Laut Anschöber umfasse das Programm politische, rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen. So peile man einen Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag an, wolle ein Netz-

werk der Regionen in Europa nach dem Vorbild der Anti-Gentechnik-Allianz aufbauen und plane, die Unterlassungsklage gegen das grenznahe AKW Temelin zu forcieren. Weiters wolle man sich mit den anderen Bundesländern koordinieren und mit der Anti-Atom-Bewegung in Bayern und Tschechien zusammenarbeiten.

OÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer zeigte sich über den erfolgten Schulterschluss mit den anderen Parteien erfreut, schließlich gehe es um die Sicherheit von Oberösterreich. Laut Stelzer laute das Motto in der öö. Anti-Atompolitik „Alles nützen, konsequent sein und selbst glaubwürdig bleiben“. Letzteres heiße, auf alternative Ener-

gien zu setzen und die Energieeffizienz zu steigern. hw

Neues Volksblatt, um aller Welt, S.13, Donnerstag. 6.10.2011

VERSTRAHLT

DESSEL — Bei einem Zwischenfall mit einem Plutonium-Behälter in der belgischen Wiederaufarbeitungsanlage Belgoprocess sind nach Angaben der Nachrichtenagentur Belga drei Inspekture der IAEO verstrahlt worden. Nach Mitteilung des Betreibers sei bei dem Vorfall am Dienstagnachmittag in Dessel aber keine Radioaktivität aus der Anlage ausgetreten.

Kronensitzg. O.Ö., Ausland, S.11, Donnerstag, 6.10.2011

● **Menschen verstrahlt**

Bei einem Unfall in der belgischen Wiederaufbereitungsanlage Belgoprocess wurden zwei Inspektoren der Atomenergie-Organisation IAEA und ein Mitarbeiter der Anlage verstrahlt. Nach dem Vorfall in Dessel nahe der niederländischen Grenze besteht aber keine Gefahr für Menschen oder Natur.

Kronenstg. Oberösterreich, 521, Donnerstag, 6.10.2011

Erster Gipfel nach zweieinhalb Jahren:

Antiatom-Politiker ziehen wieder an einem Strang

In Oberösterreichs Antiatom-Politik wollen die Parteien wieder an einem Strang ziehen: Beim ersten Antiatom-Gipfel seit zweieinhalb Jahren gab es am Mittwoch einen „großen Rütli-Schwur“ – so Landesrat Rudi Anschober – für Einigkeit im Kampf gegen grenznahe AKW und für einen europaweiten Atomausstieg.

Zwischen zwei zerstrittenen Bürgergruppen muss zwar noch vermittelt werden, die konkreten Beschlüsse auf dem Gipfel von Politikern und NGOs wurden aber alle einstimmig gefasst.

Oberösterreichs Antiatom-Politik soll demnach künftig nicht mehr alleine laufen, sondern eingebettet in nationale und internationale Allianzen. Jedes österreichische Bundesland hat dabei seinen Schwerpunkt – wie Oberösterreich Temelín oder Kärnten das slowenische AKW Krško – und wird von den anderen Bundesländern unterstützt. International soll nach dem Vorbild des erfolgreichen Anti-Gen-

technik-Bündnisses eine Allianz von EU-Regionen für einen europaweiten Atomausstieg entstehen.

Beschlossene Sache ist auch eine EU-Klage wegen der Wettbewerbsverzerrungen durch unterversicherte AKW, die der Linzer Uni-Professor Friedrich Schneider aufgedeckt hat (die „OÖ-Krone“ berichtete).

Im Fall Temelín setzt Anschober auf die tschechische Bevölkerung, aber auch offiziell rumort es: Der Bau der Blöcke 3 und 4 gilt als nicht mehr sicher, Außenminister Karel Schwarzenberg wirft Teilen der Prager Regierung vor, vom Temelín-Betreiber ČEZ bestochen zu sein.

In der Atompolitik wollen sich die Parteien

Sie waren schon fast aus der Erinnerung verschwunden, die Anti-Atom-Gipfel der Landespolitik. Seit Juni 2009 hatte es keinen mehr gegeben - damals hatte man keine einheitliche „All-Parteien-Linie“ mehr zustande gebracht, die FPÖ war ausgesichert. Doch gestern gab es wieder einen Anti-Atom-Gipfel im Landhaus, mit den nun neu beschworenen Bekenntnissen aller vier Landtagsparteien zur Einigkeit.

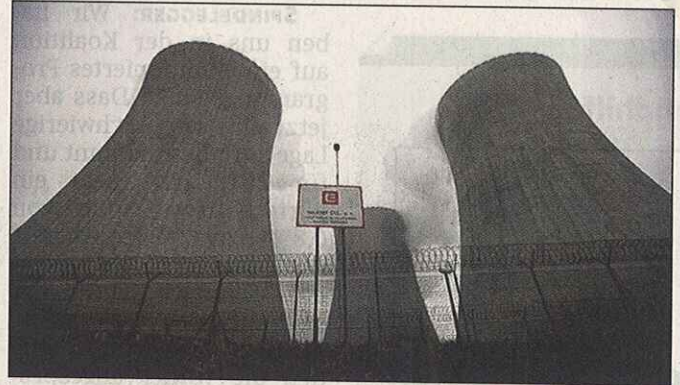
Diese sei wieder „in allen Kernpunkten vollständig“, betonten Grünen-Landesrat **Rudi Anschöber** und die Klubchefs **Thomas Stelzer** (VP), **Karl Fraiss** (SP) und der Dritte Landtagspräsident **Adalbert Cramer** (FP). Dies offenbar vor dem Hin-

tergrund der Ereignisse: dem beschlossenen Atom-Ausstieg in Deutschland und der Schweiz nach der Katastrophe von Fukushima, aber dem umso deutlicheren Beharren Tschechiens auf den Ausbau der Atomstrom-Erzeugung.

Neuer Freund Bayern

Das „Paket“, das man nun gemeinsam vertreten will: Mit anderen atomkraftfreien Regionen wird ein europäisches „Netzwerk“ aufgebaut. Eine intensive Allianz soll auch mit Deutschland und der nun zur Atom-Gegnerschaft umgeschwenkten bayrischen Staatsregierung aufgebaut werden.

Politische bzw. rechtliche Stoßrichtungen sind etwa die Forderung an die



Zentrales Thema: Geplanter Temelin-Ausbau Foto: Weibold

Bundesregierung, in Brüssel für strenge Haftungsregeln bei Atomkraftwerken einzutreten und eine Wettbewerbsklage bei der EU zu initiieren.

Inhaltliche Grundlage ist, wie berichtet, eine Studie der Uni Linz, die um ein Vielfaches zu niedrige Schadens-De-

ckungssummen der AKW-Betreiber nachwies. Andererseits wird auf EU-Ebene der Rechtsweg gegen die UVP zur Temelin-Erweiterung weiter verfolgt.

*
Ein Unterschied zu früheren „Gipfeln“: Die Politiker blieben unter

wieder einig zeigen

sich, die Anti-Atom-Initiativen waren nicht dabei. Das soll sich erst wieder ändern, wenn ein schwelender Konflikt gelöst ist: Die „Antiatom-Szene“ weigert sich, insbesondere mit dem Verein „atomstopp oberösterreich“ zusammenzuarbeiten, beiden wurde ein „Mediationsverfahren“, das der Landesrechnungshof verlangte, verordnet.

Einstimmig sei auch beschlossen worden: „Die Antiatom-Szene ist erst dann wieder Teil der oberösterreichischen Offensive, wenn die Auflagen des Rechnungshofes eingehalten werden“, sagte Anschöber. Wenn nicht, wird dies Auswirkungen auf die Förderungen des Landes für 2012 haben, die auf „Projektförderung“ umgestellt

wurden. Für 2011 sind die Förderungen jedoch schon ausbezahlt, auch für die „Antiatom-Szene“.

Schwelender Streit

Die Differenzen mit der „Antiatom-Szene“ befassten auch die Staatsanwaltschaft. Vereinsobfrau **Elvira Pöschko** hatte Anschöbers Büro angezeigt, man habe sie im Lauf der Rechnungshofprüfung „unter Druck gesetzt“. Die Ermittlungen gegen Anschöber und seine Mitarbeiter seien eingestellt worden, gab die Staatsanwaltschaft Linz gestern bekannt. Das Land zeigte seinerseits Pöschko an, sie habe, so die Begründung, Tonbandaufzeichnungen rechtswidrig verwendet. Dazu laufen die Erhebungen noch.

SCHAUPLATZ

Tschechischer Atom-Ausbau: 17 Fragen an Faymann

Noch knapp drei Monate Zeit hat Österreich, auf politischer und diplomatischer Ebene gegen die tschechischen Atom-Ausbaupläne vorzugehen: der Regierungsbeschluss für das neue tschechische Energiekonzept ist für Jahresende geplant. Wie berichtet, sieht die „Maximalvariante“ im Entwurf des Industrieministeriums vor, die Produktion von Atomstrom bis 2060 von derzeit 3,78 auf bis zu 18,69 Gigawatt zu steigern. Der Atomstrom-Anteil auf dem tschechischen Inlandsmarkt soll auf rund 80 Prozent ausgebaut werden. „Direktverhandlungen“ der österreichischen

Bundesregierung mit Tschechien forderten am Mittwoch auch alle oberösterreichischen Landtagsparteien.

Wie die Aktivitäten im Detail aussehen werden, wollen nun

die Grünen mittels einer parlamentarischen Anfrage, formuliert von der oberösterreichischen Abgeordneten Rupertta Lichtenecker, an Bundeskanzler Werner Faymann (SP) wissen. Hatte doch auch Vizekanzler und Außenminister Michael Spindlberger (VP) gesagt, man werde „von österreichischer Seite alle rechtlichen und politischen Mittel ausschöpfen“.

In 17 Punkte aufgliedert, wird Faymann detailliert um Auskunft über seine aktuellen Anti-Atom-Aktivitäten gebeten – unter anderem darüber, ob er bereits Kontakt zum tschechischen Premierminister Petr

Necas aufgenommen hat, oder wann er dies zu tun gedenkt. Auch darüber, welche konkreten Schritte die Bundesregierung auf europäischer Ebene unternimmt, um gegen die tschechischen AKW-Ausbaupläne vorzugehen, soll Faymann Auskunft geben. Ebenso wird zu der oberösterreichischen Forderung, bei der EU-Kommision gegen die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Temelin-Ausbau zu klagen, detailliert Auskunft verlangt.

Noch nicht in der Anfrage, aber eine aktuelle oberösterreichische Forderung: vehementes Eintreten in Brüssel für strenge AKW-Haftungsregeln.



Rupertta Lichtenecker

Foto: APA

Kronensitz;

Witz für Sie, S 24,

Freitag. 10.6.2011

Wien „erst rhetorisch aus Tiefschlaf erwacht“:

Landtag stellt dem Bund die Antiatom-Rute ins Fenster

Was Oberösterreich für einen europaweiten Atomausstieg tun könne, beschäftigte am Donnerstag den Landtag in einer groß angelegten Dringlichkeitsdebatte. Fazit: Es klappt nur, wenn auch der Bund mitmacht, der bisher „erst rhetorisch aus dem Antiatom-Tiefschlaf erwacht“ sei, mahnt der grüne Landesrat Rudi Anschöber.

Von schönen Worten zu Taten führen wollen die Abgeordneten den Bund vor allem beim Ökostromgesetz, bei dem die „Deckelung“ der Förderung wegfallen soll: Durch sie liege der Photovoltaik-Anteil in Österreich bei 0,1 Prozent, im „nicht gedeckelten“ Bayern dage-

gen bei 50 Prozent, kritisiert Anschöber. Mit mehr Heimmarkt für die Ökowiirtschaft will auch Landesrat Viktor Sigl (VP) Oberösterreich zum Musterland für AKW-Alternativen machen.

Sachlich sind auch SP und FP mit der schwarzgrünen Koalition einig, SP-Klubchef Karl Fraiss warnt aber:

„Jetzt beschlossene Maßnahmen müssen auch bei politischen Wenden halten.“ Der FP ging die Debatte zu schnell. Sie lehnte die Dringlichkeit ab, um das komplexe Thema ausführlicher diskutieren zu können.

Die Tür für den europaweiten Atomausstieg ist weit offen, jetzt müssen aber auch die Taten folgen.

Grün-Mandatarin Ulrike Schwärz

o.ö. Planet, aus dem Landtag, ST, Herbst 2011

EIN GRENZÜBERSCHREITENDER SCHULTERSCHLUSS

Wir werden weder Temelín, dessen Ausbaupläne, noch den immer massiveren Atomkurs Tschechiens akzeptieren, sondern noch vehementer dagegen ankämpfen. – das war die klare Botschaft des großen grenzüberschreitenden Protestwochenendes am letzten Septemberwochenende direkt vor Ort in Temelín. Aufgerufen hatten die Grünen Deutschland und Grünen Budweis, gekommen sind Anti-AtomexpertInnen, Bürgerinitiativen, NGOs und natürlich auch die OÖ. Grü-

nen als Speerspitze im Kampf gegen Temelín. Mit dabei war auch die stellvertretende Grü-

ne Klubobfrau Ulrike Schwarz: „Tschechien ignoriert weiter alle Sicherheitsbedenken, das

Melker Abkommen ist nicht umgesetzt, trotzdem werden Block 3 und 4 geplant. Während andere Staaten nach Fukushima den Atomausstieg planen, setzt Tschechien noch stärker auf Atom und ist damit in Europa als energiepolitischer Geisterfahrer unterwegs. Tschechien will bis Jahresende das neue gefährliche Energiekonzept beschließen. Vor allem die österreichische Bundesregierung muss jetzt gegen diesen drohenden Beschluss auftreten und Gegenmaßnahmen einleiten. (MAG)



GRÜNES ARCHIV

Wronensteg. O-Ö, 520, 13.5.2012

Einwendungsfrist gegen Tschechiens AKW-Ausbau läuft ab:

Montag letzte Temelín-Chance

Am Montag ist die vorerst letzte Chance, etwas gegen die Verdoppelung des tschechischen Atomkraftwerkes Temelín auf vier Reaktoren zu tun. Denn morgen endet die 30-tägige offizielle Frist für Einwendungen, die auch online eingebracht werden können – indem man etwa auf www.atom.info.at dem entsprechenden Link folgt.

„Bereits mehr als 5000 Unterschriften sind seit dem Start der Einwendungskampagne am 16. April online abgegeben worden“, freuen sich Gabriele Schweiger und Roland Egger von „atomstopp oberösterreich“.

Aber auch „körperlich“ kann man am Montag noch Einwendungen unterschreiben – bei einem Informationsstand am Taubenmarkt in Linz (11 bis 16 Uhr). „Der Unmut der Leute über

die tschechischen Ausbaupläne ist enorm“, rechnen die Anti-Atom-Kämpfer Egger und Schweiger noch mit vielen „Last minute“-Unter-

schriften gegen die zwei geplanten zusätzlichen Temelín-Reaktoren.

Auch das Land Oberösterreich hat offiziell Einwendung gegen das atomare Aufrüstungsprojekt eingebracht – Teil einer vielspurigen rechtlichen Strategie gegen die Prager Atomlobby, die auf Nachbarn sonst keine Rücksicht nimmt.

Krausenitzg. Österr., S. 14, 13. 5. 2012

Klare Absage an Reaktoren ● Für strahlungsfreie Zukunft:

Minister erheben ihre Stimmen gegen die Atomenergie-Lobby

Engagierter Schritt in eine strahlungsfreie Zukunft: VP-Vizekanzler Michael Spindelegger, Umweltminister Niki Ber-

lakovich und Global-2000-Chef Klaus Kastenhofer haben jetzt das europäische Anti-Atom-Begehren unterzeichnet.

Drei Männer, ein Wort – nämlich ein klares Nein zur Atomenergie: Berlakovich, Kastenhofer und „Hausherr“ Spindelegger unterzeichneten im Außenministerium in Wien das Anti-Atom-Volksbegehren. „Weil das

der einzige Weg ist, ein klares Zeichen zu setzen.“

Während also zwei heimische VP-Granden einen beherzten Schritt in eine atom-

freie Zukunft gehen, gibt es noch viel zu tun. Denn in Brüssel hat die Atom-Lobby anscheinend freie Hand:

VON L. LUSETZKY & M. PERRY

Berlakovich, Kastenhofer und Spindelegger senden ein „ganz klares Signal an Europa“



Foto: BMLFUW/Kern

Mehrheitlich wurde von EU-Parlamentariern die Fortführung des umstrittenen ITER-Atomprogrammes beschlossen. Politiker Hans-Peter Martin: „Die 16 Milliarden Euro teure Anlage, die in Frankreich errichtet wird, ist ein Rückschlag für alle, die sich gegen diese überholte Energieform einsetzen. Hier wird viel Geld verschleudert!“

Erstes „Öko-Woodstock“ als europaweites Signal gegen die Schrottreaktoren:

Öko-Zukunft statt Todesenergie



▲ Jugend gegen Kernenergie. Ab 1. Juni im Internet: info.my-voice.eu

Ausgelassen sagten die Jugendlichen den AKWs samt Atommüll den Kampf an. ►



Auch gegen Atomenergie: Kultband Culcha Candela



Fotos: Gabriele Moser (2), Christoph Matzl (2)



Idyllisches Zeltstädtchen der GLOBAL-Fans vor der eingemotteten Atomruine von Zwentendorf.

Mehr als zehntausend umweltorientierte Fans „rockten“ am Pfingstwochenende beim „Öko-Woodstock“ im Zwentendorfer AKW-Mahnmal. Gemeinsam mit GLOBAL 2000 wollen auch sie eine sichere Zukunft! Gleichzeitig war das Festival der Paukenschlag zum Atom-Ausstiegs-Volksbegehren.

Partystimmung, Lagerfeuerromantik und Ausgelassenheit nahe den Donauauen bei Zwentendorf (NÖ). Gigantisch überragt die von der EVN erfolgreich zum Solarkraftwerk umgebaute Atomruine das Konzertgelände. 1972 errichtet und 1978 eingemottet ist das AKW mahndes Symbol für eine Politik, die zuerst handelt und dann den Volkswillen abfragt.

Die meisten der mehr als 10.000 Fans des zweitägigen „Tomorrow Festivals“ aus ganz Österreich sind wohl nach 1978 geboren und wollten mit ihrem Event-Besuch auch ein klares Zeichen gegen die Atomkraft setzen: Raus aus der Risikospirale rein in erneuerbare Energie.

„Tschernobyl und Fukushima zeigen: Atomkraft ist eine Todesenergie. Sie bürdet Generationen nach uns ökologische und finanzielle Lasten auf, die unkalkulierbar sind“, mit diesen mahnenden Worten hatte Umweltminister Berlakovich den Startschuss zum Europa-Volksbegehren gegen Kernenergie begleitet.

Jubel brauste unter den Fans auf, als GLOBAL-Chef Kastenhofer den Öko-Erfolg verkündete: „Österreich wird Atomstrom-frei!“ Wie berichtet, ist es gelungen, dass die Faymann-Spindelegger-Regierung die Atomstromimporte beenden wird – jetzt geht es um die Energiewende und ein atomkraftfreies Europa.

Christoph Matzl/Mark Perry

Grenznaher „Schwesterreaktor von Zwentendorf“ ist nie wieder eine Gefahr:

Alt-AKW Isar 1 wird abgerissen

Das ist der größte Erfolg der Atomgegner seit Zwentendorf 1978 und Wackersdorf 1989: Das bayerische AKW Isar 1, gefährlich grenznah und von Oberösterreich seit gut zehn Jahren be-

kämpft, wird als erstes von acht im Vorjahr stillgelegten deutschen Atomkraftwerken abgerissen. Die oberösterreichischen Aktivisten schöpfen daraus neuen Mut für den Kampf gegen Temelín.

dessen Hauptwindrichtung Oberösterreich liegt, zehn Jahre lang bekämpft hat.

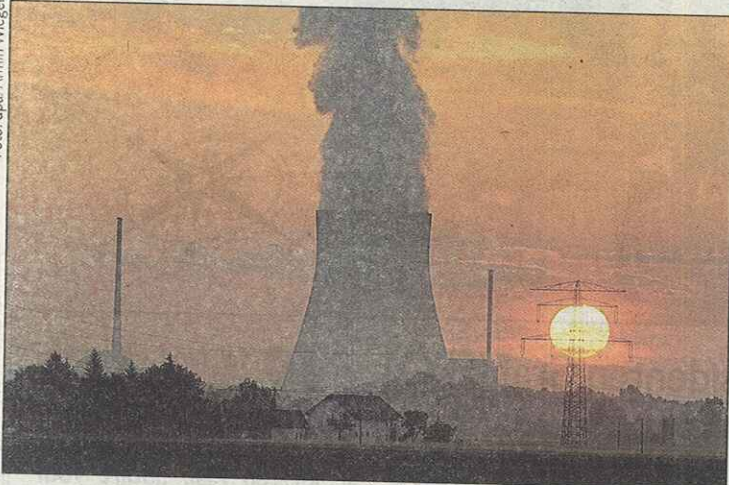
Es wird noch weitere zehn Jahre dauern, bis der Abriss abgeschlossen sein wird – und dann bleibt immer noch eine Unmenge höchst radioaktiven Atom Mülls, von dem derzeit niemand weiß, wie er entsorgt werden soll. Deutschland sucht verzweifelt nach einem Endlager, das für eine Million Jahre (!) sicher sein muss.

Nach einem Jahr „dauerhaftem Nichtleistungsbetrieb“ hat Isar 1-Betreiber E.ON beim bayerischen Umweltministerium den Antrag auf Abriss eingebracht. „Das Aus für den Risiko-Reaktor ist unumkehrbar“, jubelt Landesrat Rudi Anschober, der das 33 Jahre alte AKW bei Landshut, in

Anschober hält das für „Eine Illusion: Die Atombetreiber haben Hunderten Generationen eine völlig verantwortungslose Hypothek hinterlassen.“ Wenigstens drohe von Isar 1 keine unmittelbare Gefahr bei einem Reaktorunfall mehr.

„Das endgültige Aus für das AKW Isar 1 gibt Kraft für den Kampf gegen den Ausbau von Temelín.“

Landesrat Rudi Anschober



Das grenznahe bayerische „Typ Zwentendorf“-Atomkraftwerk Isar 1 wird nie wieder dampfen und so Oberösterreich bedrohen!

ooe@kronenzeitung.at

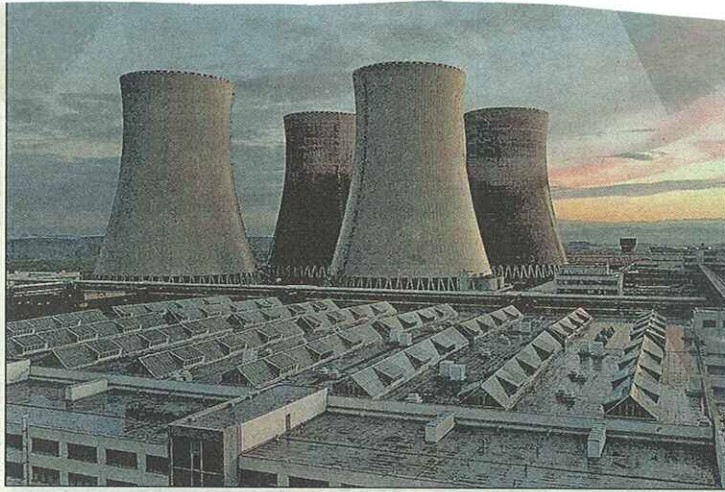


Foto: AP

Der Ausbau des Schrottreaktors in Temelín ist für die Atomlobby offenbar längst beschlossene Sache.

Aktivisten gehen mit Tschechien hart ins Umwelt-Gericht:

„Temelín-Hearing in Wien ist nur eine Farce der Atomlobby“

Husch-Pfusch-Veranstaltung, Öko-Farce, Umwelt-Feigenblatt – derart hart gehen heimische Umwelt-Aktivisten mit der Prager Atomlobby ins Gericht. Denn

einigermaßen überraschend hatte diese am Mittwoch in Wien eine öffentliche Infoveranstaltung zum geplanten Ausbau von Temelín angesetzt.

„Diese wichtige Veranstaltung wurde leider völlig verpfuscht. Denn sie wurde so kurzfristig angesetzt, dass viele gar nicht teilnehmen können. Und außerdem ist

VON M. PERRY & CH. MATZL

das Hearing gänzlich unverbindlich“, sagt Oberösterreichs grüner Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber. Was ihn wurmt: „Tschechien nimmt die 22.000 Einwendungen gegen den Meiler-Ausbau offenbar nicht wirklich ernst und versucht sich mit einer Alibi-Aktion aus der Verantwortung zu stehlen.“

Ähnlich kritisch GLOBAL 2000-Experte Uhrig:

„Eine reine Farce. Denn die Nuklearlobby hat noch nicht einmal entschieden, welchen Reaktortyp sie will.“ Noch viel härter Wiens Umwelt-Stadträtin Sima: „Die Betreiber wollen einen Persilschein für ihr Atomkraftwerk und versichern daher allen Ernstes, es gäbe keine Umweltauswirkungen. Das ist völlig inakzeptabel.“

„Es sollen alle berechtigten Bedenken und Kritikpunkte, die es zum Temelín-Ausbau gibt, auf den Tisch gelegt werden. Alle gestellten Fragen müssen umgehend von den Betreibern beantwortet werden“, bekräftigt denn auch Umweltminister Niki Berlakovich.

o.ö. Kronenzeitung, Ausland, 5.11

Samstag, 2. Juni 2012

 AUS

Trotz der Katastrophe von Fukushima: **Japan plant Neustart von Atomreaktoren**

Tokio. – Noch Anfang Mai bejubelten Tausende Japaner die Abschaltung des letzten aktiven Atomreaktors des Landes. Zum ersten Mal seit 42 Jahren kam Japan ohne Atomenergie aus. Doch die Atomlobby lässt nicht locker und warnt vor Stromausfällen – mit Erfolg. Nun sollen zwei Atomreaktoren wieder ans Netz gehen.

Wie es scheint, werden in der Provinz Fukui zwei zu Wartungsarbeiten heruntergefahrenen Reaktoren des Atomkraftwerks Oi wieder Strom erzeugen. Sie sollen die Industrieregion Kansai samt der Großstadt Osaka mit Energie versorgen. Die Entscheidung liegt noch bei Ministerpräsident Yoshihiko Noda. Er will schon bald eine Entscheidung fällen. Inzwischen hätte er genügend

Unterstützung lokaler Politiker, da die Androhung von Stromausfällen viele Atomgegner eingeschüchtert hat. Ihr Widerstand sinkt.

Es wäre das erste Mal seit Beginn der Katastrophe in Fukushima in Folge des Erdbebens und Tsunamis vom 11. März vergangenen Jahres, dass zu routinemäßigen Wartungsarbeiten heruntergefahrenen Meiler wieder ans Netz kommen.

Zeitung. S 36, 3.6.2012



Wieder einmal ein Störfall im bulgarischen Atomkraftwerk Kosloduj. Nach einem Zwischenfall, bei dem nach Angaben der Betreiberfirma angeblich keinerlei Radioaktivität austrat, wurden beide Reaktoren heruntergefahren.

Panne im AKW in Bulgarien . . .!

In Bulgariens Atomkraftwerk Kosloduj ist einer der beiden Reaktoren nach einer Störung abgeschaltet worden. Wir haben es wieder einmal mit einem Atommeiler russischer Bauart zu tun, wie wir es leider schon einige Male zu tun gehabt haben. Da das Balkanland rund 30 Prozent des Energiebedarfs aus atomarer Energie

deckt, will unser Nachbarland die Laufzeit dieser Ungeheuer aus der Steinzeit um weitere 20 Jahre verlängern! Dasselbe gilt für Temelín, wo sogar noch erweitert werden soll!

Hat denn niemand aus Tschernobyl und Fukushima gelernt?

*Joachim Mayer sen.,
Strobl*

Kronenzeitung O.Ö., S.17, 4.6.2012

Wissenschaftler berechneten Wahrscheinlichkeit:

Österreich droht alle 50 Jahre Nukleargefahr durch Atom-Gau

Österreich trägt – neben Süddeutschland – weltweit das höchste Risiko einer Reaktorkatastrophe! Diese erschreckende Berechnung stammt von Forschern des renommierten Max-Planck-Instituts in Mainz. Demnach droht uns alle 50 Jahre eine nukleare Verseuchung!

Katastrophale nukleare Unfälle wie die Kernschmelzen in Tschernobyl und Fukushima sind 200 Mal häufiger zu erwarten als bislang angenommen, so die brandneuen Erkenntnisse des Max-Planck-Instituts. Um die Wahrscheinlichkeit eines Atom-Desasters zu ermitteln, teilten die Wissenschaftler die Laufzeit aller

Meiler weltweit von der Inbetriebnahme des ersten Reaktors bis heute durch die Zahl der Kernschmelzen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Österreich wegen der hohen Meilerdichte an den Grenzen einmal in 50 Jahren damit rechnen muss, verseucht zu werden: Radioaktives Cäsium 137 strahlt bis zu 1000 Kilometer!

0017A1N4

Prohauseitz Politik, 54, 4.6.2012



Israel bestückt Schiffe aus Kiel mit nuklearen Marschflugkörpern

Atomwaffen auf deutschen U-Booten

Berlin/Jerusalem (c. h.). – Für helle Aufregung sorgt in Deutschland die neue Titelgeschichte des Nachrichtenmagazins „Spiegel“! Darin wird detailliert beschrieben, wie Israel neue U-Boote, die es in Deutschland gekauft hat, mit Atomwaffen bestückt.

Offiziell hat Israel nie zu seinem Nuklearwaffenprogramm Stellung genommen, dennoch ist es ein offenes Geheimnis, dass der jüdische Staat über eine

ganze Reihe von Atomwaffen verfügt. Und so werden laut „Spiegel“ die drei neuen U-Boote (weitere drei sollen folgen) aus einer Werft aus Kiel mit nuklea-

ren Marschflugkörpern bestückt.

Deutschland fühlt sich Israel wegen des Holocaust in ganz besonderer Weise verpflichtet. Daher hat Berlin mit 135 Millionen Euro nicht nur ein Drittel der Kosten für die modernen U-Boote übernommen, der israelische Anteil wurde auch bis 2015 gestundet.

Der Standard, International, 54, 5.6.2012

Atomgespräche mit Iran sollen fortgesetzt werden

Istanbul - Im Streit um das iranische Atomprogramm soll der Gesprächsfaden nicht abreißen. Das vereinbarten die Verhandler bei einem Expertentreffen in Istanbul. Nach Angaben westlicher Diplomaten wurden bei diesen Gesprächen auch einige technische Streitfragen beigelegt. Einen Plan für politische Verhandlungen gibt es aber noch nicht. (dpa)

Chronik - Österr., S 12, 6.6.2012

2,8 Milliarden Euro für Stilllegung der Schrottmeiler ● AKW

Atom-Lobby verhöhnt

Ohne Skrupel hat die Atomlobby 2,8 Milliarden Euro eingesteckt – die EU-Gelder waren für die Stilllegung von Reaktoren in Bulgarien, Litauen und der Slowakei ausbezahlt worden. Der Hohn: Doch die Meiler sind noch betriebsbereit. Brüssel kümmert das wenig.

Hoch und heilig hatten die drei Länder versprochen, Schrottmeiler wie Bohunice (Slowakei), Ignalina (Litauen) oder Kosloduj (Bulgarien) abzustellen. Und das auch als Be-

dingung für den EU-Beitritt akzeptiert. Brüssel hatte 2,8 Milliarden für die Stilllegung der insgesamt acht Kernreaktoren in die neuen EU-Staaten gepumpt. Doch das Geld ist –

wie der unabhängige Europa-Parlamentarier Martin Ehrenhauser nun aufdeckt –

VON M. PERRY & G. BRANDL

offenbar in dunklen Kanälen versickert. Denn die betroffenen Meiler wurden lediglich abgeschaltet und könnten mit gewissen Vorlaufzeiten jederzeit wieder in Betrieb genommen werden.

voll betriebsfähig:

die EU

Doch des EU-Skandals nicht genug: Die Steuerzahler der Union, darunter natürlich auch jene aus Österreich, müssen für die umstrittenen AKW weiterhin Betriebskosten zahlen, Ehrenhauser: „Im laufenden Brüsseler Haushalt sind sogar 125 Millionen Euro für auf Stilllegung spezialisierte Beratungsdienste vorgesehen...“

Provenienz
o.ö., 15.6.2012

Oberösterreich hofft auf „mutigen“ Minister:

Mitterlehner-Veto gegen die skandalöse Atomlobby

„Skandalöse Subventionswünsche“ – so Umweltlandesrat Rudi Anschober – der europäischen Atomlobby stehen heute, Freitag, beim EU-Energieministerrat zur Debatte: Oberösterreichs Atomgegner hoffen auf den „Mut“ von VP-Minister Reinhold Mitterlehner und fordern von ihm ein Veto gegen die nukleare Geldgier.

In Frankreich und England steht der Ersatz zahlreicher veralteter AKW an, Tschechien möchte Temelin ausbauen, und auch Polen denkt an den Atomenergie-Einstieg. Daher wollen diese vier Länder eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energieträgern – unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Ihr Ziel sind aber Subventionen für ihre AKW-Pläne.

Daher fordern Oberösterreichs Atomgegner – wie das Anti Atom Komitee – mit dem Grün-Landesrat An-

schober Minister Mitterlehner zum Veto auf: „Denn bleibt die direkte Subvention untersagt, wird es zu keinen AKW-Neubauten kommen – ein zentraler Schritt für einen schrittweisen Atomausstieg in Europa“, wie der Landespolitiker meint.

„ Die Bundesregierung muss endlich eine Mehrheit gegen die skandalösen Subventionswünsche organisieren! “

Landesrat Rudi Anschober

Chronikseite. 0.0, 516, 11.6.2012

Oberösterreichische Protestaktion vor UVP-Erörterung:

22.500 Einwendungen gegen „Freibrief für Temelín-Ausbau“

Zwei Tage vor der UVP-Erörterung zum geplanten Ausbau des AKW Temelín veranstalteten oberösterreichische Atomgegner am Gelände vor dem Schrottreaktor eine eindrucksvolle Protestaktion: Sie stellten Tafeln mit den Namen von 400 Gemeinden auf, deren Bürger Einwendungen gegen den Ausbau geschickt haben.

Insgesamt 22.500 Menschen aus ganz Österreich haben damit bekundet, dass sie über die Erweiterungspläne für das grenznahe Atomkraftwerk mitreden wollen. „Zur Erörterung am Donnerstag in Budweis müssten aber viele von ihnen mehrere Stunden anreisen, das ist eine Zumutung“, so Roland Egger von „atomstopp oö“, dessen Initiative vergeblich eine Erörterung in Linz verlangt hatte.

Doch nicht nur der Ort, auch der Zeitpunkt passt

den Atomgegnern nicht: Da die Angebote der Lieferfirmen erst am 2. Juli geöffnet werden, steht bei der Erörterung ja gar nicht fest, welcher Reaktortyp für einen Temelín-Ausbau überhaupt in Frage käme – ein „Detail“, ohne das eine seriöse UVP schwer möglich ist.

„Das Prager Umweltministerium gibt den Betreibern blanko einen Freibrief für den Temelín-Ausbau“, meint Gabriele Schweiger von den „Müttern gegen Atomgefahr“ in Freistadt.

Symbolträchtiger Protest in Temelín: Die Tafeln mit den Namen der Einwender-Gemeinden auf der großen Wiese, klein dahinter die Kühltürme. ▼



Kronenzeitg., dussl., 5 10, 22. 6. 2012

● **Sprengstoff in AKW**

In einem Lkw auf dem Gelände des schwedischen AKW Ringhals wurde Sprengstoff entdeckt. Die Alarmbereitschaft wurde landesweit erhöht.

Minister Niki Berlakovich beim AKW-Hearing in Tschechien

Gewitter-Stimmung um Temelín: „Atomkraft ist eine Todesenergie“

Dunkle Wolken über Temelín – und es liegt nicht nur am schwülheißen Gewitterhimmel in Südböhmen. Die Betreiber des Pannan-AKW wollen weitere Reak-

toren. Freitag stärkte Umweltminister Niki Berlakovich bei einem Hearing in der Sporthalle in Budweis (CZ) den Kernenergie-Gegnern den Rücken.

Die Sporthalle „Sportovni Hala“ am Stadtrand von Budweis und das 30 Kilometer entfernte Kernkraftwerk Temelín haben eines gemeinsam – die Architektur

VON GREGOR BRANDL
aus Budweis

aus der Sowjetzeit. Und der Verputz bröckelt längst ab.

Eine Schlacht zu schlagen galt es hier am Freitag für Dutzende Atomkraftgegner aus Österreich – gegen den Ausbau des Schrottmeilers in Temelín. Trotz Störfällen am laufenden Band sollen schon

bald weitere zwei Reaktoren hochgefahren werden. In der Halle sprach Umweltminister Niki Berlakovich angesichts der harten Fronten Klartext: „Meine Kritik gilt dem Ausbau der Kernenergie generell. Die atomare Wolke macht vor Staatsgrenzen nicht halt. Atomkraft ist eine Todesenergie.“

Der Auftritt Berlakovichs in Budweis war nur möglich, weil er seine Reise zum Klimagipfel in Rio abgesagt hatte. Noch nie zuvor nahm ein österreichischer Umweltminister bei einem AKW-Hearing im Ausland teil.



Umweltminister Berlakovich nach der Ankunft in Budweis.

Nach „Skandal-Hearing“ verlangen Atomgegner vom Bund rechtliche Schritte:

EU-Klage gegen den Ausbau von Temelín

Trotz starker Worte von Umweltminister Niki Berlakovich – wir berichteten – haben Oberösterreichs Atomgegner das Hearing zur Temelín-UVP in Budweis als Skandal erlebt: „Obwohl nicht einmal der Reaktortyp feststeht, wurde der AKW-Ausbau als sicher abgehakt“, kritisiert „atomstopp“-Sprecher Roland Egger.

Die Atomgegner verlangen nun von der Bundesregierung ein rechtliches Vorgehen gegen Prag und werden dabei von Landesrat Rudi Anschober unterstützt. „Gegen die europarechtswidrige UVP zum Ausbau von Temelín muss es in Brüssel ein Vertragsverlet-

zungsverfahren geben“, fordert der Landespolitiker: „Auf meine Initiative hat sich die EU-Kommission bereits damit beschäftigt und festgestellt, dass das UVP-Verfahren gegen die EU-Richtlinien verstößt. Ein Vertragsverletzungsverfahren kann aber nur ein ganzer Mitgliedsstaat beantragen.“

Eine erfolgreiche EU-Klage würde das UVP-Verfahren „an den Start zurückschicken“ und damit den Temelín-Ausbau für viele Jahre aufhalten – um ihn nachhaltig zu verhindern, müsste der Bund noch mehr tun: „In Brüssel steht auch ein Antrag der Atomlobby zur Subventionierung von Kernenergie zur Entscheidung an“, erinnert Anschober: „Österreich muss Mehrheiten dagegen finden, dann ist der Temelín-Ausbau zum Scheitern verurteilt.“

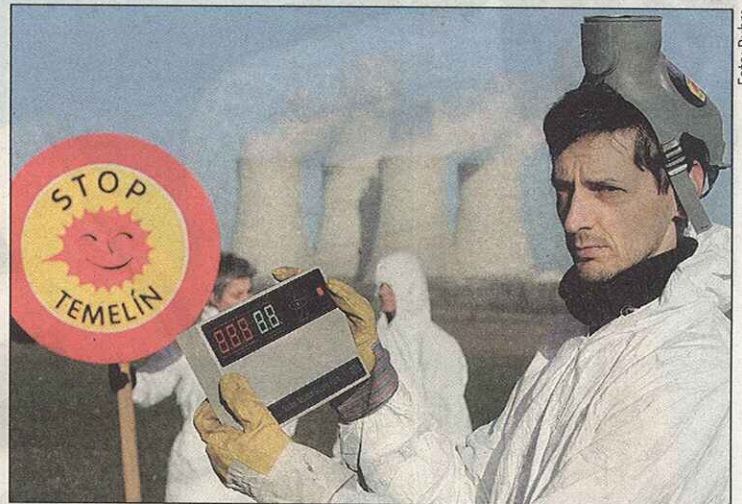


Foto: Rubra

„atomstopp“-Sprecher Roland Egger vor Kühltürmen in Temelín

Ob der Enns

„Atomkraft ist eine Todesenergie“. Mit solchen Worten konnte sich Niki Berlakovich beim Temelín-Hearing in Budweis im Licht einer Entscheidung sonnen,

wird Zeit, dass auch einmal der Umweltminister etwas tut und nicht nur redet.

Falls er nicht weiß, wie, kann er in Oberösterreich nachfragen: Für eine EU-

Der Bund muss nur wollen

die 30 Jahre vor Beginn seiner Amtszeit als Umweltminister gefallen ist.

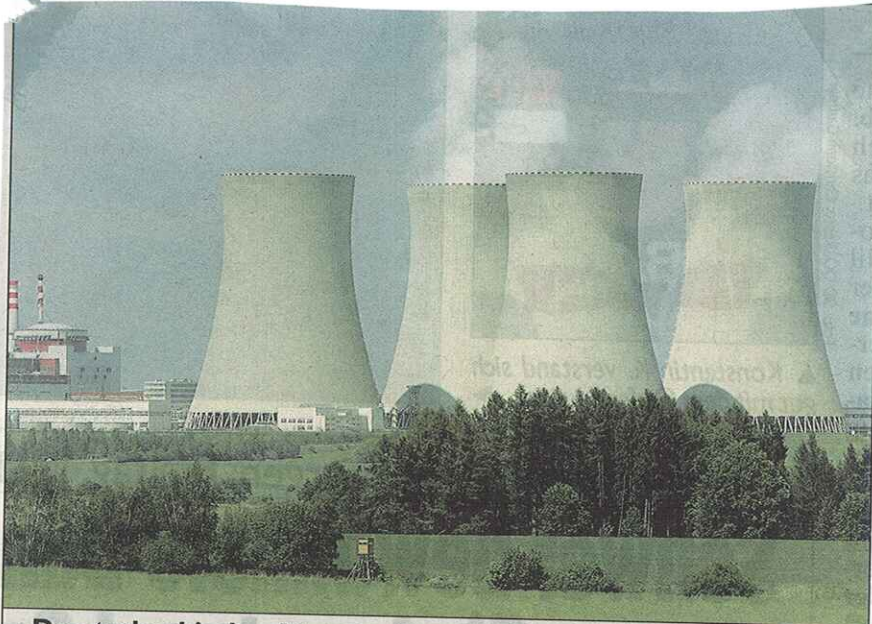
1978 hat das österreichische Volk mit dem Nein zu Zwentendorf Anti-Atom-Geschichte geschrieben –

Klage gegen das rechtswidrige Verfahren und Widerstand gegen Atom-Subventionspläne hat Landesrat Rudi Anschober schon Vorarbeit geleistet. Der Bund muss nur noch wollen. . . FS

Kurrier, Internat., 58, 24.6.2012

Fukushima: Harte Kritik an den Behörden

Atomkatastrophe - Die japanische Regierung und der Stromkonzern Tepco haben das Risiko eines Atomunfalls unterschätzt, „die Gefahr nicht als Realität erkannt“ und an den „Mythos atomarer Sicherheit geglaubt“, heißt es in einem am Montag präsentierten Abschlussbericht eines von der Regierung benannten Untersuchungsausschusses zur Atomkatastrophe. Die Behörden seien der Auffassung gewesen, „dass schwere Unfälle in Atomkraftwerken in Japan nicht geschehen können“. Bereits Anfang Juli wurde das Unglück als „von Menschen verursachte Katastrophe“ bezeichnet. Nach dem Erdbeben und dem Tsunami war es im Kraftwerk zur dreifachen Kernschmelze gekommen.



Das tschechische Atomkraftwerk Temelín, nur wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt, soll trotz Protesten um weitere zwei Reaktorblöcke erweitert werden.

Atomlobby aushungern!

Unsere Bundesregierung ist dringend gefordert, eine EU-Klage gegen den geplanten Ausbau des tschechischen Pannereaktors Temelín in die Wege zu leiten. Wenn sogar die EU-Kommission schon festgestellt hat, dass das UVP-Verfahren zum Ausbau von Temelín europarechtswidrig ist, kann es doch auch für unsere Staatsspitze nicht so schwer sein, hier adäquat zu reagieren und in Brüssel ein Vertragsverletzungsverfahren zu beantragen!

Es muss einfach jede Chance ge-

nutzt werden, den nuklearen Irrsinn in die Schranken zu weisen, anstatt auch noch Atom-Subventionen auf Schiene zu bringen.

Keine EU-Subventionen, sehr wohl aber Haftungspflicht der Betreiber für jegliche Unfälle, diese Maßnahmen wären bestens geeignet, dem gefährlichen Spiel mit Menschenleben die dafür nötige finanzielle Grundlage weitgehend zu entziehen!

Oder hat man in Brüssel das Fukushima-Desaster schon wieder vergessen?

Waltraud Maier,
per E-Mail

Kronenszeitg. Ausland, 57, 29.6.2012

Lebensgefährliche Dosis für Menschen:

Rekord-Strahlung im AKW Fukushima

Tokio. – Im Untergeschoß des Reaktors 1 des japanischen Atomkraftwerks Fukushima sind jetzt lebensgefährlich hohe Strahlungswerte gemessen worden. Die Strahlung sei so stark, dass ein Mensch schon nach Minuten erkranken und in kurzer Zeit sterben würde.

Nach nur 20 Sekunden unter solchem Strahlungseinfluss sei die zulässige Jahresdosis für Arbeiter des Atomkraftwerks erreicht, teilte der Betreiber Tepco mit. Aufgrund der Rekordstrahlung muss der Abbau dieses Teils mit Hilfe von Robotern erfolgen.

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima übernimmt der Staat die Kon-

trolle über Tepco. Die Aktionäre stimmten auf ihrer Hauptversammlung der Quasi-Verstaatlichung zu und machten den Weg für eine Kapitalerhöhung frei, bei der Aktien für zehn Milliarden Euro an den staatlichen Fonds zur Entschädigung der Opfer der Atomkatastrophe ausgegeben werden. Der Staat hält dadurch zunächst 50,11% an Tepco.

Fukushima: Katastrophe „Made in Japan“

Menschliches Versagen und schlechte Planung waren schuld, dass es in Fukushima zum Super-GAU kam, urteilt eine unabhängige Kommission. Der Bericht erschwert es der Regierung, Japans AKWs wieder hochzufahren.

Martin Kölling aus Tokio

Der mit Spannung erwartete Bericht von Japans erstem parlamentarischen Untersuchungsausschuss versetzt der Atomlobby einen schweren Schlag. Laut Bericht waren es Versäumnisse und Fehler der Beteiligten, und nicht die Natur, die die Atomkatastrophe im AKW Fukushima 1 verursachten und die Folgen verschlimmerten. Die Katastrophe sei von Menschenhand verursacht worden, schreibt der Ausschussvorsitzende Kiyoshi Kurokawa in seinem Vorwort: „Wir müssen sehr schmerzhaft zugeben, dass dieses Desaster ‚made in Japan‘ war.“

Bis heute behauptet der Betreiber des havarierten AKWs Tokyo Electric Power (Tepco), dass am 11. März 2011 erst der Tsunami und nicht schon das Erdbeben schwere Schäden an den Meilern verursacht habe. Doch der Ausschuss kommt zu dem Schluss, das Teppcos Urteil „zu schnell“ erfolgt sei. Es bestehe die Möglichkeit, dass das Erdbeben bereits wichtige Anlagen beschädigt und



Kiyoshi Kurokawa (li.), Chef der Fukushima-Untersuchungskommission, übergibt seinen fertigen Bericht an Takahiro Yokomichi, den Vorsitzenden des japanischen Unterhauses.
Foto: AP/Sasahara

auch einen Kühlmittelverlust ausgelöst habe.

Allein dieser Satz birgt hohe Brisanz für Japans Energiestrategie. Ministerpräsident Yoshihiko Noda hat kürzlich den ersten Reaktor wieder ans Netz gehen lassen und drängt darauf, möglichst viele der 50 funktionsfähigen abgeschalteten Meiler wieder einzuschalten. Damit will er die drohende Stromnot im Land lindern. Die Basis dieser Politik ist allerdings die absolute Erdbebensicherheit japanischer AKWs.

Noch vernichtender als die Analyse des Unfallhergangs fällt jene der Ursachen aus. Sie seien allesamt vorhersehbar gewesen, Tepco und die Regierung hätten es aber versäumt, grundlegende Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln, kritisiert der Bericht. Der Ausschuss beschreibt, dass die Atomaufsicht Nisa Tepco nie gezwungen habe, neue Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen.

In einem Fall hat Nisa den Stromkonzern demnach sogar unter der Hand gebeten, bei einem

Katastrophenszenario keinen totalen Stromausfall durchzuspielen, weil die Wahrscheinlichkeit gering wäre. Tepco selbst hat Störfälle nicht gemeldet und Widerstand gegen Umsetzung vorgeschlagener Verbesserungen geleistet. Beim Erdbeben und beim Tsunami rächten sich die Versäumnisse. So habe es keine Verhaltensregeln und Notfallpläne für einen schweren Unfall gegeben. In den existierenden Handbüchern fehlten Abschnitte.

Die Evakuierungen verliefen wegen der Versäumnisse der Vergangenheit ebenso fehlerhaft. Die Informationen an die lokalen Regierungen kamen nicht nur spät, sondern verschwiegen auch das Ausmaß der Katastrophe. Und als evakuiert wurde, wurde den meisten Menschen weder das Warum genannt noch wurde ihnen gesagt, wohin sie sich wenden sollten.

Sicherheit nicht gegeben

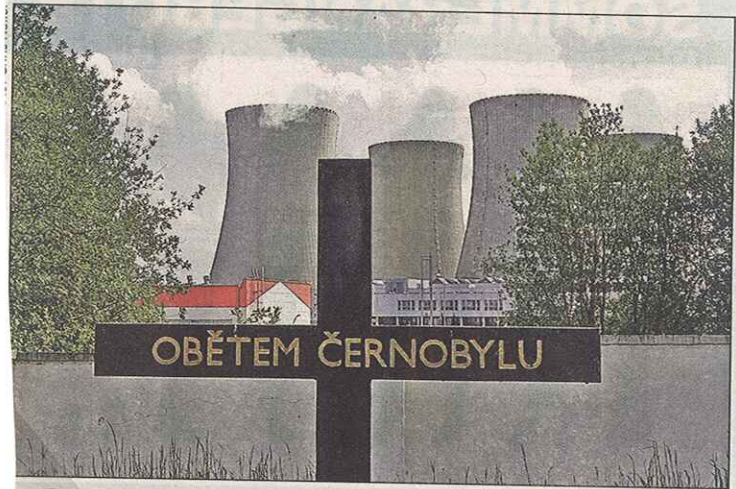
Die Forderungen der Kommission erschweren der Regierung ein Wiedereinschalten von Reaktoren weiters. „Die Sicherheit der Atomenergie in Japan und der Öffentlichkeit kann nicht gesichert werden, solange die Aufsichtsbehörden nicht grundlegend transformiert werden“, urteilt der Bericht.

Die Stromkonzerne müssten ebenso reformiert werden. Die Gesetzgebung müsse so geändert werden, dass anders als bisher neueste internationale Sicherheitsmaßnahmen auch in Japan umgesetzt würden. Kosmetische Maßnahmen wie den Austausch von Verantwortlichen werde die Probleme nicht lösen, so der Bericht.

monatlich, 518

ERREICH 

Sonntag, 15. Juli 2012



Die Erinnerung an Tschernobyl mahnt stets auch in Temelín

Anwalt vertritt die besorgten Österreicher beim Menschenrechts-Gerichtshof:

30 Klagen gegen AKW Temelín

Es sind schon 30 Öko-Klagen – vielen ist die Gefahr von Temelín ein Herzensanliegen! Angeführt von dem renommierten Wiener Umweltschutzanwalt Dr. Hans Otto Schmidt, kämpfen diese Idealisten gegen den grenznahen Schrottreaktor – mit Individualbeschwerden beim Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof.

„Mein Haus ist nur 60 Kilometer Luftlinie von Temelín entfernt. Wenn dort ein Atomunfall passiert, bin ich unmittelbar betroffen“, sagt der Pensionist Helge Luze aus Liebnitz bei Raabs an der Thaya.

Seine Bedenken, Sorgen und damit Verletzung seiner Menschenrechte hat der

Waldviertler mit dem Anwalt Hans Otto Schmidt in einer juristisch perfekt aus-

VON MARK PERRY UND
CHRISTOPH MATZL

gefeilten Beschwerde an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg einfließen lassen. Schmidt vertritt schon

30 besorgte Österreicher: Ärzte, Banker, Bauern, Angestellte und einen Nationalratsabgeordneten.

Die Klage stützt sich auf ein Gutachten des Salzburger Völkerrechtsexperten Prof. Michael Geistlinger: „Bei der aktuell geplanten Akw-Erweiterung nimmt Tschechien auf akute Sicherheitsmängel und das große Gefahrenpotenzial keinerlei Rücksicht.“ Besorgte Bürger und Umweltaktivisten können sich der Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsge-

richtshof anschließen. Nähere Infos dazu gibt es unter ☎ 01/79 853 21.

„Wir rechnen uns gute Chancen aus, dass der Gerichtshof in Straßburg unserer Beschwerde statt gibt und die Tschechen beim Ausbau von Temelín endlich zum Einlenken zwingt.“



Foto: Chris Koller

Ökoanwalt Hans Otto Schmidt

Pressezeitung. o.ö., S 19, 17.7.2012

Dienstag, 17. Juli 2012

Tschechisches Lager:

Sorgen um Atommüll

Erneut Aufregung um ein mögliches tschechisches Atommüll-Endlager, für das als Standort der Truppenübungsplatz Boletice erwogen wird – nur 18 Kilometer von der oberösterreichischen Grenze entfernt.

Bis Jahresende wird entschieden, ob Boletice tatsächlich ein favorisierter Standort wird; die endgültigen Entscheidungen sollen allerdings erst 2025 fallen. „Oberösterreich wird alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen diese Option unternehmen und unterstützt auch die Informationsarbeit in den betroffenen Gemeinden in Tschien“, so Umweltlandesrat Rudi Anschober.

Diese Unterstützung sollte auf fruchtbaren Boden fallen, denn trotz aller finanzieller Verlockungen durch die tschechische Regierung haben die betroffenen Gemeinden bisher den Probebohrungen für ein Atommülllager nicht zugestimmt...

Während Nutzung der Nuklearenergie Subventionen für die sind in EU noch nicht

Heißkalt kommt's derzeit von der „Atomfront“. Einerseits belegt eine neue Studie, dass der Anteil an Atomenergie an der Stromproduktion und die Zahl der Reaktoren weltweit sinkt. Andererseits ist das Schreckgespenst möglicher Subventionen zur Ermöglichung neuer Atomkraftwerke in Europa noch nicht vom Tisch.

Der neue Statusreport 2012 über die Weltnuklearindustrie liefert einen eigentlich erfreulichen Befund, wie Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne) nachgelesen hat: „Erneuerbare Energieträger verdrängen zunehmend die Atomenergie, senken die Strompreise an den Börsen und machen die Atomkraft damit unwirtschaftlich. Der Anteil der Nuklearenergie an der Stromerzeugung und die Zahl der Atomreaktoren

weltweit sinken deutlich.“ 429 Reaktoren gibt's weltweit, 2002 war der Höhepunkt mit 444 Reaktoren.

Je unwirtschaftlicher die Produktion von Nuklearstrom allerdings wird, desto lauter werden die Rufe mancher EU-Staaten (England, Frankreich, Polen, Tschechien) nach einer Erlaubnis für staatliche Subventionierungen, damit neue Kernkraftwerksprojekte überhaupt noch verwirklicht werden können.

Darüber entscheidet die EU im Herbst. Landesrat Rudi Anschöber will ein klares Nein zur Subventionierung erreichen, in dem Sinne, dass Österreichs Bundesregierung dafür Verbündete sucht. Das ist angesichts der

„In den letzten Jahren wurde auf der Welt fünf Mal mehr in erneuerbare Energieträger investiert als in Atomenergie.“

weltweit abnimmt:

Atomkraft vom Tisch

Position der EU-Kommission auch bitter nötig, heißt es doch im Kommissionsentwurf für den „Energiefahrplan 2050“ (Stand 12. Dezember 2011) im Kapitel mit der entlarvenden Überschrift „Die Kernenergie als wichtiger Faktor“. „Die Analyse der Szenarios zeigt, dass die Kernenergie zu niedrigeren Systemkosten und Strompreisen beiträgt. Die Kernenergie wird als großmaßstäbliche CO₂-arme Option in der EU weiter einen Platz im Stromerzeugungsmix haben.“

Monatssp. Politisch, S3, 11.7.2012

● **Lob für AKW-Temelin**
Tschechiens Präsident
Václav Klaus hat beim
Besuch der Erweiterungs-
baustelle das AKW-
Temelin als „eine großar-
tige Sache“ gelobt.

Monatssp. Österr., S. 11, 18.7.2012

Österreich liefert Umwelt-Konzept ● Grüner Pakt besiegelt:

„Energy Globe“ hilft den Iranern beim Ausstieg aus Atomenergie

Grün ist die Farbe des Islam, aber im Iran noch mehr: Denn sie steht für die Öko-Revolution! Und diese wird von Österreich aus voran getrieben. Federführend: Energy-Globe-Pionier Ing. Wolfgang Neumann aus Traunkirchen (OÖ), der in Teheran Verträge zum Ausstieg aus der Atomenergie unterschrieb.

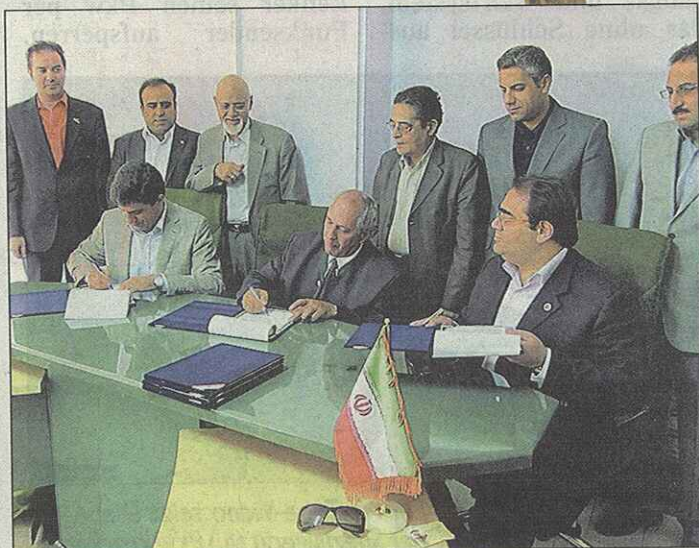
Unser Energy-Globe-Pionier Ingenieur Wolfgang Neumann unterzeichnete mit hochrangigen Politikern im Iran ein Öko-Abkommen!

„Höchstrangige Politiker, die Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad nahestehen, haben mir zugesichert, das Thema Nuklearenergie neu zu überdenken. Ob's tatsächlich dazu kommt, wird die Zukunft weisen. Doch der vielversprechende Anfang ist gemacht“, sagt Neumann zuversichtlich. Wie berichtet, will sogar die UNO das Energie-Konzept des rührigen Ingenieurs übernehmen. Jetzt führten ihn seine Wege direkt ins grüne Herz des Islam! „Wir haben vor wenigen Stunden in der Wirtschaftskammer

in Teheran gemeinsam mit zwei Umweltorganisationen einen konkreten Öko-Vertrag zum großflächigen Umstieg auf Alternativen

VON MARK PERRY

unterzeichnet“, schildert unser Pionier. Neumann sieht in dem islamischen Land gewaltiges Öko-Potential: „Hier sind 90 Prozent Energieeinsparungen möglich. Der Iran ist ein eldorado für eine Umwelt-Revolution. Und jetzt offenbar zum Umdenken bereit: Weg von Atom- hin zu alternativer Energie.“



Fotos:
Energy
Globe



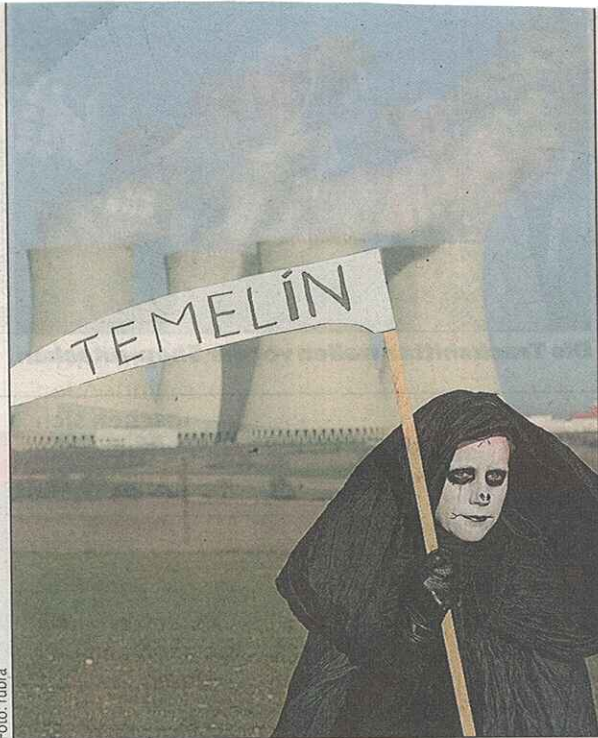


Foto: rubra

Tschechiens Präsident Václav Klaus hat beim Besuch der Erweiterungsbaustelle das AKW Temelín als „eine großartige Sache“ gelobt – die Ängste der österreichischen Bevölkerung und der Anrainer nimmt man in Tschechien nicht ernst, obwohl doch durch die schrecklichen Atomunfälle von Fukushima und Tschernobyl in der Vergangenheit mehr als deutlich wurde, wie gefährlich diese Technologie ist...

Temelín – „Eine gute Sache“?

Tschechiens Präsident Václav Klaus bezeichnet den Ausbau der Zeitbombe Temelín als „gute Sache“. Offensichtlich haben unsere lieben Nachbarn im „Werteverein“ EU nur „gute Sachen“ in petto – man denke nur an die Beneš-Dekrete!

Da vergeht einem das Lachen über so viel „gute Sachen“!

Franz Weinpolter,
Wien

Temelín und kein Ende

Prag hat in der Geschichte Europas einen hervorragenden Platz. Politiker und Künstler haben aus der Stadt an der Moldau ein Juwel gemacht. In unserer Zeit aber droht der bezaubernden Stadt der Ruf einer Betonburg. Tschechien hat sich entschlossen, das AKW Temelín weiter auszubauen trotz Tschernobyl und Fukushima.

Deutschland und Österreich haben der Atomkraft zugunsten einer sauberen Energie abgesagt. Prag bleibt trotz 23.000 Einwendungen, die der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich in Budweis überreicht hat, auf seinem Kurs. Es ist ein falscher Kurs.

Vor der Haustür Österreichs drohen Szenarien wie Tschernobyl und Fukushima. Was würden Masaryk und Kafka dazu sagen?

Hugo Schanovsky,
Linz

Sabineq. Wacht., Amovitz, 56, 24.7.2012

Zweifel an Schutz für Atomkraftwerke

TOKIO (SN, Reuters). Die japanischen Atomkraftwerke sind trotz verschärfter Sicherheitsbestimmungen nach der Atomkatastrophe von Fukushima womöglich nicht ausreichend gegen Erdbeben und Tsunamis geschützt. Eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission kam zur Ansicht, weder die Aufsichtsbehörden noch der Energiekonzern Tepco, der das AKW betreibt, seien auf eine gewaltige Naturkatastrophe vorbereitet. Sie hätten sich von einem „Sicherheitsmythos einlullen“ lassen.

Japan: Atomgegner gründen grüne Partei

TOKIO (SN, AFP). In Japan haben Umweltaktivisten und Atomkraftgegner eine grüne Partei gegründet. Japan brauche eine Partei, die entschieden für Umweltpolitik eintrete, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Akira Miyabe beim Gründungskongress am Samstag. Die Partei will zur nächsten Parlamentswahl eigene Kandidaten aufstellen. Die Anti-Atom-Bewegung hatte Mitte Juni mit der Entscheidung von Ministerpräsident Yoshihiko Noda, erstmals seit dem Atomunglück von Fukushima wieder zwei abgeschaltete Reaktoren in Betrieb zu nehmen, weiteren Auftrieb bekommen.

Die Atomkraft spaltet Japan



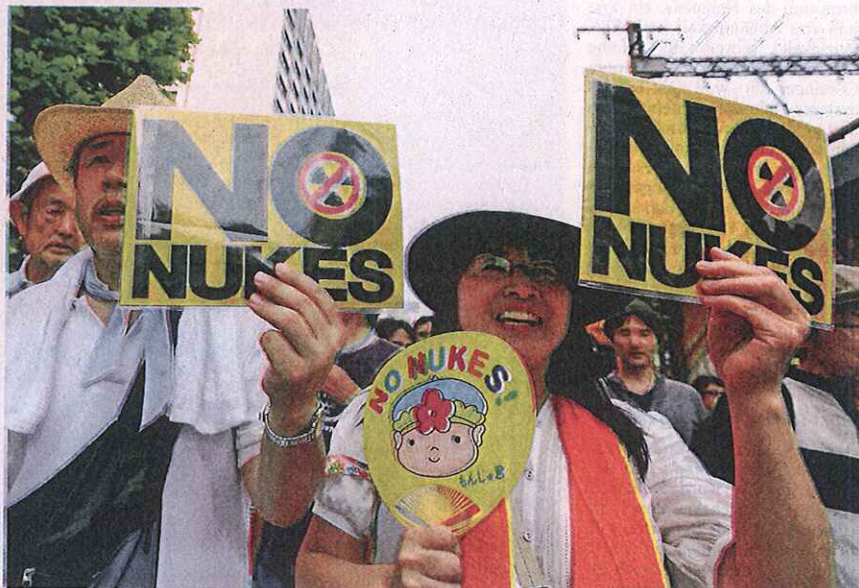
DANIEL KESTENHOLTZ
berichtet für die SN
über Japan

TOKIO (SN). Jeden Freitagabend kann der japanische Premier Yoshihiko Noda sie von seiner Residenz aus hören, die friedlichen Demonstranten, die ein Ende von Japans Nuklearenergie fordern. Männer, Frauen, Alte und Junge halten Plakate hoch und skandieren „Genpatsu iranai“, „Wir brauchen keine Atomkraft“.

People Power ist gewöhnlich kein Ausdruck, der mit der Nation der Ordnung und des Gehorsams in Verbindung gebracht wird. Jetzt reiben sich sogar Politiker und Veranstalter der Protestbewegung verblüfft die Augen, was im Land vor sich geht: Entgegen Einschätzungen der Regierung, dass sich der Volkszorn über die Nuklearkatastrophe von Fukushima nach und nach legen würde, hat der Neustart von zwei Atommeilern diesen Monat der Antiatomkraftbewegung Auftrieb verliehen.

Seit Vietnam hat Japan solche politischen Kundgebungen nicht mehr gesehen. Was anfänglich als hoffnungslose Wunschbewegung von radikaleren Liberalen belächelt wurde, ist zu einer breiten Volksbewegung angewachsen, die nichts von den neuerlichen Zusicherungen der Regierung hält, dass die Sicherheit der 54 kommerziellen Atomreaktoren im Land garantiert sei. In Japan, wo sich jedes fünfte der stärksten Erdbeben der Erde ereignet, bei-

People Power. Im Land der Ordnung und des Gehorsams begehrt eine größer werdende Schicht auf und sagt Nein zur Atomkraft.



Jeden Freitag versammeln sich Demonstranten in Tokio. Auf dem Land, wo sich die Reaktoren und die damit verbundenen Arbeitsplätze befinden, wird die Kernkraft weiterhin akzeptiert.

Bild: SN/EPA

ben die Sicherheitsauflagen für die Atomindustrie Kritikern zufolge lückenhaft. „Radioaktivität vergiftet uns noch immer, doch wir haben schon wieder Reaktoren angeworfen“, sagt Demonstrant Shinichiro Watanabe in Tokio, der aus der Nähe des Unglücks-AKW stammt.

Premier Noda erklärte im Juni,

Japan bleibe keine Wahl: Ohne Atomenergie drohten schlimme wirtschaftliche Konsequenzen. Öl- und Gasimporte sind inzwischen auf monatlich 100 Millionen Dollar angestiegen, was Japan das erste Handelsdefizit seit drei Jahrzehnten beschert. Dass nur wenige Tage nach dem grünen Licht der Regierung, Atommeiler wie-

der anzuwerfen, ein vernichtender Parlamentsbericht über die Katastrophe in Fukushima veröffentlicht wurde, schürte den Volkszorn zusätzlich. Demnach sei Fukushima ein gänzlich „menschengemachtes“ Unglück „Made in Japan“ gewesen, hieß es, ermöglicht durch das Ignorieren von internationalen Sicherheits-

standards sowie Päckerei zwischen Regierung, Aufsicht und Betreiber. Hinter Noda steht eine gigantische Nuklearlobby, die um ihre in die Industrie investierten Milliarden bangt. Zu den Befürwortern, die hinter Noda stehen, gehören auch die größte Tageszeitung des Landes, „Yomiuri Shimbun“, sowie Keidanren, Japans mächtigster Unternehmerverband.

Gegen diese lehnen sich jetzt Menschen aller Schichten und jeglichen Alters auf. Japans friedliche, einmalige People Power führte jetzt überdies zur Gründung der Grünen Partei, die sich als Stimme der Atomgegner versteht. Die beiden großen Parteien, die regierenden Demokraten (DPJ) und die oppositionellen Liberaldemokraten (LDP), unterstützen zwar die Förderung von Alternativen, Atomausstieg aber ist für sie kein Thema. Ohne politische Stimme bleibt Japans lose organisierte Antiatombewegung ein ritueller Protest. Doch je länger Politiker schweigen, desto mehr erhalten radikalere Elemente Auftrieb.

Auf dem Land akzeptiert

In der Präfektur Yamaguchi verlor am vergangenen Sonntag ein Atomkraftgegner eine Gouverneurswahl. Beobachter verwiesen darauf, dass die Antiatomkraftbewegung zwar in Metropolen wie Tokio Zulauf bekommt, auf dem Land, wo sich die Atomkraftwerke und damit verbundenen Arbeitsplätze befinden, wird die Kernenergie weiterhin akzeptiert. Das Wahlergebnis in Yamaguchi sei dafür ein Beleg.

Kurzer, Politik, 54, 30.7.2012

Japan Neue Partei für Atomkraft-Gegner

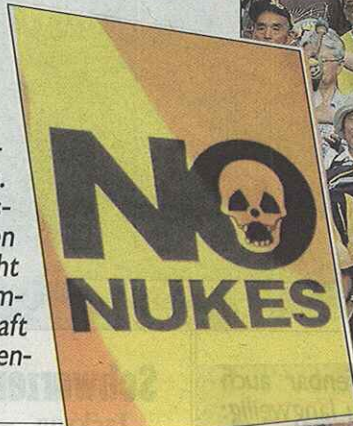
Umweltaktivisten und Atomkraftgegner haben in Japan eine Grüne Partei gegründet. Das Land brauche eine politische Bewegung, die entschieden für Umweltpolitik eintrete. In Tokio umzingelten am Sonntag Zehntausende das Parlament, um gegen das Wiederhochfahren mehrerer AKW zu demonstrieren.

ABENDA-B1-004

808-1A-ADP

Japan: AKW-Gegner gründen Grünpartei

Der GAU im AKW Fukushima nach dem Tsunami im März 2011 hat viele fest an die Sicherheit der Atomenergie glaubende Japaner aufgerüttelt: Mittlerweile gibt es eine Mehrheit gegen Kernkraftwerke. Bei der jüngsten Protestaktion marschierten Tausende Demonstranten in Tokio mit (Foto rechts), bildeten eine Menschenkette um das Parlament und forderten Premierminister Noda auf, zwei kürzlich nach Kontrollen wieder in Betrieb genommene Reaktoren wieder herunterzufahren. Gleichzeitig gaben Umweltaktivisten die Gründung einer eigenen Grünpartei bekannt. „Japan braucht eine Partei, die entschlossen für Umweltpolitik und gegen die Atomkraft auftritt“, erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Akira Miyabe.



● **Reaktor wird stillgelegt**

Im russischen AKW Sosnowi Bor bei Sankt Petersburg soll einer von vier Reaktoren wegen schwerer technischer Probleme stillgelegt werden.

Blamage für im EU-Auftrag arbeitende Atom-Kommission

Stresstest-Experten übersahen massive Risse in Uralt-Reaktor

Ein Zwischenfall im Atomkraftwerk Doel in Belgien zeigt, was die viel gepriesenen EU-Stresstests wert sind: nämlich fast nichts. Denn laut Greenpeace waren mehrere Risse in dem Uraltreaktor gar nicht erkannt worden. Für Österreich besorgniserregend: In Deutschland und in der Schweiz stehen baugleiche Meiler.

Schon im Jahr 1982 war das AKW in Doel in Belgien in Betrieb gegangen. Doch trotz mehrerer Zwischenfälle dachten die Behörden des EU-Staates bisher nicht an eine Abschaltung des völlig veralteten Atommeilers. Im

Gegenteil: Noch Anfang des Monats wurde die Betriebsbewilligung bis ins Jahr 2022 verlängert. „Die Reaktoren sollten also erst nach 40 Jahren heruntergefahren werden“, so Greenpeace-Experte Jurrien Westerhof.

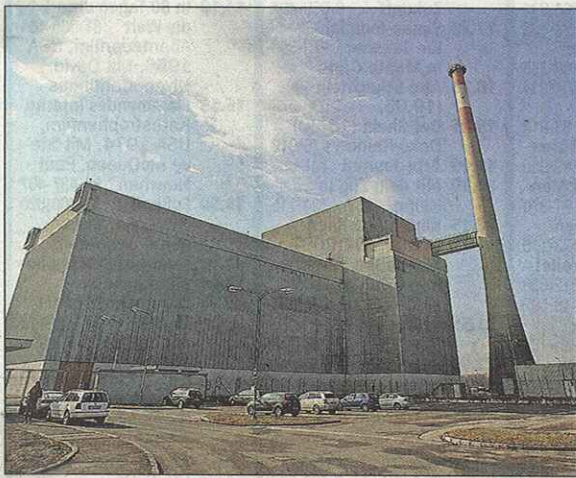
Doch jetzt der Schock für die belgischen Reaktorbosse: Bei einer Routineuntersuchung waren derart starke Risse entdeckt worden, dass das Kraftwerk vorübergehend stillgelegt werden musste. Vorerst bis Ende des Monats August. Nun aber tauchte ein internes Mail des belgischen Atomsicherheits-

chefs auf, in dem dieser zur Erkenntnis kommt, dass der Sicherheitsmangel praktisch nicht behebbar ist. Greenpeace-Aktivist Westerhof

VON MARK PERRY
UND CHRISTOPH MATZL

bleibt skeptisch. Was ihn noch mehr erschüttert: Erst vor kurzem hatten EU-Experten auch in Doel Stresstests durchgeführt. Schleißig, wie sich jetzt herausstellt. Denn entdeckt wurden die Mängel nicht. Global-2000-Chef Klaus Kastenhofer: „Ein Schaden dieser Art hätte auch einem Blinden auffallen müssen.“ In Europa stehen noch acht AKWs ähnlicher (Uralt-)Bauart. Jenes im deutschen Leibstadt liegt 160 Kilometer von Österreich entfernt.

Arbeitszeitg. Fensler, 15.8.2011



Fotos: Peter Tomschi, REUTERS

Beliebte Filmkulisse: Atomkraftwerk Zwentendorf

Dreharbeiten im AKW Zwentendorf **Strahlend nur als Kulisse**

Es ist das sicherste und „Restrisiko“ (mit Atomkraftwerk der Ulrike Folkerts) die Welt – das nie in Be- einmalige Kulisse zu- trieb gegangene AKW nutze. Am Montag be- Zwentendorf (NÖ), ginnen die Dreharbei- das jedoch gerne als ten zu dem franzö- Film-Kulisse für sisch-österreichischen Atom-Thriller ver- Atomkraftwerk-Kino- wendet wird: Dolph thriller „RZ2 – Grand Lundgren drehte hier, Central“, der eigent- und auch Andreas lich in Südfrankreich Prochaska sowie Urs spielt – mit der Parise- Egger machten sich rin Léa Seydoux in für „Der erste Tag“ der Hauptrolle.

Kronenszeitg "österreich", S 10, 21.8.2012

Europaweite Besorgnis über AKW

Tausende Risse in Uralt-Atommeiler

Europaweite Sorge um belgische Schrottmeiler: Zumindest bei einem dieser Uralt-Reaktoren wurden jetzt Tausende kleine Risse entdeckt. Heimische Umweltschützer warnen: „Baugleiche AKW stehen auch an unseren Grenzen, in der Schweiz.“

Wie berichtet, war zunächst der Meiler in Doel heruntergefahren worden. Nach Beschwichtigungen steht nun auch fest, warum: In der Reaktorhülle waren Tausende Risse entdeckt worden. Auch Tihange steht mittlerweile still. Aus Belgien

kommt nun eine eindringliche Warnung an alle Länder mit baugleichen Meilern. Sowohl Greenpeace als auch GLOBAL 2000 und Umweltminister Berlakovich erneuern jetzt ihre Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie.

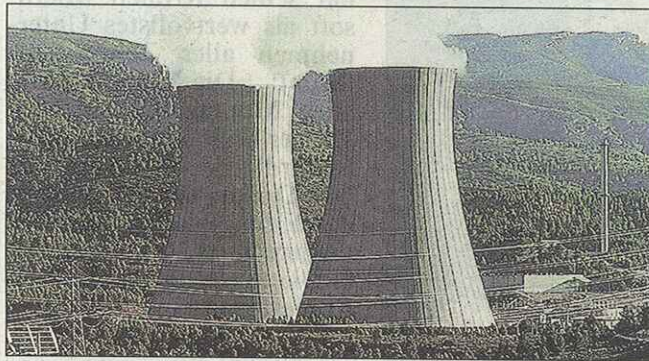


Foto: Wikipedia

Baugleich wie belgische Meiler: AKW Cofrentes in Spanien

Justizministerium will gegen Unterversicherungs-Vorteil für

„Atomstrom wäre dann

Kernkraftwerke sind drastisch unterversichert, was Atomstrom viel billiger macht, als er sein dürfte – das ließ Landesrat Rudi Anschöber, wie berichtet, wissenschaftlich nachrechnen und fragte beim Justizministerium an, was es dagegen tun wolle. Nun kam die Antwort: Nichts, weil Atomstrom sonst ja teurer würde...

„Das ist ja der Sinn der Sache“, schüttelt Anschöber den Kopf über das vom Ministeriumsjuristen Dr. Franz Mohr unterfertigte Schreiben: „Durch die Unterversicherung haben Atomkraft-

Produzenten europaweit einen wettbewerbsrechtlich bedenklichen Vorteil gegenüber Erzeugern von sauberem Strom. Wir wollen Kostenwahrheit und fairen Wettbewerb herstellen.“

Dr. Mohr als ausgewiesener Vertreter von Justizministerin Beatrix Karl meint, dass „ein entsprechender Vorstoß Österreichs auf europäischer Ebene an der gegenteiligen Ansicht einer überwiegenden Mehrheit von Mitgliedsstaaten“ scheitern würde – dass der Bund also nicht einmal versuchen will, etwas zu ändern.

„Letztlich zu bedenken“ sei aber auch noch, dass „die

AKWs nichts tun:

teurer“

Beseitigung von Wettbewerbsvorteilen der Nuklearindustrie in den betroffenen Mitgliedsstaaten aufgrund der Verteuerung von Strom beträchtliche wirtschaftliche (und soziale) Konsequenzen haben könnte“.

Im Schreiben fehlt auch nicht die übliche Ausrede: Einheitliche Haftungsregeln für Atomkraftwerke gebe es deshalb nicht, weil die EU dafür nicht zuständig sei...

Ob der Enns

Der Name wirkt gefaked wie eine falsche Schreibweise der Figur aus Schillers „Räubern“ – aber es gibt ihn wirklich: Dr. Franz Mohr im Justizministerium.

Schillers Franz „die Kanaille“ Moor ein Schmähschreiben geschickt: Denn dass das Ministerium nichts gegen ungerechte Wettbewerbsvorteile für Atom-

Es ist ernst gemeint

Das muss gesagt werden, denn auf den ersten Blick wirkt der Brief, den Landesrat Rudi Anschöber bekam, als hätte sich jemand einen üblen Scherz erlaubt und ihm unter dem Namen von

strom tut, weil dieser sonst teurer würde, kann ja gar nicht ernst gemeint sein!

Ist es aber. In seiner nicht vorhandenen Anti-Atompolitik lässt der Bund keine Absurdität aus... FS



Foto: Chris Koller

Landesrat Rudi Anschöber



Foto: AFP

AKW-Störfall in Ostfrankreich: Im umstrittenen Kernkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen und der Schweizer Grenze erlitten mindestens zwei Mitarbeiter Verletzungen, als plötzlich Wasserstoffperoxid-Dampf austrat. Etwa 50 Feuerwehrleute waren im Einsatz, es gab jedoch keinen Brand. Das AKW Fessenheim, das mehr als 35 Jahre alt und sehr stör anfällig ist, soll noch bis 2017 in Betrieb bleiben.



Karikatur: Milan A. Ilic

Die Ausbaupläne für Temelín sind ins Wackeln geraten:

Sanftes AKW-Entschlummern

„Nur nicht aufwecken!“ So sieht unser Karikaturist den grünen Landesrat Rudi Anschober an der „Baustelle“ des südböhmischen AKW Temelín vorbeischleichen: Der oberösterreichische Anti-Atom-Politiker ortet in Tschechien den Beginn eines sanften Entschlummerns der Baupläne für zwei weitere Reaktoren am grenznahen AKW-Standort.

„Sogar die Vizepräsidentin des tschechischen Senats und glühende Atombefürworterin Alena Gajduskova ist gegen einen raschen Ausbau“, erfuhr Anschober. Es sei „nicht

die klügste Lösung, jetzt zu beginnen“, wird sie auf dem tschechischen Server „ihned“ zitiert. Temelín-Betreiber ČEZ will bekanntlich 2016 anfangen und bis 2025 fertig sein.

Ausbau kostet 10 Milliarden Euro

Die Kosten von mindestens zehn Milliarden Euro sind tschechischen Industrie- und Finanzvertretern sauer aufgestoßen: Aufgrund der fallenden Preise an den internationalen Strombörsen rechne sich der Ausbau der Atomkraft nicht, andere europäische Konzerne hätten bereits

Projekte zurückgezogen.

Der „tschechische Ausweg“ aus dem Dilemma ist nun ebenfalls gescheitert: Die vom Prager Industrie-minister Martin Kuba geforderte Direktsubventionierung, etwa durch eine staatliche Preisgarantie, wurde vom Finanzministerium zurückgewiesen.

„Der Ausbau Temelíns ist eine Seifenblase, die platzen wird“, schließt Anschober – wenn es auch nicht gleich geschehen dürfte: „Bis zu den tschechischen Parlamentswahlen 2014 wird sich nichts ändern, aber danach sind die Chancen gut...“

17. November 2012, deutsch, S 5, 10.9.2012

Pannen-AKW wird endlich abgeschaltet

Paris. – Frankreichs ältestes Kernkraftwerk, das im Elsass direkt am Rhein stehende Fessenheim, wird „so bald wie möglich“ abgeschaltet: Das erklärte Umweltministerin Delphine Batho aufgrund der jüngsten Panne im störanfälligen AKW vergangene Woche. Im April hatte es dort sogar gebrannt. An sich sollte Fessenheim bis 2017 arbeiten.

Brouensatz, dussl., 511, 15.9.2012

Einlenken nach Fukushima-Katastrophe

Japan: Atomausstieg bis 2040 ist nun fix

Tokio. – Eineinhalb Jahre nach der Atomkatastrophe in Fukushima hat Japan nun den Atomausstieg verkündet. Auf einem Ministertreffen wurde entschieden, bis spätestens 2040 aus der Atomenergie auszusteigen.

Bis zum GAU in Fukushima 2011 hatten die landeseigenen Atomkraftwerke 30% des Strombedarfs Japans gedeckt. Weitere AKWs sollten in den kommenden Jahren hinzukommen.

Doch nach der Katastrophe von Fukushima sollen keine neuen Meiler mehr gebaut werden. Die Mehrheit der Japaner spricht sich bereits für den Ausstieg aus der

Kernkraft aus. Nun sollen die bestehenden AKWs im Lande nach 40 Jahren Laufzeit abgeschaltet werden.

Kritiker sind aber noch skeptisch. Nach dem Ministertreffen am Freitag hieß es, der Atomausstieg solle „in den 2030er-Jahren“ erfolgen. Das bedeute irgendwann zwischen 2030 und 2040 – für viele Experten sei das Ziel zu ungenau.

Arbeitszeitg. Österreich, SS, 17.9.2012

Frankreich & Spanien motten Hochrisiko-Reaktoren ein

Japans Atomausstieg – auch EU-Schrottmeiler vom Netz

Endlich! Eineinhalb Jahre nach dem Super-GAU von Fukushima hat Japan – wie berichtet – den Atomausstieg bis spätestens 2040 verkündet. Erfreulich: Auch in der EU – in Spanien und Frankreich – wurde Risiko-Reaktoren der Kampf angesagt.

„Der schrittweise Ausstieg Japans aus der Nuklearenergie ist ein Sieg der Vernunft. So tragisch die

VON C. MATZL & M. PERRY

Katastrophe von Fukushima war, so erfreulich ist die Tatsache, dass die japanische Regierung Konsequenzen daraus zieht“, begrüßte auch Umweltminister Niki Berlakovich



Foto: REUTERS

Lokalausweis vor Fukushima – Atomausstieg Japans ist fix

diese bedeutende energiepolitische Trendwende.

Eine Umkehr hin zu erneuerbaren Energieträgern, die gleichzeitig von zwei europäischen AKW-Abschaltungen begleitet wird: In Spanien wurde

die Atomruine Santa Maria de Garonã bereits vom Netz genommen. Und Frankreichs Ministerpräsident Hollande kündigte an, den Schrottmeiler von Fessenheim bis spätestens 2016 abzuschalten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.2012

● **Russen-Uran**

Deutsche AKWs werden auch mit Brennstoff aus russischen Atombomben betrieben, wurde jetzt „enthüllt“. Es droht keine Explosion.

Kronenzeitung. o.ö., S.19, 18.9.2012

Leck nach Wartung in Temelín

Pannenreaktor muss nun für mehrere Tage abgestellt werden

50 Tage stand Block 1 im Pannenreaktor Temelín wegen Wartungsarbeiten still – ein Teil der Brennstäbe musste ausgetauscht werden und es gab Reparaturarbeiten. Und jetzt – kaum eine Woche nach Wiederanfahren des Reaktors – musste der Not-Aus-Schalter gedrückt werden. Beim Hochfahren der Leistung wurde ein Leck zwischen Genera-

tor und einer Elektroleitung festgestellt. Da die Leitung im eingekapselten Bereich des Reaktors liegt, kann die Panne nicht so einfach behoben werden und Block 1 wird heruntergefahren. Dann wird der undichte Bauteil getauscht, der verhindern soll, dass Wasserstoff, der zur Kühlung benötigt wird, in den Leiter gerät. Am Freitag soll Block 1 wieder laufen.

Diese Panne ist wieder Wasser auf die Mühlen der Temelín-Gegner, die vor allem den ab 2016 geplanten Ausbau des Meilers um zwei Reaktoren verhindern wollen. Die öö. Anti-Atom-Initiativen haben bekanntlich 21.543 Einwendungen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau des Pannen-Reaktors nahe der öö. Grenze abgegeben.

Wronenstg. O.Ö., S 17, 19.9.2012

Kritik am Umweltministerium

Aufregung um Störfall 176 im AKW Temelín

Eine undichte Stelle im AKW Temelín – mindestens Störfall Nr. 176 dort seit Oktober 2000 – sorgt für Aufregung und Kritik am Umweltminister.

Ob die Störfall-
liste komplett ist,
weiß kein Atom-
gegner: „Wir drän-
gen das Umweltmi-
nisterium in Wien
seit Monaten auf
eine Antwort auf
die Frage nach der
tatsächlichen Zahl

der Zwischenfälle“,
so Atomstopp
Oberösterreich.

FP-Nationalrat
Werner Neubauer
rügt Umweltminis-
ter Niki Berlakovich (VP) wegen
„seines Schweigens
zu den Störungen“.

Chefunterhändler: „Falsche Informationen, um eigene Anlagen zu schützen.“

Iran räumt Atom-Täuschung ein

Wien. – Ist jetzt die Katze aus dem Sack? Der iranische Atomchef Ferejdun Abbasi-Dawani hat im Interview mit einer arabischen Zeitung die Täuschung westlicher Geheimdienste eingeräumt.

Der überregionalen Tageszeitung „Al-Hayat“ sagte er in Wien, sein Land habe manchmal falsche Informa-

tionen vorgelegt, um die eigenen Anlagen zu schützen.

Am Dienstagabend war

der iranische Chefunterhändler Said Dschalili in Istanbul mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton zusammengetroffen. Ashton bezeichnete das Gespräch anschließend als „nützlich und konstruktiv“.

Die internationale Ge-

meinschaft verdächtigt den Iran, an Atomwaffen zu arbeiten. Teheran bestreitet das und besteht auf das Recht auf friedliche Atomkraft. Aus Israel kommen immer wieder Drohungen mit einem Militärschlag gegen iranische Atomanlagen.

Kronenzeitung. Würzburger, 56, 20.9.2011

Einbruch in französisches AKW

Metalldiebe wollten in Atommeiler eindringen

Grenoble. – Aus dem bewachten Atomkraftwerk Saint-Alban in der Nähe von Grenoble wollte eine vierköpfige Bande Metallteile stehlen. Das Quartett wurde von einer französischen Gendarmerie-Spezialeinheit in flagranti ertappt! Die Metalldiebe wollten zwar flüchten, konnten aber wenig später an einer nahen Autobahnstelle von den Sicherheitsbehörden gefasst werden.



Foto: GLOBAL 2000

Anti-Atom-Protest vor dem IAEA-Sitz in Wien: Dr. Reinhard Uhrig (li.) und Serikzhan Mambetalin

IAEA plant ein Atombrennstofflager im korrupten Land:

Sicherheitsrisiko! Kasachstan als Drehscheibe im Atomhandel

Wahnsinnsplan der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Denn mit Kasachstan soll eines der korruptesten Länder der Welt zur Drehscheibe im Atombrennstoffhandel gemacht werden. „Die Sicherheitslage ist katastrophal. Bei uns nuklearen Brennstoff zu lagern ist eine Gefahr für die globale Sicherheit“, so ein Vertreter der kasachischen Grünpartei.

Die Atomenergiebehörde will den Bock zum Gärtner machen. Anders sind Geheimverhandlungen über

VON CHR. MATZL & M. PERRY

ein Atombrennstofflager in Kasachstan nicht zu verstehen. Zwar sollten damit Schurkenstaaten abgehalten werden, selbst Uran anzureichern, doch die Militärstra-

tegen, wie jene aus dem Iran, pfeifen auf die IAEA.

„Zudem könnten handlich abgepackte Brennstoff-Container für den Bau schmutziger Bomben verwendet werden“, so Atomexperte Reinhard Uhrig von GLOBAL 2000. „Unser Land ist derart korrupt, dass sogar ganze Militärjets nach Nord-Korea geschmuggelt wurden“, warnt auch Serikzhan Mambetalin von der Grünpartei. Da die EU dennoch 25 Millionen Euro für das Projekt zugesagt hat, fordert GLOBAL 2000 Außenminister Spindelegger auf, dagegen Protest bei der IAEA-Generalversammlung einzulegen.

Innenansatz. O.Ö., S.14, 14.9.2012

Oberösterreichs Atomgegner kämpfen um komplette Liste der Vorkommnisse:

Rätsel um die Temelín-Störfälle

Das tschechische Atomkraftwerk Temelín nahe der Grenze zu Oberösterreich machte kürzlich wieder einmal durch einen Störfall Schlagzeilen. Der wievielte es genau ist, wissen nicht einmal Oberösterreichs gut informierte Atomgegner. Sie kämpfen seit dem Frühling um eine komplette Liste vom Umweltministerium . . .

Laut Störfall-Liste der oberösterreichischen und tschechischen Atomgegner müssten die Undichtheiten im AKW von Mitte September die Nummer 176 bekommen. „Aber ehrlich gesagt, wir wissen nicht, ob unsere Liste wirklich umfassend

ist“, sagt Roland Egger von Atomstopp Oberösterreich: „Der Verdacht liegt sehr nahe, dass dem nicht so ist, weil die tschechische Atomaufsicht im Juni 2012 in einem Bericht von 216 (!) Zwischenfällen spricht, die sich allein im Jahr 2011 ereignet

hätten“, so Egger. 64 davon seien als „bedeutend“ klassifiziert worden – was immer das konkret heißt.

Jedenfalls bemühen sich die Atomgegner seit dem Frühjahr darum, von der Nuklearkoordination im Umweltministerium in Wien eine Liste der Zwischenfälle aus dem Jahr

2011 zu bekommen, bisher allerdings vergeblich.

„Es sollte doch selbstverständlich sein, dass das Umweltministerium eine Liste mit solchen Zwischenfällen führt, auch von anderen

Atomkraftwerken“, kritisiert Egger. Das wäre nötig, um das Gefahrenpotenzial besser einschätzen zu können.

„Es ist schon klar: Man will in Wien einfach nicht zu viel Wirbel um die dauernden Zwischenfälle machen.“

Roland Egger, Atomstopp OÖ

LESERBRIEFE

Tschernobyl-Reisen

Mit großem Interesse las ich den Artikel mit dem Titel „In vielen Teilen Tschernobyls ist die Strahlung geringer als im Mühlviertel“ in den Tips. Tschernobyl ist kein Gebiet wie das Mühlviertel, sondern der Ort, an dem am 26. April 1986 der vierte Reaktorblock des Atomkraftwerks explodiert ist. Bei dieser Explosion wurden einige Tonnen fragmentierter nuklearer Brennstoff sowie Teile des Graphitblocks aus dem Reaktor geschleudert. Von der Strahlung wurden fünf Millionen Menschen in den damaligen Sowjetrepubliken Weißrussland, Russland und der Ukraine betroffen. Tschernobyl liegt in der Ukraine, ca. fünf Kilometer von der Grenze zu Weißrussland entfernt. Aber radioaktive Strahlung ist grenzenlos. 600.000 Menschen halfen mit, die Folgen der Katastrophe einzudämmen: Wer am Kraftwerk oder in unmittelbarer Nähe im Einsatz war, ist entweder gestorben oder siecht heute dahin. Der Westen wurde erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf die dramatische Situation aufmerksam und bald darauf trafen Hilfskonvois ein und die ersten „Tschernobyl-Kinder“ durften zur Erholung ins Ausland fah-

ren. So rief auch die Auslandshilfe der Caritas OÖ im Herbst 1991 die Tschernobylkinder-Erholungsaktion ins Leben. Bis zum Jahr 2008 konnten 11.000 Kinderaufenthalte bei über 1300 Gastfamilien ermöglicht werden. Dass sich die beiden Abenteurer Steinbichl und Roser keine Angst um ihre Gesundheit gemacht haben, verstehe ich: So eine Reise zum Unglücksreaktor ist ja kein ganzjähriger Aufenthalt. Trotzdem bin ich sehr skeptisch, wenn die beiden Abenteurer „...jedem eine Reise zu diesem geschichtsträchtigen Ort empfehlen.“ Es ist zu hoffen, dass sie bei ihren Reise-Vorträgen die Folgen einer Atomkraftwerkskatastrophe ebenso eingehend beleuchten wie die Gesamt-Kosten von Atomstrom, zu denen auch die nach wie vor ungelöste Frage der Endlagerung des radioaktiven Abfalls gehört.

von **Veronika Pernsteiner**

Ehrenamtliche Organisatorin der Tschernobyl-Kinder-Erholungsaktion mit der Caritas Linz bis 2008.



Senden Sie Ihren Leserbrief

an: redaktion-linz@tips.at
oder per Post an „Tips“, Promenade
23, 4010 Linz.

Kronenzeitg. Ausl., 58, 28.9.2012

● **Reaktor abgeschaltet**

Wegen eines noch ungeklärten Fehlers wurde ein Reaktor im schwedischen AKW Oskarshamn 3 automatisch heruntergefahren.

Prüfung
57

Mittwoch, 3. Oktober 2012

 AUSLA

Sicherheitsmängel in allen Reaktoren:

Europas AKWs fallen bei Stresstest durch

Brüssel. – Mehr als eineinhalb Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Japan sind die 134 Atomkraftwerke in der EU, der Schweiz, der Ukraine und in Kroatien einem Stresstest unterzogen worden. Das Ergebnis des Abschlussberichts der Europäischen Kommission: In praktisch jedem Kraftwerk gibt es Sicherheitsmängel!

Um diese zu beheben, seien je Reaktor Investitionen zwischen 30 und 200 Millionen € nötig. Insgesamt kämen auf die europäischen Energiekonzerne damit Investitionen von bis zu 25 Milliarden Euro zu.

In einigen Staaten seien noch nicht einmal die Sicherheitsstandards umgesetzt worden, die nach den Atomkatastrophen im US-Kraftwerk Three Mile Island 1979 und in Tschernobyl 1986 vereinbart worden seien, heißt es in dem Ab-

schlussbericht. Die größten Defizite gibt es bei den Leitlinien für schwere Unfälle. So haben deutsche Kraftwerke keine ausreichenden Erdbebenwarnsysteme. In den Reaktoren im schwedischen Forsmark und im finnischen Olkiluoto bliebe nach einem Stromausfall der Kühlsysteme weniger als eine Stunde Zeit, um den sicheren Betrieb wiederherzustellen.

Die Staaten sollen bis Ende des Jahres Aktionspläne für die Behebung der Mängel aufstellen.

Pressezeitung. Ausl., 56, 3.10.2012

● **Reaktoren abgeschaltet**

In Südkorea sind zwei Reaktoren in verschiedenen Atomkraftwerken abgeschaltet worden. Radioaktivität ist keine ausgetreten.

Kronenspiegel. Österr., S 12, 4.10.2011

Nach den „Stresstests“ droht nun das Abwrackungs-Desaster

So werden Europas Atomruinen zum teuren EU-Milliardengrab

Europas 123 Atomkraftwerke – nicht nur die Schrottmeyler im Osten, sondern auch viele Atomruinen im Westen – weisen schwere Mängel auf. Doch dieses Ergebnis der „EU-Stresstests“ bestätigt nicht nur, wovon schon immer gewarnt wird. Gleichzeitig droht der Union in Zukunft ein Finanzchaos rund um die Abwrackungen.

Was „Krone“-Recherchen schon seit langem gezeigt hatten, ergaben nun auch



Foto: „Krone“-Archiv

Litauens Atomruine Ignalina

jene Tests, die nach dem SuperGAU von Fukushima als Beruhigungspillen für die Bevölkerung initiiert worden waren: Österreich ist von Risikoreaktoren gleichsam eingekreist. „Allerdings

VON CHR. MATZL & M. PERRY

werden daraus nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Denn etliche Schrottmeyler müssten sofort vom Netz genommen werden“, so die Experten von Greenpeace und GLOBAL 2000.

Doch neben der Gefahr des strahlenden Todes bergen die maroden Meiler auch eine riesige Finanzgefahr: Denn mittlerweile gilt

es auch dringend nötige Abwrackungen zu berappen.

„Obwohl die Stilllegung von Schrottreaktoren eine Grundbedingung zum EU-Beitritt war, wollen sich Staaten wie Litauen die teure Abwrackung von der Union, also auch von AKW-freien Ländern wie Österreich, bezahlen lassen“, deckt EU-Rebell H.-P. Martin ein Finanzdesaster auf: „Statt den vereinbarten 1,4 Milliarden € für den Rückbau von Ignalina will das baltische Land plötzlich 2,9 Milliarden.“ – Die Abwrackung droht zum unkontrollierten EU-Milliardengrab zu werden.

„Die Atomlobby will kritische Ergebnisse verwässern. Dafür werden allein in Brüssel 50 Büros unterhalten.“

EU-Rebell Hans-Peter Martin

Probenzeitung .0.0., 523, 5.10.2012

H  Seite 23

25 Milliarden € für AKW

Jetzt ist die Atom-
gefahr amtlich! Nach-
dem bereits durchgesi-
ckert war, dass sowohl
die östlichen als auch
westlichen AKW bei
den EU-Stresstests
durchgefallen sind,
nannte Energiekom-
missar Günther Ötting-
er erstmals öffentlich
die Summe, die für
Nachrüstungen aufge-
bracht werden muss:
25 Milliarden Euro!
Ein Beweis dafür, dass
Europas Meiler
Schrottruinen sind.
Wie berichtet, gibt's
für das grenznahe
AKW in Temelin
auch einen Stresstest,
in dem sich Betreiber
CEZ mit Eigenlob
überschüttet – und die
Gefahren verschweigt.

Regierung in Prag schwört sich auf Monster-Ausbau der Kernkraft ein ● 3. AKW?

„Atom-Knal“ in Tschechien!

Prag/Wien. – Jetzt ist es fix: Tschechien plant eine „strahlende“ Zukunft! Bis 2040 soll der Atomstromanteil von derzeit 30 Prozent auf 55 Prozent gesteigert werden, gab Ministerpräsident Nečas bekannt. Dadurch soll im Gegenzug der Anteil der Kohle an der Stromgewinnung erheblich gesenkt werden. Nečas sieht darin einen Gewinn für die Umwelt.

Ziel der tschechischen Energieplanung ist die Unabhängigkeit von Importen.

VON KURT SEINITZ

Bis 2040 sollen 80 Prozent des Energiebedarfs aus eigenen Quellen gedeckt werden.

AKW Temelín verdoppelt, Dukovany erweitert

Dazu soll das AKW Temelín bis 2025 um zwei Reaktorblöcke erweitert werden. Im AKW Dukovany soll ein zusätzlicher Reaktorblock gebaut werden, und die Laufzeit der alten Reaktoren soll durch Teilerneue-

nung verlängert werden. Ins Auge gefasst wird auch ein 3. AKW, dessen Standort allerdings noch nicht feststeht.

Václav Klaus „versteht die Opposition nicht“

Das AKW Temelín liegt nur 60 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt und wird wegen seiner langen Chronik an Pannen von den österreichischen Gegnern der Kernenergie als Sicherheitsrisiko eingestuft. Auch lässt die Panneninformation der österreichischen Behörden trotz des



Foto: Rubra

Vergeblicher Protest aus Österreich gegen das AKW Temelín

„Melker Abkommens“ zu wünschen übrig. Der tschechische Präsident Václav Klaus trifft Dienstag zu einem Staatsbesuch in Österreich ein. Im Vorfeld dazu erklärt er im „Krone“-Interview auf den Seiten 6 und 7, dass er die österreichische Opposition gegen die Kernenergie nicht versteht.

Proneuseitung - o.ö., S 14, 13.11.2012

Vor Staatsbesuch von Václav Klaus:

Tschechen-Präsident verhöhnt Atomgegner

Vor seinem heutigen Staatsbesuch in Österreich hat Tschechiens Präsident Václav Klaus die oö. Atomgegner verhöhnt: Ihre Kritik wäre „nicht die authentische Meinung der Österreicher“.

Bundespräsident und Nationalrat sollten den Gast eines Besseren belehren, fordert Grün-Abgeordnete Ulrike Schwarz: Laut einer Umfrage von „Öekonstult“ sprechen sich 91 Prozent der Österreicher für einen sofortigen europäischen Atomausstieg aus, eine Befragung des Linzer market-Instituts ergab eine 92-Prozent-Mehrheit für ein Importverbot von Atomstrom.

Neuzeitg. O.Ö., S 17, 17. 11. 2012

Aktivisten-Planung:

Mit Deutschen gegen Euratom

Gemeinsam wollen „atomstopp oberösterreich“ und deutsche Atomgegner 2013 für einen europaweiten Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag kämpfen. Dieses Wochenende treffen sich die Aktivisten in Linz zur Strategieplanung.

Prognose

ERREICH 

Montag, 26. November 2012

Bund setzt Atomgipfel-Beschlüsse um:

Vor Durchbruch bei Stopp für „grauen“ AKW-Strom

„Österreich wird atomstromfrei!“ – Dies wurde im Bundeskanzleramt vor sieben Monaten angekündigt. Tatsächlich scheint 2012 zum „Jubiläum einer ehrlichen Energiepolitik“ zu werden. Am Dienstag dürfte die Bundesregierung ihr Versprechen vom Ende des Graustromimportes einlösen: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner kündigt eine Strom-Kennzeichnung an.

„In Zukunft wird Österreichs Strom gänzlich gekennzeichnet. Jeder Haushalt und auch jeder Betrieb kann damit Strom aus Atomkraft vermeiden“, so Mitterlehner. Der VP-Politiker wird noch im Dezember mit dem Energie-Effizienzgesetz die entsprechende gesetzliche Basis schaffen und damit die Beschlüsse des Atomstromgipfels vom 16. April umsetzen. Dann muss Österreich das Verbot in Brüssel anmelden, weil es ein technisches Handelshemmnis darstellen könnte.

Nach anfänglichem Zögern hatte sich Mitterlehner mit Bundeskanzler Werner Faymann auf diese Linie ge-

einigt. Der Kanzler war bei den Koalitionsverhandlungen auch die treibende Kraft für einen positiven Abschluss des Umweltgipfels.

„Österreich hat die Lehren aus dem Super-GAU von Fukushima gezogen“, so Faymann, der Greenpeace und Global 2000 dankte, „die mit viel Herz und hoher Kompetenz an diesen Maßnahmen mitgewirkt haben“.

„Unser Land setzt einen Schritt gegen Atomenergie und wird seiner Rolle als Vorbild in Europa gerecht.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bronnensief, östert, 517, 27. 11. 01

Mitterlehner will niet- & nagelfesten Vertrag garantieren

„Atomstrom-Stopp“: Minister will auf Nummer sicher gehen

Der letzte Sprint im politischen Wettrennen um das Ende des „Nuklear-Stroms“ auf dem österreichischen Strommarkt ist ebenso spannend wie erfolgversprechend. Minister Mitterlehner hat seine Aufgaben bestens erfüllt, und so steht die Hoffnung, dass schon bald gilt: „Österreich ist atomstromfrei!“

„In Zukunft wird Österreichs Strom durch Verträge gänzlich gekennzeichnet. Jeder Haushalt und Betrieb kann dann Atomkraft vermeiden.“



Foto: AP

Energieminister Mitterlehner (VP)

So wie Außenminister Figl 1955 nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages die Frohbotschaft „Österreich ist frei!“ verkünden konnte, soll schon

VON CHR. MATZL & M. PERRY

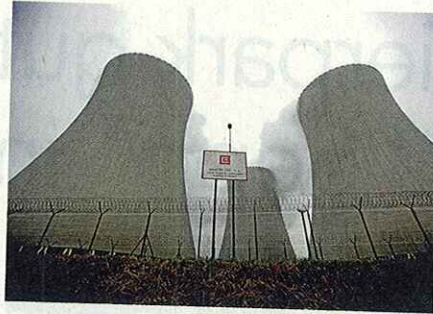
bald die beste Umweltbotschaft seit dem Zwentendorf-NEIN (1978) spruchreif sein! Schließlich hat sich die Regierung beim

Atomgipfel im Kanzleramt mit GLOBAL 2000 & Greenpeace auf das Ende des Atomstrom-Imports geeinigt: Nun stehen die Öko-Vorzeichen auf Grün!

„Im Kampf gegen die Graustromlieferungen aus den maroden Atomruinen an unseren Grenzen haben sich SPÖ & ÖVP ausgezeichnet“, freuen sich die Umweltschützer.

Energieminister Mitterlehner geht auf Nummer sicher: Im Dezember soll sein bereits fix und fertiges Konzept umgesetzt werden. Nur die EU könnte den rot-weiß-roten Siegeslauf noch stoppen...

GUUTE-Journal 01/2013



Atomkraft: Temelin soll weiter ausgebaut werden

Grünes Licht für Temelin-Ausbau: Geht es nach dem Willen der tschechischen Regierung, soll das grenznahe Atomkraftwerk Temelin bis 2025 auf vier Blöcke ausgebaut werden. Die entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurde vor wenigen Tagen abgeschlossen. Bei dieser wurden insgesamt 60.000 Stellungnahmen eingereicht. Während die politischen Reaktionen zu den geplanten Ausbauplänen heftig ausfallen, sieht man diese bei den Umweltorganisationen differenziert. „Global 2000“ etwa meint, dass ein UVP-Bescheid noch kein Atomkraftwerk baue. Die Errichtung eines solchen erfordere einen enormen finanziellen Aufwand, die für den Ausbau notwendigen 10 bis 12 Milliarden Euro seien vom Betreiber CEZ derzeit auf dem Kapitalmarkt nicht aufzutreiben.

Ernauseidp. 0-0., S 23, 19.1.2013

Tschechisches Umweltministerium gab Okay

Temelinausbau beschlossen!

Das ist eine echte Hiobsbotschaft: Das tschechische Umweltministerium hat am Freitag dem Ausbau des Atomkraftwerks in Temelin zugestimmt. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) lief seit vier Jahren, ist nun abgeschlossen. Das Ministerium teilte mit, dass für den Umweltschutz 90 Auflagen festgelegt wurden. Zu der UVP hatte es insge-

samt 60.000 Stellungnahmen gegeben.

Der dritte und der vierte Block des Reaktors sollen bis 2025 fertiggestellt werden. Roland Egger von „Atomstopp Oberösterreich“ bezeichnete die Entscheidung als „Rückschritt in die atomare Vergangenheit“. Greenpeace nannte die tschechische UVP „ein reines Scheinverfahren“.

die Presse, Nachrichten S 8, 10.1.2013

BLICK

Empörung über Atomkraft

In Oberösterreich herrscht Empörung über den tschechischen Beschluss, das Atomkraftwerk Temelin auszubauen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sei erfolgreich abgeschlossen, heißt es in Prag. Der dritte und der vierte Block in Temelin sollen bis 2025 fertiggestellt sein. „Offensichtlich hält Tschechien daran fest, energiepolitisch weiter zu den Letzten von gestern zu gehören“, kritisierte ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer am Samstag die Entscheidung.

Oberösterreich bekämpft tschechische Umweltgenehmigung **Empörung über Temelín-Ausbau**

„Tschechien hält bedauerlicherweise daran fest, energiepolitisch zu den Letzten von gestern zu gehören – und damit auch seine Nachbarn zu gefährden“, ist LH Josef Pühringer empört über die Genehmi-

gung des tschechischen Umweltministeriums für den Ausbau Temelíns um weitere zwei Atomreaktoren. Oberösterreich wird diese Entscheidung weiter bekämpfen und dabei „alle Möglichkeiten ausschöpfen“.

Ob der Enns

Müssen Oberösterreichs Atomgegner, also das ganze Land, wieder die Grenze zu Tschechien blockieren, um die Prager Atomlobby zum Einlenken zu bringen?

wäre. Vielleicht steckt ja wirklich nur ein innenpolitisches Manöver vor den nächsten Parlamentswahlen in Tschechien dahinter. Trotzdem bleibt das, was

Spiel mit atomarem Feuer

Das kommt drauf an, wie ernst es Tschechien wirklich mit dem Ausbau von Temelín ist, der sowieso ruinös teuer würde, und dessen Strom sowieso nur subventioniert verkaufbar

da in Tschechien getrieben wird, ein Spiel mit dem atomaren Feuer. Da ist Widerstand auf jeden Fall angebracht – und wenn es denn sein muss, werden auch Grenzblockaden nötig. pö

„Die tschechische Regierung stellt damit unter Beweis, dass die Lehren aus der Atomkatastrophe von Fukushima in Japan spurlos an ihr vorübergegangen sind“, bedauert Pühringer. Dass es auch anders gehe, zeige derzeit etwa Deutschland, das daran arbeite, bis 2022 aus der Atomkraft auszusteigen.

Oberösterreichs Umweltsenator Rudi Anschober hält das atomare Ausbauprojekt in Temelín für „völlig unwirtschaftlich“ und ist optimistisch, „dass der Prager UVP-Bescheid dafür wertloses Papier bleibt“.

Er kündigt dennoch Rechtsschritte seitens des Landes Oberösterreich gegen den UVP-Bescheid an.

Auch Umweltminister Niko Berlakovich kündigt Widerstand an und fordert die EU-Kommission auf, dem Ausbau Temelíns und Atomstromexporten Steine in den Weg zu legen.

Japan will Sicherheit bei Atomanlagen verschärfen

Standards könnten schon im Sommer in Kraft treten

TOKIO. Die neue japanische Atomregulierungsbehörde hat am Montag Pläne zur Verschärfung der Sicherheitsnormen für die Atomanlagen des Landes vorgelegt. Gefordert wird darin eine entsprechende Ausstattung mit Lüftungssystemen, um im Unglücksfall einen Druckanstieg im Reaktor und damit mögliche Explosionen zu verhindern. Filter sollen zudem verhindern, dass Radioaktivität in die Umwelt gelangt. Daneben sollen Wege gefunden werden, die Kühlsysteme auch im Unglücksfall am Laufen zu halten. In einiger Entfernung sollen Kontrollzentren eingerichtet werden, die die Anlagen auch im Fall einer Zerstörung überwachen können.

Die vom Industrieministerium unabhängige neue Regulierungsbehörde ist seit September im Amt. Sollten die neuen Sicherheitsstandards beschlossen werden, könnten sie bereits im Sommer Anwendung finden. Von den insgesamt 50 japanischen Atomanlagen sind derzeit lediglich zwei in Betrieb. Die anderen hatten entweder Sicherheitsüberprüfungen nicht bestanden oder werden seit Monaten „gewartet“.

Regierung für Atomenergie

Im Gegensatz zur Vorgängerregierung will die seit Ende Dezember amtierende konservative Regierung von Ministerpräsident Shinzo Abe von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) das japanische Atomprogramm aus wirtschaftlichen Gründen rasch wieder aufnehmen. Und das, obwohl sich in mehreren Umfragen eine Mehrheit

der Bevölkerung für einen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen hat.

Im März 2011 hatten ein schweres Erdbeben und ein anschließender Tsunami Japan erschüttert. Die Naturkatastrophe führte zur Kernschmelze in der Nuklearanlage in Fukushima Daiichi, dem folgenschwersten Atomunglück seit dem Unfall im ukrainischen Tschernobyl im Jahr 1986. Fast 19.000 Menschen kamen ums Leben. Die Mitte-links-Regierung von Abes Vorgänger Yoshihiko Noda hatte sich daraufhin dafür ausgesprochen, bis zum Jahr 2040 den Ausstieg Japans aus der Atomenergie anzustreben.



Unglücks-AKW Fukushima

(Reuters)

Neuauflage - 528, 22.1.2013



Das tschechische Umweltministerium hat dem Ausbau des südböhmischen Atomkraftwerkes Temelín zugestimmt. Der dritte und vierte Block Temelíns sollen bis zum Jahre 2025 fertiggestellt sein. In Salzburg ist die Anti-Atom-Bewegung besonders ausgeprägt. Grund dafür sind vor allem die verheerenden Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe. Infolge des radioaktiven Niederschlags im Jahr 1986 ist die Zahl der Schilddrüsen-Erkrankungen in Salzburg sprunghaft gestiegen. Ein „Krone“-Leser aus Strobl zu den Atom-Plänen.

Foto: REUTERS/Petr Josek

Tschechien plant zurzeit ein neues Tschernobyl . . .

Das südböhmische Atomkraftwerk Temelín soll laut tschechischem Umweltministerium weiter ausgebaut werden! Der dritte und vierte Block Temelíns sollen bis 2025 fertiggestellt sein. Die Kosten betragen rund 200 bis 300 Milliarden Kronen, das entspricht etwa zwölf Milliarden Euro! Dieses geplante Vorhaben bedeu-

tet einen massiven Rückschritt in der gesamten Energie- und Umweltpolitik und ist außerdem eine große Gefahrenquelle für ganz Europa.

Es wäre wohl mehr als angebracht, wenn sich hier Brüssel zu Wort meldet und diesem Vorhaben eine Absage erteilt, mischt man sich doch sonst auch in Angelegenheiten, die mehr als lächerlich sind!

Joachim Mayer sen.,
Strobl

Die Leserbriefe der „Krone“ jetzt online unter www.krone.at

AKW-Referendum in Bulgarien droht Farce zu werden

Atomkurs. Verwirrung über Fragestellung. Wahlbeteiligung könnte zu gering ausfallen.

VON JUTTA SOMMERBAUER

[SOFIA] Stromgewinnung vom Mars sei der „beste und effektivste Weg“ für Bulgarien, sagt der vermeintliche Forscher im weißen Mantel. Man müsste nur ein „Kosmodrom“ auf einem Berggipfel bauen, einen Weltraumbahnhof also, um dem Roten Planeten näher zu sein, hernach Methan in Zisternen nach Bulgarien transportieren und in Strom umwandeln. „Die billigste Energie im ganzen Sonnensystem“, schließt der Mann seinen Vortrag.

Gut möglich, dass die Volksabstimmung über die Zukunft der Atomkraft nicht vorrangig als erstes Referendum seit 1989 in die post-sozialistische Geschichte Bulgariens eingehen wird, sondern als reichlich absurde Befragung - und das liegt nicht nur an diesem Werbeclip der oppositionellen Bulgarischen Sozialisten (BSP), die sich als entschiedene Befürworter von Atomkraft präsentieren und mit dem Video des verwirrten Professors ihre Gegner durch den Kakao ziehen. Am Sonntag, den 27. Jänner, sind rund 6,5 Millionen Stimmberechtigte aufgerufen, sich für oder gegen ein neues Kernkraftwerk im Land zu entscheiden, doch Umfragen zeigen, dass ein Gutteil der Bevölkerung an der Sinnhaftigkeit der Teilnahme zweifelt.

Sozialisten initiierten Votum

Da ist zunächst einmal die unklare Fragestellung der Abstimmung. Das Referendum ist eine Initiative der Sozialistischen Partei, mit dem sie das von ihr verfolgte AKW-Projekt im Donaustädtchen Belene gegen den Willen der Regierung von Premier Bojko Borissov durchsetzen will. Doch hat der Premier, der sich im vergangenen März nach langem Zögern gegen das Projekt aussprach, die Frage verwässern

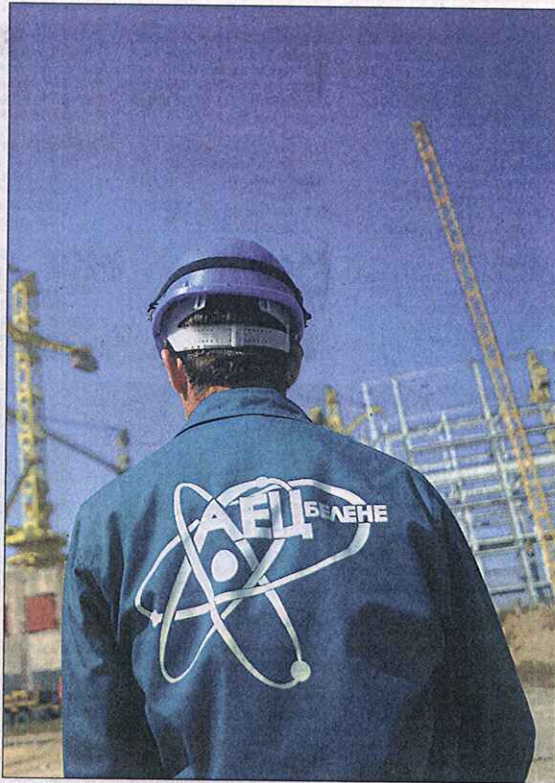
lassen. „Soll die Atomenergiewirtschaft in der Republik Bulgarien durch den Bau eines neuen Atomkraftwerks entwickelt werden?“, steht auf den Stimmzetteln, und in Bulgarien fragt man sich etwa, welches AKW-Projekt gemeint sein könnte: das derzeit gestoppte Bauvorhaben in Belene? Oder das bereits existierende AKW in Kosloduj?

Sollte die Mehrheit der Bulgaren mit „Ja“ stimmen, wäre das zwar ein gehöriger Dämpfer für Borissov, der erst jüngst ein klares „Nein“ als Parole ausgegeben hatte. Selbst ein „Ja“ könnte aber noch immer als Votum für den Ausbau von Kosloduj gedeutet werden. Für den Ausbau eines siebenten Reaktors, angeblich mit amerikanischer Hilfe, hat nämlich auch die Regierung in Sofia Sympathien.

„Nationales Trauma“ Kosloduj

Die wichtige Debatte - wie Bulgarien künftig seine Energieversorgung sicherstellen und sich dabei aus der russischen Abhängigkeit befreien kann - ist schwer überschattet von parteipolitischen Grabenkämpfen. Dass sich Sofia einst für den EU-Beitritt 2007 dazu verpflichtet musste, vier Blöcke sowjetischer Bauart in Kosloduj zu schließen, haben vor allem die Sozialisten stets als „nationales Trauma“ dargestellt - und gleichsam als Ausweg ihr Projekt Belene propagiert, das mithilfe des russischen Staatskonzerns „Atomstrojexport“ errichtet werden sollte. Doch neben Bedenken von Umweltschützern wegen des erdbebengefährdeten Standorts war die Rentabilität des Projekts stets umstritten.

Wirtschaftsminister Deljan Dobrew präsentierte nun zu Wochenbeginn angebliche „Geheimpapiere“ des deutschen Konzerns RWE, der bis 2009 als Investor mit an Bord war. Darin wird der Baupreis



Riesenbaustelle AKW Belene: Referendum bringt kaum Klarheit für Zukunft. [EPA]

des AKW Belene auf umgerechnet 11,5 Milliarden Euro beziffert. Die Linksregierung habe die Öffentlichkeit mit einem damals kolportierten Preis von 3,5 Mrd. Euro in die Irre geführt, so Borissov.

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Alpha Research“ vom Mittwoch geben indes 64,1 Prozent an, „sicher nicht“

am Referendum teilnehmen zu wollen; nur ein Viertel will „sicher“ wählen. Mehr als zehn Prozent sind noch unentschieden. Bewahrheitet sich diese Prognose, dann hätte das Ergebnis der Befragung keine Gültigkeit - selbst wenn die Befragten in ihrer Mehrheit implizit für das Projekt stimmen würden: Denn es müssten für die nötige Beteiligung von 60 Prozent mindestens 4.345.500 Wähler mitstimmen.

Bedeutsamer als für die atomare Zukunft Bulgariens dürfte das Votum für die politische Zukunft sein: Es könnte ein Test dafür sein, wie stark Regierung bzw. Opposition ihre Lager mobilisieren können angesichts der Parlamentswahl im Sommer. Die Sozialisten liegen nur noch fünf Prozentpunkte hinter der Regierung. Das „Projekt Belene“ könnte ihnen dabei helfen, die Distanz zu verringern.



Wochenzeitung o.ö., S 25, 26.1.2013

Nach positivem Umwelt-Bescheid von Prager Ministerium:

Oberösterreich startet jetzt neue Initiativen gegen Temelín-Ausbau

Der positive UVP-Bescheid des Prager Umweltministeriums für den Ausbau Temelíns um zwei weitere Atomreaktoren schlägt hohe Wellen in Oberösterreich. Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne) wird diesen Bescheid mit den Anti-Atom-Initiativen wegen inhaltlicher Mängel und Europarechtswidrigkeit bekämpfen.

„Dieser Bescheid verdient das Wort ‚Umweltverträglichkeitsprüfung‘ nicht, er hat ein Phantom-AKW genehmigt, die Kernfragen des Bedarfs, der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit nicht geklärt und stellt damit einen Blanko-Scheck aus“, bringt Anschober die Bewertung des Prager UVP-Bescheids durch Experten des Landes auf den Punkt.

Er hat am Freitag die Bundesregierung und die EU-Kommission über die Mängel informiert sowie ein eu-

roparechtliches Vertragsverletzungsverfahren und ein Aufheben des tschechischen UVP-Verfahrens gefordert. Auch den drohenden Bruch des EU-Wettbewerbsrechts durch eine geplante Subvention von Atomstrom aus

„Wir haben gute Chancen gegen diesen Bescheid, die Atomlobby hat sich ein Eigen-tor geschossen.“

Umweltlandesrat Rudi Anschober

Temelín will Landesrat Anschober anprangern.

Radko Pavlovec, der ehemalige Anti-Atom-Beauftragte des Landes Oberösterreich, spricht jedoch von politischen „Beruhigungspillen für die atomkritisch eingestellte österreichische Bevölkerung“. Pavlovec: „Die heuchlerischen Reaktionen auf den positiven Bescheid zur Erweiterung des AKW Temelín führen uns in aller Deutlichkeit vor Augen, dass derzeit weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine aktive Anti-Atom-Politik existiert.“

Denn trotz massiver Ungereimtheiten hätten weder Bundes- noch Landespolitiker rechtzeitig etwas gegen „die UVP-Farce“ getan.

Kronenzeitung - o.ö., S.15, 28.1.2013

Bloß Mini-Versicherung für Betreiber:

Keine Haftung bei Temelín-SuperGAU!

Höchstens mit 320 Millionen Euro, davon 80 Millionen durch eine Mini-Versicherung gedeckt, muss Temelín-Betreiber CEZ für den Fall eines Atomunfalls haften. Bei einem SuperGAU mit günstigstenfalls 114 Milliarden Euro Schaden wären das nur 0,28 Prozent „Selbstbehalt“, zeigt atomstopp oberoesterreich auf.

„In Anbetracht der Unsummen, die man aufgrund der Schäden durch Tschernobyl und Fukushima errechnet hat, ist das absolut lächerlich“, so Roland Egger und Gabriele Schweiger. Denn Schätzungen der EU-Kommission und von Versicherungsunternehmen für den Schaden durch einen SuperGAU in Europa reichen von 114 Milliarden bis zu 8300 Milliarden Euro!

Eine angemessene Versicherungsprämie würde den Betrieb und den Ausbau von Temelín also ebenso unwirtschaftlich machen, wie schon die Produktionskosten für Atomstrom aus den zwei weiteren geplanten Reaktoren: „Durch geschätzte Baukosten von deutlich über

10 Milliarden Euro würden dort Produktionspreise von 60 bis 90 Euro je Megawattstunde entstehen“, zeigt Umweltlandesrat Rudi Anschöber auf. Auf den Strombörsen werden aber 45 Euro gezahlt. Anschöber will die tschechischen Steuerzahler darüber informieren, was für ein „Milliardengrab“ das für sie bedeuten wird.

Der neue tschechische Staatspräsident Milos Zeman (siehe S. 2) hat übrigens das AKW Temelín am 9. Oktober 2000 höchstpersönlich eröffnet. Die gravierenden, von Zeman damals heruntergespielten Sicherheitsbedenken wurden nie vollständig ausgeräumt.

ooe@kronenzeitung.at

12. November 2013
5.11

on setzen voll auf Nuklearenergie • Neue

Trotz der Niederlage Bulgarien segelt auf

„Wir werden das Belene-Projekt wiederbeleben!“ So die in den Ohren von Europas Nukleargegner gefährliche Drohung der bulgarischen Sozialisten. Wie berichtet, waren Volksabstimmung und damit auch die Zustimmung zu dem Neubau eines riesigen Reaktorkomplexes in der gleichnamigen Stadt gescheitert.

Es war nicht der edle Umweltgedanke, der die bürgerliche Regierung 2012 zum Ausstieg aus dem mit Russland vorangetriebenen Meilerprojekt bei Belene bewegen hatte. Hauptgrund: die Kosten von 10 Milliarden Euro. Doch die auf Atomkurs segelnden Sozialisten wollten das nicht hinnehmen. Sie setzten eine Abstimmung durch. Und scheiterten – wie berichtet – an der geringen Wahlbeteiligung, die das Referendum

ungültig machte. Schon jetzt aber drohen sie: „Wenn wir die Wahlen im Juli gewinnen, wird gebaut.“ Die Bürgerlichen sind um nichts

VON M. PERRY & CH. MATZL

besser: Sie wollen den Schrottreaktor Kosloduj an der Donau wiederbeleben, wo vier Blöcke als Bedingung für den EU-Beitritt abgeschaltet wurden.

Was heftige Kritik von Greenpeace und GLO-

Reaktoren geplant

bei Votum: Atomkurs!

„Tschechien hat im europäischen Vergleich für solche Fälle eine minimal niedrige Haftungsgrenze. Das muss geändert werden.“

Umweltminister Nikolaus Berlakovich

BAL2000 zur Folge hat. Proteste von atomstopp-oberösterreich gab es am Montag auch vor dem Treffen der Atomenergiebehörde. „Der Temelin-Betreiber CEZ muss nur mit maximal 320 Millionen haften. Ein SuperGAU würde aber 114 Milliarden Euro Schaden verursachen“, so die Aktivistin Gabi Schweiger.

Foto: Andreas Krauthuber

8 AUSLAND

In Kürze

Brand in iranischer Atomanlage? Teheran dementiert Berichte

Der Iran hat gestern Medienberichte zurückgewiesen, wonach es in der unterirdischen Atomanlage Fordo zu einer großen Explosion gekommen ist. Es handle sich dabei um „westliche Propaganda“, so der Vizechef der iranischen Atomenergiebehörde, Saeed Shamseddin Bar Broudi.

US-Institut: Nordkorea könnte „in einigen Wochen“ Atomtest starten

Das Korea-Institut der John-Hopkins-Universität schließt aus neuen Satellitenaufnahmen auf einen Atomtest Nordkoreas „in einigen Wochen oder weniger“. Pjöngjang hat zuvor einen weiteren Test angekündigt.